

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 20 Pf., frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelbogen in die Post: 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonette oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Es lebe die Expropriation!

Die preussische Verfassung ist heute um einen wichtigen Grundpfeiler bereichert worden. Parlament und Regierung waren darin einig, daß, wenn das Privateigentum mit der Notwendigkeit der politischen Entwicklung in Widerspruch gerät, es das Privateigentum sei, das fallen müsse. Mit vollem Recht meinte der Zentrumsabgeordnete Dr. Porzsch: Der § 9 der preussischen Verfassung müsse von nun an eigentlich lauten: „Der Staat ist berechtigt, über das Privateigentum zu verfügen, wie er will.“ Von heute ab ist es die Sozialdemokratie, welche auch mit der letzten Konsequenz ihrer Bestrebungen, mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, mit der Expropriation der Expropriateure innerhalb der Grenzen der preussischen Verfassung bleibt. Fürwahr, die preussische Regierung, die Regierung des Fürsten Bülow, hat ein großes Werk vollbracht! Ihr ist es gelungen, die Verfassungsmäßigkeit unserer Bestrebungen offiziell zu proklamieren. Sie hat erreicht, daß die deutsche Sozialdemokratie wenigstens diesen wichtigen Grundpfeiler der preussischen Verfassung mit mächtiger Hand schützen wird. Sie hat das Einlenken der Sozialdemokratie in die verfassungsmäßigen Bahnen bewirkt; sie konnte das freilich um so leichter erreichen, als von der Partei der Arbeiter nicht die geringste Preisgabe ihrer Prinzipien verlangt wurde. Am Gegenteil, die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die dem Grundpfeiler der Aufhebung des Privateigentums durch die Staatsgewalt zustimmen konnte, während alle anderen Parteien, die das Expropriationsgesetz annahmen, einen offenkundigen Bruch ihrer Prinzipien in Kauf nehmen mußten.

In der Tat: die Einwendungen, die wir gegen das Gesetz haben, richten sich nicht gegen das richtige Prinzip. Das Privateigentum kann und darf auf die Dauer nicht die Entwidlung der Menschheit zu höherer Kultur und zu größerem Glück hemmen. So groß und wichtig die Fortschritte waren, die die Menschheit unter dem Privateigentum gemacht hat, so rapid die Entwicklung war, seitdem der Kapitalismus alle Widersprüche, die in dem Privateigentum des selbstproduzierenden Bauern und Handwerkers geschlummert hatten, durch die Trennung der Produktionsmittel von den Arbeitern entfaltet, auf die Spitze getrieben und dadurch unerträglich gemacht hatte, heute ist das Privateigentum zur Hölle jeder höheren Entwicklung geworden. Das Privateigentum muß fallen und muß ersetzt werden durch das gesellschaftliche Eigentum. Nicht länger kann sich die Menschheit mehr beherrschen lassen durch die Sachen, durch die Maschinen und Werkzeuge, die sie selbst sich geschaffen, sondern Herr muß sie werden über das Leblose, und die Herrschaft über die Natur, die uns die Wissenschaft des Proletariats gebracht hat, muß endlich zum Segen der Menschheit ergänzt werden durch die Herrschaft über unsere eigene gesellschaftliche Entwicklung, deren Notwendigkeit uns die Wissenschaft des Proletariats erkennen gelehrt hat. Nicht teilen wollen wir, sondern vereinen. Was die Gesellschaft erzeugt, was aber die kapitalistische Verteilung in die Hände der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer zersplittert hat, wollen wir vereinigt der organisierten Gesellschaft zur Verfügung stellen. Nicht umstürzen wollen wir, sondern aufbauen. Umgestürzt hat der Liberalismus, als er zum Siege gelangt, die alten Privilegien und Ordnungen, die Monopole und Reglementierungen, die Zünfte und die Gutsherrschaften des feudalen Staates zerstört und an deren Stelle die Anarchie der freien Konkurrenz stellte. Er mußte umstürzen, denn nur aus dem Umsturz konnte die neue Gesellschaft entstehen. Wir aber müssen aufbauen. An die Stelle der Anarchie wollen wir die Organisation der Gesellschaft, an Stelle des bewußtlosen Waltens der zu Naturkräften gewordenen sozialen Notwendigkeiten wollen wir die bewußte Ordnung, die planvolle Fürsorge der organisierten Gemeinschaft setzen, die weiß, was sie will und weiß, was sie kann, die die Produktion und Konsumtion dem blinden Zufall, der von der Krise zur Ueberproduktion treibt, entreißt. Die Regierung hat die Verfassungsmäßigkeit unserer Ziele und unserer Mittel anerkannt. Sind wir nach dem Recht die Partei der Verfassung, so sind wir in Wahrheit die Partei der ökonomischen Ordnung.

Wir dürfen uns wahrlich nicht beklagen. Trefflich arbeiten uns unsere Gegner in die Hände. Die Kartelle und Trusts vergesellschaften ganze Produktionszweige und immer mehr leiten einzelne Kapitalmagnaten oder einzelne Großbanken von einigen Zentralen aus die Produktion. Sie schaffen die Formen, der wir uns nur zu bemächtigen haben, um sie mit unserem Geist, mit unserem Inhalt zu erfüllen. Die Vergesellschaftung durch die Kartelle und Trusts ist Vergesellschaftung in kapitalistischer Form, weil trotz der gesellschaftlichen Produktion die Verteilung individuell nach kapitalistischen Grundpfeilern an die schmale Schicht der Kapitalmagnaten erfolgt. Aber wenn diese Verteilungsart zum Kulturhindernis geworden, wenn sie dem öffentlichen Wohle widerstreitet, wenn sie dem Interesse des Staates — und das ist doch wohl das Interesse der großen Masse der Bevölkerung — zuwiderläuft, dann dürfen wir diese Verteilung beseitigen, das zum Gemüß der Kultur gewordene Privateigentum aufheben. Entspricht dies doch noch dem

Zeugnis der Regierung, des Landtags und des Herrenhauses durchaus dem Geiste der Verfassung. Wer will, wer kann uns fortan noch Umstürzler nennen?

Freilich, der polnische Abgeordnete Stychel hat gemeint, die Moral des Kapitalismus sei die Moral eines gemeinen Banditen. Aber dies beweist nur, daß der Grundsatz der Expropriation, wenn er unvollständig und willkürlich angewandt wird, aus Vernunft Unsinn, aus Gerechtigkeit zur höchsten Ungerechtigkeit wird. Nicht der Grundsatz ist zu verwerfen, sondern seine gehässige, parteiische Anwendung. Die Expropriation darf nicht einer despotischen, dem Volke entfremdeten Junkerregierung in die Hand gegeben werden. Sie taugt nur als Werkzeug der vom Volke beherrschten und in den Dienst des Volkes gestellten Staatsgewalt. Die Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat ist die notwendige Voraussetzung für die segensreichen Wirkungen der Durchführung des Enteignungsgrundpfeilers. Wir verurteilen aufs schärfste die unvollständige Anwendung der Expropriation. Aber auf dem einmal betretenen Wege gibt es kein Zurück.

Nieder mit der Expropriation durch die preussische Regierung! Es lebe die Expropriation der Expropriateure durch das deutsche Volk!

Sozialpolitik im Reichstag.

Wenn das Budget des Reichsanwirts des Innern zur Beratung im Reichstage kommt, gibt es immer eine große sozialpolitische Debatte. Zum Teil waren diese Erörterungen schon vorhergenommen durch die unmittelbar vorausgegangene erste Lesung der beiden Gewerbegesetze. Es blieb aber immer noch Spielraum genug für die heute begonnenen Auseinandersetzungen. Besonders gaben die Berichte der Fabrikinspektoren zu kritischen Bemerkungen und Anregungen Anlaß.

Der Redner der Zentrumsparthei Giesberts war in die Lage versetzt, die christlichsozialen Gewerkschaftler dagegen zu verteidigen zu müssen, daß sie in den Inspektionsberichten aus Ullrich-Bohringen genau so schlecht behandelt wurden wie die Sozialdemokraten. Sonst war er jedoch mit dem neuen sozialpolitischen Kurse der Regierung leidlich zufrieden.

Für die Konservativen redete der schlichte Pauli aus der Potsdamer Tischlerwerkstatt, dem natürlich schon viel zu viel Arbeitersinn getrieben wird. Seiner Sorge gab er in dem schönen Wilde Ausdruck, daß die Sozialpolitik ein Schiff sei, „das Jahr für Jahr an Tonnage zunimmt“. Den Mann, der ein solches Wunderschiff bauen kann, wird sich der Marineminister nicht als Marinekonstrukteur entgegen lassen. Dann bedarf's nicht mehr der ewigen Ersatz- und Neubauten. Man baut einen Vanger und läßt ihn dann weiter wachsen. Herr Pauli hat aber selbst noch eine bringende sozialpolitische Reform auf dem Herzen. Er verlangt ein Streifbrecher-Gesetz, als ob nicht jetzt schon die bestehenden Gesetze durch unsere Gerichte zu drakonischen Urteilen gegen den Klassenkampf der Arbeiter ausgenutzt würden. Den Haupttrumpf spielte dieser hervorragendste Sozialpolitiker der konservativen Partei durch die Behauptung aus, daß die gegenwärtige schlechte Konjunktur im Baugewerbe von der Vergehrlichkeit der Arbeiter herrühre.

Der nationalliberale Herr Stresemann trat diesmal nicht als Agent des Flottenvereins oder der Schokoladenfabrikanten, sondern als weisevoller Lobredner des „neuen Mittelstandes“, auf die Tribüne. Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß die Führer des Nationalliberalismus, die die schmachlichste Ausbeutung der Arbeitermassen beschönigen müssen, selbst wenn sie nicht die Wäffchen tragen, immer in jenen salbungsvollen Pastoralton verfallen, der das Merkmal der geistigen Dürftigkeit und der Anekdotalmoral-Verbindung ist. In einer öligen Sonntagsnachmittagspredigt feierte Herr Stresemann den neuen Mittelstand der Privatbeamten, an dessen Ball sich die Sturmflut der Sozialdemokratie brechen muß, um zum Schluß mit der ungemeinbringenden Darlegung der herrlichen Gründung des Deutschen Reiches und ihrer wohlthätigen Folgen die übliche Gurrastimmung in den nationalliberalen Mannesleuten auszulösen. Er hatte auch den gewünschten Erfolg, da die Ansprüche seiner Fraktion nicht über das Kriegervereinsniveau hinausgehen.

Genosse Robert Schmidt, der dann zum Wort kam, ging in seinen Erörterungen von der erschreckenden Arbeitslosigkeit aus, die zeige, wie die Krise auch jetzt wieder die deutsche Arbeiterschaft mit schweren Gefahren bedrohe. Darin liege eine Mahnung, daß man den Mut zu einer großzügigen Sozialreform fassen müsse. Die Gewerkschaftsbewegung, für deren Wert und Bedeutung die Herren Pauli und Stresemann kein Verständnis gezeigt hätten, führe ihren schweren Kampf, um das Lebensniveau der Arbeiter höher zu bringen, oder doch in Zeiten der Krise auf der erreichten Höhe zu halten. Das sei jetzt um so schwieriger, da durch die erkünstelte Preissteigerung der Lebensmittel die Arbeiter in ihrer Existenz noch mehr bedroht seien. Da müsse er auch gegen das Zentrum, dessen Redner vorher die Gewerkschaftsbewegung verteidigt habe, den Vorwurf erheben, daß es die Hauptschuld an der verderblichen Schutzpolizei trage, deren Wirkungen in erster Reihe die Industriearbeiterschaft belasten. Dann rechnete Schmidt mit dem Herrn v. Dirlsen ab, der sich nicht scheut habe, die Arbeitslosen als eine „Wunde“ zu beschimpfen. Schließlich entwickelte er alle die Forderungen, die die Sozialdemokratie zur Durchführung einer großzügigen Sozialreform an Regierung und Reichstag stellt.

Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Um den Sprachenparagrafen.

Raum ist die Abstimmung über den § 7 des Vereinsgesetzes bekannt geworden, so beginnt die Einseitigkeit für die zweite Lesung. Gepeitscht wird natürlich das dazu geeignete Objekt — der Bloßfreisinn. Die Junker und Galatisten, die die Regierung im Reich wie in Preußen beherrschen, wollen den Freisinn nun einmal durchaus über den Stod springen sehen. Und sie sind die Leute dazu, ihm Weine zu machen. Die „Rhein-Westf. Ztg.“ dekretiert bereits, daß Bülow unbedingt festbleiben müsse, und lieber das ganze Vereinsgesetz scheitern lassen, als auf den § 7 verzichten dürfe. Dann sei zu hoffen, daß „die Freisinnigen, nachdem sie ihre Mannheit, alias ihren politischen Doktrinarismus in der ersten Lesung bewiesen haben, sich noch den Forderungen der Vernunft, des Selbsterhaltungstriebes und der nationalen Ehre zugänglich erweisen werden“. Man müsse den Freisinnigen zurufen, daß es um ihre politische Existenz gehe. Man muß es dem Blatt schon lassen, daß es den Sinn der Bloßpolitik ausgezeichnet begriffen hat. Sie besteht ja wirklich darin, daß der Freisinn seine „Mannheit“ aufgibt und sich selbst kastriert.

Das attestiert auch die „Deutsche Tageszeitung“ dem Freisinn in erbarmungsloser Schärfe. Sie sagt:

„Die Haltung derjenigen Teile des Bloßes, welche dem § 7 mit Hilfe der Antiliberalen eine Fassung geben wollten, die für die Mehrheit des Bloßes unannehmbar war, beläuft deutlich, daß die Herren sich in ihre Rolle noch nicht hineingelebt haben. Wenn Parteien an der Führung der Politik teilnehmen wollen, so müssen sie bis zu einem gewissen Grade Zugeständnisse machen, besonders dann, wenn das betreffende Gesetz eigentlich an sich ein Zugeständnis an sie selber ist und wenn ihnen kein Opfer der Ueberzeugung zugemutet wird.“

Das Landbündlerorgan sucht dann die Freisinnigen gaulich zu machen mit der Erklärung, der Bundesrat werde das Gesetz ohne den § 7 nicht annehmen und die Parteien der Rechten hätten, wenn der § 7 falle oder verballhornt werde, ein sehr geringes Interesse an dem Zustandekommen des ganzen Gesetzes.

Die „Kreuz-Zeitung“ greift noch zu stärkeren Mitteln. Nicht bloß das Vereinsgesetz wird fallen, der Bloß wird auseinanderklaffen, wenn der Freisinn nicht über den Stod springt. Denn das Vereinsgesetz ist die erste Konzession des Reichstanzlers an den Bloßliberalismus. Verweigert dieser die Annahme, so ergibt sich daraus eine neue Konstellation in der inneren Politik, und wie diese aussehen wird, haben freisinnige Blätter oft genug mit lebhaften Farben ausgemalt. . . . Und anschließend verrät das Junkerorgan: „Das Entgegenkommen der Konservativen ist so weit gegangen, daß sie sogar, um den Freisinnigen die Annahme des Gesetzes zu erleichtern, die Bestimmung über die Versammlungssprache aus dem Reichsgesetz ausschalten und ihre Regelung der Landesgesetzgebung überlassen wollten.“

Ob der Freisinn es fertig bringen wird, durch diese ihm hier abermals gewiesene Hintertür sich vor der pflichtgemäßen Verteidigung der Versammlungsfreiheit zu drücken? Ob er es wagen wird, das Versammlungsrecht der Polen und ein wichtiges Stück des Koalitionsrechts der Arbeiter dem preussischen Landtag auszuliefern?

Die „National-Zeitung“ befolgt die schlaue Taktik, dem Freisinn zu beweisen, daß er den angestammten Verrat ruhig begehen kann, da er die Entrechtung der Polen doch nicht zu verhindern vermag. So sagt sie:

„. . . Man sollte doch nicht vergessen, daß, wenn eine Einigung nicht zustande kommt und infolgedessen das ganze Gesetz scheitert, davon die Konservativen allein profitierten und außerdem noch die Möglichkeit bliebe, auf dem Wege der Landesgesetzgebung doch eine Bestimmung im Sinne des § 7 für Preußen einzuführen.“

Die „Tägliche Rundschau“ bringt ihren gewohnten Polenfreierartikel und schließt ihn:

„. . . Läßt der Freisinn hier die nationale Politik im Stich, so hat er es sich selbst zuzuschreiben, wenn das Vertrauen in seine innere Wandlung nicht gerade wächst. Vielleicht aber überlegt er es sich doch noch, ob er das freiherrliche Reichsvereinsrecht lieber fahren lassen oder sich mit dem Sprachenparagrafen doch etwas näher anfreunden will.“

Die Bloßfreisinnspresse schweigt — bezeichnenderweise. Sie wagt offenbar nicht, das Wort vom Montag durch ein kräftiges Wort zu unterschreiben und sich den Rückzug zu verarmen. Allein das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die äußerste Grenze des für den Freisinn Möglichen sei in dem freisinnigen Antrage zum § 7 bereits erreicht. „Wenn die preussische Regierung mit diesem Zugeständnis nicht zufrieden ist, dann ist es allerdings besser, den Vereinsgesetzentwurf fallen zu lassen, als ihn noch weiter rückwärts zu revidieren.“ Das freisinnige Blatt schließt seine Notiz:

„Zwischen der ersten und zweiten Lesung des Entwurfs in der Kommission liegen acht Tage; sie dürften, genau wie es beim Enteignungsgesetz der Fall war, zu Verhandlungen hinter den Kulissen benutzt werden. Wir erwarten, daß dabei die Vertreter des Liberalismus keine neuen Konzessionen machen, sondern es darauf ankommen lassen werden, ob die Reichsregierung die Verantwortung für das Scheitern des Reichsvereinsgesetzes tragen will. In liberalen Wählerkreisen würde man es nicht verhehlen, wenn sich die freisinnigen Vertreter im Reichstage zu einer Parallelaktion zur preussischen Enteignungs-vorläse verziehen wollten.“

Das „Berliner Tageblatt“ kennt den Blockfreisinn aus nächster Nähe und weiß daher, daß solche Mahnung nicht überflüssig ist.

Noch ist der § 7 nicht gefallen! Und bis zur dritten Lesung im Plenum bleibt sein Schicksal im Ungeheissen!

Der Reichsverband im Kasseler Wahlkampf.

Zur Verächtlichmachung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie über die Kasseler Stadtverordnetenwahlen schreibt uns unser dortiger Korrespondent:

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie ist den hiesigen Reichsverbändlern schwer auf die Nerven gefallen. Die Lieberhergarden haben, wie bereits so manches Mal auch hier wieder erfahren müssen, daß das „Niederreiten“ der Sozialdemokratie doch nicht so leicht ist. Im vorigen Jahre hat der Reichsverband auch in Kassel im Kampf um das Reichstagsmandat an der Spitze der bürgerlichen Parteien gestanden, Unsummen von Lügen und Verleumdungen gegen uns geschleudert, und zur Stichwahl Antisemiten und Nationalliberale zu trauer Waffengemeinschaft gegen uns geernt. Der Reichsverbandsschlingling Lattmann wurde gewählt — wir unterlagen. Damals konnten die Herrschenden im Reichsverband nicht genug Aufhebens machen von ihrer erfolgreichen Einigungsarbeit, ihrer Agitation gegen die Sozialdemokratie, der allein der Sieg des bürgerlichen Kandidaten zu danken sei.

Diesmal war der Reichsverband natürlich wieder dabei, getreu einer Erklärung bei Gelegenheit der Reichstagswahl, daß er in Kassel bei allen Wahlen versuchen wolle, die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Diesmal kam die Sache aber anders. Diesmal siegten wir, und die Bürgerlichen unterlagen, trotz der insolge der Agitation des Reichsverbandes. Auf einmal will nun der Reichsverband nicht dabei gewesen sein! Es ist leicht, Verichtigungen zu schreiben; aber Geschehenes kann auch der Reichsverband trotz der ihm ohne weiteres zugesprochenen Fertigkeit auf diesem Gebiete nicht ungeschehen machen. Zugewonnen wird, daß der Reichsverband seine Dienste zur Mitwirkung angeboten hatte, daß sie aber abgelehnt worden sei. Daß sich die Kasseler Filiale von Lieber und Konsorten ohne weiteres bei Feststellung der vorstehenden Tatsache jämmerlich blamiert hat, dürfte auch dem berechtigenden Herrn Schroder einleuchten, nachdem er die von ihm verbrochene famose „Verichtigung“ gedruckt gesehen hat. Es sei also zur Würdigung reichsverbandlicher Moral nochmals festgesetzt, daß der Reichsverband sich zur Verleumdung der Sozialdemokratie bei der Kasseler Stadtverordnetenwahl den bürgerlichen Parteien angeboten hat, abgewiesen worden ist und trotzdem öffentlich und in aufdringlichster Weise den Wahlreiber gemacht hat.

Was ist denn nun tatsächlich in Kassel von seiten des Reichsverbandes geschehen? Er hat erstens bis zum letzten Tage die Agitation fortgesetzt, in vier bürgerlichen Blättern umfangreiche Annoncen mit seiner Unterschrift „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ veröffentlicht, in denen die Bürgerlichen zum einmütigen Kampf gegen die „rote Gefahr“ aufgerufen wurden, zweitens mehrere verleumderische, den Tatsachen widersprechende Angaben über Offenbach enthaltende Artikel gegen uns in dieselben Blätter lanciert und drittens an den Tagen vor Wahl öffentlich in den Zeitungen ein steinerweichendes Gemächsel angestimmt, um die „patriotischen“ Wähler zu stärkerer Wahlbeteiligung aufzufordern.

Als Beispiel seiner Wahlmanöver kann folgender Passus aus einem am 14. Februar vom Reichsverband veröffentlichten Inserat dienen:

In aller Stille hat die Sozialdemokratie die größten Anstrengungen gemacht, um ihrer Liste zum Siege zu verhelfen. Die Bürgerlichkeit hat aber ein großes Interesse daran, dies zu verhindern. Denn

1. gehört die Parteipolitik nicht in die Stadtverwaltung.
2. hat sozialdemokratische Stadtverwaltung noch überall großes Unheil angerichtet.

Denn dann wird die Verwaltung nicht mehr nach sachlichen Gesichtspunkten geleitet, sondern nach parteiischen. Und das führt in den wirtschaftlichen und moralischen Abgrund.

Die bürgerliche Liste ist sorgfältig, als Ergebnis langer Verhandlungen aller in Betracht kommenden Kreise, ausgewählt. Man kann wohl sagen, es kommt jeder Stand zum Worte und so soll es sein. Keine Wahl aber wirkt deshalb so unmittelbar auf das Wohl und Wehe des Einzelnen, wie die der Stadtverordneten!

Darum Mitbürger, tut Eure Schuldigkeit, wählt Euer Recht!

Die bürgerliche Liste wird siegen, wenn alle wählen. Verzweifelt über Gleichgültigkeit könnten sich bitter rächen, deshalb fehle keiner am 17., 18. und 19. Februar an der Urne im Stadtpark.

Ortsgruppe Kassel des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Erst als der Ausfall der Wahl trotz aller Anstrengungen des Reichsverbandes der bürgerlichen Liste eine Niederlage brachte, entdeckte die „Ortsgruppe Kassel“, daß sie eigentlich gar nicht dabei gewesen sei! Jetzt steht aber, wie wir gezeigt haben, das Gegenteil, daß der Reichsverband Wahlreiber und Schutzpatron der bürgerlichen Liste war.

Es gehören wirklich reichsverbandlerische Wahrheitsbegriffe dazu, den Verächtlichungsparagrafen wie gesehen zu mißbrauchen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. März 1908.

Die Polenenteignung Gesetz!

Das preussische Dreiklassenparlament akzeptierte heute die geringfügigen Änderungen, die das Herrenhaus an der Polenenteignungsvorlage vorgenommen hatte. Danach sollen die Friedhöfe vor der Enteignung geschützt sein: man will nur die Lebenden Polen enteignen, nicht auch noch die Toten. Aber diese Enteignung der lebenden Polen ist ein Verfassungsbruch und ein gehässiges Ausnahmengesetz gegen die polnisch sprechenden Preußen. Das hob heute endlich mit genügender Schärfe der Pole Stachel hervor, nachdem die Polen in der Spekulation auf die Abneigung der Magnaten des Herrenhauses gegen jede Antastung des Privateigentums, in der sie sich schließlich doch geizt haben, den Kampf gegen die Polenenteignungsvorlage viel zu lange ohne die nötige Energie geführt hatten. Der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben erwiderte, daß der Verfassungsbruch und die Verletzung der Minorität justitia germanica sei, deutsch oder vielmehr preussisch Recht. So offen ist der Grundsatz der Rassenjustiz vom Regierungstische noch nie ausgesprochen worden. An diese unerhörte Provokation des einen Reihens der preussischen Volks, das polnisch spricht, knüpfte der Konservative v. Sebendorff die gemüthliche Mahnung an die Polen, sich doch endlich ins Unvermeidliche zu fügen. Der freisinnige

Kerulth nannte diese Polenvorlage ein Ausnahmengesetz schlimmster Sorte. Es bleibt abzuwarten, ob nach diesem Ausnahmengesetz die Freisinnigen im Osten sich bei der Landtagswahl wieder wie bisher stets Mandate dadurch erschaffern werden, daß sie mit den Parteien, die das Ausnahmengesetz schaffen, gegen die unterdrückten Polen zusammengehen. Konservativ und Nationalliberale sicherten in ihrer Zustimmung zur Polenenteignungsvorlage der Regierung eine große Mehrheit. Die Regierung hat also die „scharfe Waffe“, nach der sie so lebhafte verlangte. Vorläufig weiß sie aber noch nicht, was sie damit anfangen soll. Der Zentrumsgraf Praschma fragte heute die Regierung an, wie sie denn nach drei Jahren ihre Polenpolitik fortsetzen wolle, wenn die jetzt bewilligten Millionen ausgegeben und die jetzt für vogelfrei erklärten 70 000 Hektar polnischen Landes enteignet seien. Landwirtschaftsminister v. Arnim erwiderte, daß er das vorläufig selbst noch nicht wisse. Jedenfalls ließ er die Möglichkeit durchblicken, daß die Regierung nach wenigen Jahren mit weiteren Enteignungsvorschlägen kommen werde. So zieht ein Fehler und ein Verbrechen in der Polenpolitik den anderen nach sich.

Die Annahme des Gesetzes erfolgte im Dreiklassenparlament so rasch, daß es noch Zeit hatte, den Etat der Seehandlung zu verabschieden. Die Freisinnigen übten bittere Kritik an der unordentlichen Wirtschaft in der preussischen Staatsbank, in der der Rechnungshof noch nach 5 Jahren Fehler entdeckt hat, und verlangten, daß man von einer Beteiligung an zweifelhaften Unternehmungen enggütig Abstand nehme. Der Finanzminister erwiderte darauf, daß die Seehandlung sich an der Ruhbarmachung der Wasserkräfte Preußens nicht beteiligen werde. Das also ist für den Finanzminister ein zweifelhaftes Geschäft. Dagegen steht die Seehandlung 13 Millionen in die innere Kolonisation — eine kleine Liebesgabe an Ostpreußens Agrarier — die insfolgedessen auch die Verwaltung der Seehandlung aufs eifrigste lobten. Sonst sprach man über das Scheckgesetz und die Regelung des Depositenverkehrs, Gegenstände, die ausschließlich zur Zuständigkeit des Reiches gehören.

Morgen: Etat der Eisenbahnverwaltung.

Vertagung der Beamtenbesoldungs-Reform.

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben gab am Dienstag in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses folgende Erklärung ab:

Die Gehaltsvorlage ist ausgearbeitet. Sie umfaßt 240 Druckseiten und ist dem Staatsministerium zur Entscheidung unterbreitet. Dies wird in Wälde die Entscheidung treffen können, nachdem festgestellt ist, was das Reich tun wird. Jedenfalls werden den Beamten die erhöhten Beträge rückwirkend vom 1. April d. J. an ausbezahlt, selbst wenn die Vorlage auch erst im Herbst eingebracht werden sollte.

Das soll ja wohl heißen, daß die Vorlage erst im Herbst eingebracht werden soll. Die Beamten werden damit vertrieben, daß die erhöhten Beträge rückwirkend vom 1. April d. J. ausbezahlt werden sollen. Die Verschiebung der Vorlage hängt mit der Vertagung der Reichsfinanzreform zusammen. Auch in der hessischen Zweiten Kammer erklärte der Staatsminister Ewaldt am Dienstag, daß die Regierung mit der Erfüllung der weiteren Wünsche der Beamten bis zur Durchführung der Reichsfinanzreform warten müsse. Mit dem neuen Steuerbuckelt aber beglückt man das Volk vorsichtigerweise erst nach der preussischen Landtagswahl!

Nach berühmten Mustern.

Die „Mühlhäuser Volkszeitung“ berichtet, daß der verflozene Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg für die ihm von seiner Frau zugefallene Erbschaft, die mehrere Millionen betrug, keine Erbschaftsteuer bezahlte. Er soll der Steuerbehörde gegenüber geltend gemacht haben, daß er kein dauerndes Domizil in Elßaß-Lothringen habe und darauf habe sich die Steuerbehörde bereit erklärt, von ihrer Forderung abzusehen. Die Nachricht wird von dem Landesauschussabgeordneten Wetter in seinem „Journal de Colmar“ bestätigt.

Die Angelegenheit hat bereits die dritte Kommission des Landesauschusses beschäftigt. Wie es heißt, soll hier auf eine Anfrage die Regierung geantwortet haben, die Nichtbezahlung der Erbschaftsteuer sei auf Grund eines Rechtsgutachtens des Prof. Laband erfolgt, das im wesentlichen besage, der Statthalter unterlege als Vertreter des Kaisers dieser Steuerpflicht nicht. Auf Grund dieses Rechtsgutachtens hätten dann der Statthalter, der (verstorbene) Unterstaatssekretär für die Finanzen Dr. v. Schraut, und der (gleichfalls verstorbene) Direktor der direkten Steuern, Kabe, unter sich ausgemacht, daß die Steuer nicht bezahlt zu werden brauche.

Verhält es sich wirklich so, dann ist die Sache noch skandalöser, als sie auf den ersten Blick erscheint. Die Angelegenheit wird noch das Plenum des Landesauschusses beschäftigen.

Der Fürst Hohenlohe-Langenburg beweist übrigens nur durch sein Verhalten, daß er trotz der ihm nachgesagten gelegentlichen liberalen Anwandlungen doch im Herzen durchaus jüngerlich fühlt und die Grundzüge der agrarkonservativen Steuerpolitik in ihrem Kerne richtig erfasst hat. Bekanntlich hat Bismarck, um für sein Gut Vargin nicht den vollen Steuerbetrag entrichten zu müssen, das dortige Herrenhaus meist als Speicher deklarieren. Und nach derselben schönen Maxime verfahren noch heute so manche Epigonen der ostelbischen Strauchritter bei der Berechnung ihrer Einkünfte. In ihrer heißen Liebe für das Vaterland bewilligen die Herren zwar die höchsten Geldforderungen der Regierung, besonders wenn es sich um Militärausgaben handelt, doch die Aufbringung der nötigen Mittel überlassen sie, bescheiden, wie sie sind, gern der breiten Masse.

Der wahre Grund.

In der letzten Sitzung der Budgetkommission des Reichstages ist Herr Dernburg so eifrig gewesen, die verlangte ostafrikanische Zentralbahn als eine strategische Bahn zu bezeichnen. Entweder müsse man mehr Schutztruppen haben oder Eisenbahnen. Die Eisenbahnen seien notwendig, um die Schutztruppen rascher nach etwaigen Aufstandsgebieten befördern zu können. Die große Zentralbahn soll also in der Hauptsache militärischen Zwecken dienen; die ladenden Dernburgschen Handelsprospekte sind blauer Dunst. Auch das ist freilich blauer Dunst, daß diese Bahnen eine Verstärkung der Schutztruppe überflüssig machen werden. Die Bahn wird die Reibungsflächen vergrößern, die Aufstandsgefahr erhöhen. Haben wir dann erst den Aufstand, so wird man sich auch mit der vorhandenen Schutztruppe nicht begnügen. Die Bahnbauten ersparen uns also nicht die Schutztruppenmannschaften, sondern sind vielmehr ein Mittel, deren Verstärkung zu provozieren!

Und wenn Herr Dernburg in der Kommission erzählte, daß künftige Kriege in Ostafrika minder grausam geführt werden würden, wenn der Vahnan die Verproviantierung der Truppen erleichtere, so stehen wir auch dieser Versicherung sehr skeptisch gegenüber. Der letzte Feldzug in Ostafrika, der nach Dernburg 75 000 Eingeborenen das Leben kostete — was nicht niedergeschrieben wurde, verhungerte oder wurde, entkräftet, eine Deute der

Raubtiere — wäre weniger opferreich gewesen, wenn die Schutztruppe nicht mutwillig die Vorräte der Eingeborenen zerstört hätte. Ob diese Ausrottungsstrategie nicht auch trotz des Bahnbaues gelübt werden wird, ist sehr die Frage.

Änderung des amtsgerichtlichen Verfahrens.

Den Reichstagsmitgliedern ist gestern Abend der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes, der Zivilprozessordnung, des Gerichtslosgesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zugegangen. Der Entwurf entspricht im wesentlichen dem im „Reichs-Anzeiger“ vom 5. Oktober 1907 veröffentlichten, im „Vorwärts“ vom 6. Oktober besprochenen Vorlage des Reichsjustizamts. Grundgedanke für den Entwurf ist nicht: „wie kann eine gute Rechtspflege herbeigeführt werden?“, sondern wesentlich fiskalische Rücksichten. Keine allgemeine Reform des Zivilprozesses, keine Hinzuziehung von Laien, keine Vereinfachung des Arbeiterprozessrechts, keine Sicherstellung der Rechte der ländlichen Arbeiter, kein Schutz der Arbeitersekretariate und Gewerkschaftsbeamten gegen Juridikalisierung als Verhältnisse vor Gericht. Vielmehr im wesentlichen eine keine Verbesserung der Schwerfälligkeit des Amtsgerichtsverfahrens durch Annäherung an das für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorgeschriebene Verfahren. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in der Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. Diese sollen in der Regel nicht mehr wie jetzt nur über Objekte bis 300, sondern über solche bis 800 Mark entscheiden. Das besonders plakatistische Verlangen der Reichsjustizvorlage, die Verurteilung für Objekte bis 50 Mark für ungültig zu erklären, ist in der Vorlage des Bundesrats fallen gelassen. Die Kosten werden nach der Vorlage erhöht. Die Zuständigkeit der Handelskammern soll auf Streitigkeiten aus dem Gesetz über unlauteren Wettbewerb, aus dem Wörstengesetz und aus dem Reichsstempelgesetz ausgedehnt werden. Statt des Soreides endlich soll der Raueid eingeführt werden. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs — Arbeit, wie die Motive selbst zugestehen, indem sie ausführen: „Stark läßt sich nicht verkennen, daß bei der praktischen Handhabung der Zivilprozessordnung im Laufe der Jahre sich manche Mängel herausgestellt haben, welche die Notwendigkeit einer auf das gesamte Gebiet des Zivilprozesses sich erstreckenden Revision nahe legen. Der Zeitpunkt, fahren die Motive weiter fort, für eine solche Revision ist jedoch noch nicht gekommen.“

Rahenjammer.

Die „Dresd. Ztg.“ gesteht heute, daß auch ihre letzte Hoffnung auf Blodgen für den Freisinn zu Wasser geworden ist. In einem melancholischen Artikel stellt sie fest, daß auch künftig in puncto Wahlbeeinflussungen durch die Landräte bei den Landtagswahlen alles beim alten bleiben wird. Das ist natürlich richtig, aber der Blockfreisinn ist der letzte, der sich darüber beklagen darf. Er selbst hat doch aus Unterwürfigkeit gegen die Junker den bescheidenen Vorschlag Barths auf Einführung des geheimen Wahlrechts nicht zu unterstützen gewagt. Die öffentliche Wahl ist nun einmal dazu erkunden worden, um Wahlbeeinflussung zu treiben und die Junker sind die letzten, die dabei Gewissensbisse verspüren. Der dumme Freisinn hat auf den Kampf um die Wahlreform verzichtet, um durch die Gnade der Regierung ein paar Mandate zu ergattern. Da dabei aber seine ganze Zümmlichkeit offensichtlich geworden, so steckt die Regierung das unmöglich gewordene Junkerrot in die Tasche; für den Freisinn genügt die Peitsche und die konservativen Landräte werden sie bei den nächsten Wahlen tanzen lassen, daß es eine Art hat. Der Freisinn als Regierungspartei wird dann nicht einmal sich getrauen dürfen, Kritik zu üben.

Vom Blockfreisinn.

Die von uns bereits besprochenen Kompromiß-Abichten des Freisinn erhalten jetzt ihre Bestätigung durch eine Rede Herrn v. Berlachs in Magdeburg über die Landtagswahlen. Es gäbe Freisinnige, die für einen „Kulturblod“ aus Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen zur Erlämpfung von Freiheit für Kirche und Schule eintreten. Daß diese Bestrebungen unter dem Freisinn einflußreiche Vertreter haben, geht schon daraus hervor, daß die Versammlung in ihrer Resolution ausdrücklich gegen diesen „Kulturblod“ protestierte.

Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß der „Kulturblod“ zugleich ein Blod gegen die Forderung des gleichen Wahlrechts wäre und dem Freisinn erlauben soll, gegen Fintausch einiger Mandate die Wahlrechtsforderung völlig preiszugeben.

Eine Steuer auf Margarine.

Vor einigen Tagen fand in Dresden eine Versammlung des Bundes der Landwirte statt. Neben dem Freiherrn v. Wangenheim gab auch der dicke Bertel eine Gastrolle. Er sprach über die politische Lage und die Gesetzgebung. Dabei erörterte er auch die Reichsfinanznot und die Steuerprojekte zur Abhilfe. Er lehnte alle direkten Steuern ab, jeder vernünftige Steuervorschlag, wie die Erhöhung der Erbschaftsteuer, war ihm ein Greuel, dagegen begeisterte er sich für die Besteuerung des Tabaks und eine scharfe Besteuerung der Butter des armen Mannes, der Margarine. Davon verspricht er sich einen hohen Ertrag; außerdem erwartet er, daß durch die Margarinesteuer „die Butter wieder zu Ehren komme.“ Herr Bertel will dem armen Mann nicht nur das Fleisch, er will ihm auch die einzige Zukost verteuern, die er sich zu seinem Brote noch kaufen kann, gleichzeitig will er damit natürlich auch eine Verteuerung der Butter herbeiführen und so die agrarischen Profite mehren. Natürlich sollten ihm dafür die versammelten sächsischen Agrarier reichlich Beifall.

Die Wahlbewegung in Emden, Norden, Leer.

Für den verstorbenen konservativen Abgeordneten Fürsten zu Inn- und Kniphausen findet am 19. März im 1. hannoverschen Reichstagswahlkreis die Ersatzwahl statt. Die Konservativen haben sich mit den christlichsozialen Antisemiten und mit dem Bauernbund auf einen gemeinsamen Kandidaten, den Rechtsanwalt und Notar Grönewald, geeinigt, während die Nationalliberalen den Bürgermeister von Emden, Fähringer, der auch dem preussischen Abgeordnetenhause angehört, aufgestellt haben. Die Freisinnigen haben von der Aufstellung ihres früheren im Kreise sehr angesehenen Kandidaten Verrels, welcher in der Stichwahl nur mit 193 Stimmen unterlag, aus unbekanntem Gründen abgesehen und empfehlen den Gutachter Fegter. Von unserer Seite kandidiert Genosse Hug aus Bent. Die Agitation hat namentlich seitens der drei rechtstehenden Parteien, wie sich der konservativ-bünderlich-antisemitische Witschmasch nennt, schon scharf eingesetzt. Die Abgeordneten Raab, Graf, Lattmann, Herzog,

Burdhardt, Wöhme und Behrens haben bereits eine Anzahl von Versammlungen abgehalten. Liebermann v. Sonnenberg und Schach werden, wie im Kreise mitgeteilt wurde, auch noch eingreifen. Eine besondere Wichtigkeit der Antisemiten, welche gratis verbreitet wird, führt den Wahlkampf in der bekannten antisemitischen Manier der persönlichen Heruntersetzung der gegnerischen Kandidaten und einer eifrigen Verhöhnung des eigenen Erwählten. Dieser Taktik entsprechen auch die in den Versammlungen gehaltenen Reden. Auch von sozialdemokratischer Seite ist man kräftig in die Agitation eingetreten. Der Kandidat, Genosse Hülz, die Genossen Winkelmann-Bremen, Schulz und Heilmann-Bant und Reichstagsabgeordneter Lehmann haben bereits eine Anzahl gutbesuchter Versammlungen abgehalten. Für die freisinnigen agitatorischen Reichstagsabgeordnete Hornmann im Kreis. Am Sonntagvormittag kam es in einer Versammlung zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Genossen Lehmann zu einer interessanten Auseinandersetzung. Unser Genosse, der abends in Leer zu sprechen hatte, benutzte ein paar Stunden freie Zeit, um die Rede Hornmanns gegen seine antisemitischen und nationalliberalen Blodbrüder zu genießen, und um nachher zu zeigen, daß der Dritte der Blodkandidaten in allen wichtigen politischen Fragen im Falle seiner Wahl an einem Strange mit den jetzt bekämpften weiter rechts stehenden Parteien ziehen würde. Unter dem Beifall der Mehrheit der Versammlung wies unser Redner nach, daß es bei der Blodpolitik keinen großen Unterschied mache, wer von den drei Blodkandidaten gewählt werde. Auch in der Versammlung der Antisemiten erzielten wir einen durchschlagenden Erfolg. Unser Genosse Winkelmann trat dem Reichstagsabgeordneten Behrens in längerer Rede gegenüber und wies unter anderem die von einem Stehfragenproletariat vorgebrachten, vom Reichslügenverband stammenden Verleumdungen gegen den Reichstagsabgeordneten Stadthagen unter lebhaftem Beifall der Versammlung zurück. Bezeichnend ist in dem Kampfe um das Mandat, daß eine jede von den uns gegenüberstehenden drei bürgerlichen Parteien fehnüchlich wünscht, daß unsere Partei in die Stichwahl kommen möchte; denn wer so glücklich ist, sich dann mit uns messen zu dürfen, dem ist nach dem bekannten Sprichwort von dem Bad, das sich schlägt und verbrät, die Unterstützung der beiden übrigen Parteien sicher. —

Die Meinung des Auslandes.

Auf das dramatischerende Gerücht des Fürsten Bülows, man brauche sich um die Meinung des Auslandes über die preussische Politik nicht zu kümmern, antwortet der „Figaro“ ganz richtig: „Wir lehnen die Theorie Bülows ab, der uns das Recht bestreitet, über die inneren Angelegenheiten Deutschlands eine Meinung zu haben. Man hat sich bei uns immer über die finnische Frage frei geäußert, obschon Rußland unser Bundesgenosse ist, und wir sehen französische Zeitungen, die für die ägyptische Volkspartei leidenschaftlicher Partei nehmen als für die Polen, und doch ist England unser sehr zuverlässiger und treuer Freund. Wir haben Preußen besser behandelt, als Rußland und England. Uebrigens sind die 111 Herrenhaus-Mitglieder, die gegen die Polenrolle gestimmt haben, die moralische Mehrheit. Die ausländischen Kritiker sind also nicht fehlgegangen, sie sind mit der öffentlichen Meinung Deutschlands einig gegen den Fürsten Bülow. —

Katholische Volksbibliotheken!

In der Magistratsitzung der schwäbischen Stadt Kaufbeuren stellte der ehrlich-liberale Bürgermeister Stumpf Antrag auf Errichtung einer städtischen Volksbibliothek. Der Vertreter des Genstrans, ein Rechtsanwalt, trat diesem Antrag entgegen; der katholische Arbeiterverein stellte seine Bibliothek jedermann zur Verfügung, somit sei eine Volksbibliothek überflüssig. Die liberale Mehrheit nicht verständnisvoll und der Antrag des Bürgermeisters wurde abgelehnt. Eine daraufhin vorgenommene Durchsicht der von einem Geistlichen geleiteten Bibliothek des Arbeitervereins ergab, daß diese auch nicht ein einziges wissenschaftliches Werk enthält, sondern aus Indianergeschichten, Legenden und gleichwertigen Geistesprodukten zusammengesetzt ist, denn „wissenschaftliche Werke werden überhaupt nicht oder nur selten verlangt“, wie der Leiter erklärte. Der dümmste Arbeiter ist eben der beste. —

Der Einfluß des Zolltarifgesetzes auf die Otkroicinnahmen der elsaß-lothringischen Gemeinden.

Der § 13 des Zolltarifgesetzes, der bestimmt, daß vom 1. April 1910 ab von den Kommunen Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht mehr erhoben werden dürfen, ist auf die Finanzen einiger elsaß-lothringischer Gemeinden von einschneidendem Einfluß. Die Zahl der otkroicierenden Gemeinden in Elsaß-Lothringen beträgt 92, davon 15 in Lothringen. Die Gesamteinnahmen dieser Gemeinden aus dem Otkroi betragen 1906 9160 967 M. Davon treffen auf Gegenstände, die unter § 13 des Zolltarifgesetzes fallen, 2 089 278 M. Eine Gemeinde geht bei Inkrafttreten des § 13 ihrer gesamten Otkroicinnahme verlustig. Bei einer Gemeinde beträgt der Ausfall 9 Proz., bei fünf Gemeinden 10—20 Proz., bei 12 Gemeinden 20—30 Proz., bei 8 Gemeinden 30—40 Proz., bei einer Gemeinde 42 Proz. und bei 2 Gemeinden 50—60 Proz. der Gesamt-Otkroicinnahmen. Die Stadt Straßburg verliert 735 000—800 000 M., das sind 20,7 Proz. der gesamten Otkroicinnahme. Man ersieht aus dieser Aufstellung, in welchem hohen Maße die elsaß-lothringischen Gemeinden bisher, statt die Reichen stärker zu den Kommunallasten heranzuziehen, sich die von ihnen benötigten Mittel durch Abgaben auf den Lebensmitteldverbrauch der ärmeren Volksschichten zu verschaffen bemüht haben.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Auf einigen Stationen der sächsischen Staatsbahnen, besonders in Annaberg und Zwickau, sind an die Angestellten Aufforderungen ergangen, sofort aus den Konsumvereinen auszutreten, auch wenn die Frauen oder Kinder die Mitgliedschaft bejahen. Im Weigerungsfalle wurde Entlassung in Aussicht gestellt. Daraufhin hat der einzige Sozialdemokrat im sächsischen Landtage, Genosse Goldstein, eine Interpellation in der Zweiten Kammer eingebracht, durch die er die Regierung um Auskunft ersucht, ob von der Generaldirektion der Staatsbahn eine allgemeine Anweisung ergangen sei, derartige Aufforderungen zum Austritt aus den Konsumvereinen an die Angestellten zu richten, und ob der Finanzminister dieses Vorgehen billige. Die Interpellation wird in den nächsten Tagen im Landtage voraussichtlich zu einer interessanten Verhandlung führen.

Oesterreich.

Eine blutige Wahl.

Lemberg, 3. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den gestrigen Landtagswahlen kam es durch die fortgesetzten Provokationen der schlagkräftigen Lemberg zu größeren Zusammenstößen. Vor dem Wahllokal der Reaktionsäre entstand eine Schlägerei. Der Abg. Battaglia und ein Student schossen aus Revolvern auf die Arbeiter; viele Arbeiter wurden verletzt. Die Arbeiter trieben die beiden Revolverhelden mit ihren Säcken in die Mäule. Welche wurden leicht verletzt. —

Frankreich.

Soldaten gegen den Leutnant.

Verdun, 3. März. Mehrere Soldaten des 151. Infanterieregiments überfielen den dem gleichen Regiment angehörenden Leutnant de l'Escale und verletzten ihn durch Messerstiche ziemlich schwer am Kopfe. Einer der Angreifer konnte festgenommen werden.

Eine Massendemonstration gegen das System Clemenceau.

Paris, 1. März. (Fig. Ver.) Während die Professoren des regierungsfremden Sozialismus über die Krise des französischen Sozialismus orakeln, zeigen sich im Proletariat nach all den Wirren, Zwiespältigkeiten und Enttäuschungen der letzten Jahre deutliche Zeichen einer Klärung. Die Würdigkeit und Gleichgültigkeit der Massen, die in den letzten Monaten unerkennbar war, ist einer frohgemuten Tätigkeit und zuverlässigen Entschlossenheit gewichen. Dies trat in der Volksversammlung hervor, die die sozialistische Partei gestern in der Manege Saint-Paul einberufen hatte. Daiten die bisherigen Protestaktionen gegen die marokkanische Politik eine auffallend geringe Teilnehmerzahl verzeichnet, so war der Besuch der gestrigen Versammlung geradezu ungeheuer. So groß war der Andrang, daß an 2000 Personen in dem Saal, der 6000 aufnimmt, keinen Platz mehr fanden. Man darf dieses Interesse nicht lediglich darauf zurückführen, daß die Partei drei ihrer besten Sprecher — Jaurès, Sembat und Wilm — als Redner delegiert hatte. Von Anfang an war die geistige Teilnahme der Zuhörer von stürmischer Leidenschaftlichkeit. Die Kritik, die die Redner an der Regierung Clemenceaus und seiner Kollegen übten, an dem im Interesse der Kapitalisten unternommenen marokkanischen Abenteuer und an der Reaktion im Innern, den Zensurprozessen, den Maßregelungen, den Russenausweisungen, wurde von donnernden Beifallsstürmen und zustimmenden Zwischenrufen unterbrochen. Bezeichnend war die Einmütigkeit, womit die Versammlung, als zum Schluß in der vorgeschlagenen Resolution der Ausdruck „die Regierung des Wahnsinns“ verlesen wurde, forderte, daß die Worte: „die Mörderregierung“ hinzugesetzt würden, wegen deren Clemenceau den blamablen Prozeß gegen die Zwölf angeht. Einer der Zwölf, Genosse Jean Martin, hatte auch den Vorsitz in der Versammlung geführt.

Die Kundgebung hat bewiesen, wie groß die Erbitterung der Arbeiterklasse gegen die Regierung ist. In ihr tritt zum Vorschein die Handlung der herrschenden Männer die Entrüstung über ihre Preisgabe jener Prinzipien, denen sie ihre Emporkommen zu verdanken haben. Mit Recht konstatiert heute Jaurès in der „Humanité“: Es hat Regierungen gegeben, die noch reaktionärer waren als die Clemenceaus, aber ich glaube, daß nicht einmal die Melines im Proletariat eine solche Erbitterung geweckt hat.

Belgien.

Die Kongofrage.

Brüssel, 3. März. Zwischen dem König und der Regierung ist ein vollständiges Einverständnis über die Angliederung des Kongogebietes zustande gekommen. Die Regierung wird der Kammer die Errichtung eines Spezialfonds vorschlagen, mit dessen Hilfe eine Reihe von öffentlichen Arbeiten verwirklicht werden soll. Der Fonds soll insbesondere zur Errichtung eines Kolonialmuseums, einer zur Ausbildung junger Belgier bestimmten sogenannten Weltküche in Tervuren, zur Vollendung der in Laeken begonnenen Arbeiten und zur Verbesserung von Ostende verwendet werden. Für letzteren Zweck sind ungefähr 20 Millionen in Aussicht genommen, doch wird der Fonds die Höhe von 80 Millionen nicht erreichen. Ferner wird in das Kongobudget während einer Reihe von 15 Jahren ein Kredit von jährlich 3 Millionen eingestellt werden, der zur Ausführung von gemeinnützigen Werken ausschließlich im Kongo bestimmt ist. Der König hat sich damit einverstanden erklärt, daß das Kongobudget durch die belgische Kammer votiert wird.

England.

Eine Flottendebatte.

Im Unterhause brachte der Radikale Macdonald eine Resolution ein, in der er in Anbetracht der fortgesetzten freundlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten eine Einschränkung der Marineausgaben forderte. Die englisch-französische Entente und das englisch-russische Uebereinkommen gestatten eine weitere Einschränkung, deren Durchführung auch die Verächtungen Deutschlands zerstreuen würde. Der Radikale Crumner unterstützte die Resolution und erklärte, man müsse jede Verschönerung des deutschen Volkes vermeiden. Gegenwärtig schänten sich beide Länder ein wenig ihres gegenseitigen Argwohn. England sei stark genug, um in der Verminderung der Rüstungen mit gutem Beispiel voranzugehen. Schatzsekretär Asquith beantragte, daß das Haus ausprobiere, es werde die Minister in der Minderung der Ausgaben für Heer und Flotte insoweit unterstützen, als diese Minderung mit einer angemessenen Verteidigung der britischen Besitzungen zu vereinbaren ist. Redner führte aus, er sympathisiere mit dem Wunsche etwas zu tun, um das Anwachsen der Marineausgaben nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern wesentlich einzufranken.

Es wäre bereits ein wesentlicher Fortschritt zu Ersparnissen gemacht worden, ohne die Schlagsfertigkeit zu vermindern. Durch geschickte diplomatische Verhandlungen habe England Beziehungen hergestellt, die auf geschriebene Verträge begründet sind und durch den gegenseitigen guten Willen gefestigt seien, der Gefahren beseitigt habe, mit welchen man in vergangenen Tagen zu rechnen gewohnt gewesen wäre. Sogar wo, wie es mit Deutschland der Fall sei, kein ausdrücklicher Vertrag vorliege, habe England das beste Recht zu hoffen und zu vertrauen, daß die beiden Völker mit jedem Jahre einen vollständigen gegenseitigen Versehen immer näher kommen werden. (Beifall.) Wir unsererseits, fuhr der Redner fort, haben kein Recht mit Argwohn oder Furcht auf irgend eine Flottenvergrößerung zu blicken. Andererseits betone ich nachdrücklich, daß Englands gesamte Flottenpolitik eine rein defensive ist. Wir wünschen nicht nur nicht die Führung in der Erbauung neuer Schiffe zu übernehmen, vielmehr wünschen wir alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um einen neuen Sport im Wettbewerb der großen Seemächte zu hindern. Unsere Stellung zur See ist derzeit nach Ansicht der Regierung eine solche, daß unsere Vorherrschaft unangreifbar ist und eine solche soll es auch bleiben. (Beifall.) Diese Herrschaft zur See ist, obwohl auch wichtig und erstrebenswert für andere, für uns eine Sache, mit der wir stehen und fallen. (Beifall.) Der Standard, der für England notwendig ist, muß uns die Seeherrschaft gegen jede vernünftigerweise denkbare Kombination sichern.

Die Konservativen opponierten und Valfour verlangte, daß die Regierung sich ausdrücklich verpflichtet, den Zwei-Flotten-Standard aufrecht zu erhalten.

Die Resolution Macdonald wurde schließlich mit 320 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Die Opposition stimmte mit der Regierung. Die Minorität bestand aus Radikalen und der Arbeiterpartei.

Norwegen.

Das Fiasko der Blodregierung.

Kristiania, den 26. Februar 1908. (Fig. Ver.) Das Ministerium des ehemaligen Volksschullehrers H. Lödland ist in die ungünstigste Lage gekommen, alle Parteien gegen sich zu haben, so daß eine parlamentarische Mehrheit zurzeit nicht existiert. Unsere Parteigenossen im Storting bilden vorläufig das Junglein an der Wage.

Die guten Beziehungen, die früher zwischen der Regierung und dem Großhospital bestanden haben, haben sich aus mehreren Ursachen verschlechtert. Da ist zunächst die Erklärung des Arbeiterministers Karrestad, daß die Regierung prinzipiell keine

Einwendungen gegen kommunale industrielle Betriebe hat. Dazu kommt die Programmrede des Ministerpräsidenten, der ankündigte, er hielt jetzt, nachdem das Programm der Blodpartei so ziemlich durchgeführt sei, eine Bewirklichung des Programms der radikalen Partei, wenn auch mit einigen Abänderungen, nicht für unmöglich. Neben der Durchführung von Eisenbahnbauten im größeren Umfange sei die wichtigste Frage die des ausländischen Kapitals. Dieses soll zwar nicht ausgeschlossen, aber auf einigen Gebieten eingeschränkt werden, um nicht Norwegens Naturerbstümer zum Gegenstand ausländischer oder inländischer Spekulationen zu machen. Bei Erwerbung von Wald soll der Kaufabschluß von königlicher Genehmigung abhängig gemacht werden, wenn durch den Kauf der Besitz 200 Hektar übersteigen würde. Größeren Spielraum erhält das ausländische Kapital bei Bergwerken und Wasserfällen, da das norwegische Kapital noch nicht stark genug sei. Natürlich soll alles unter staatlicher Kontrolle stehen und dafür garantiert werden, daß norwegische Interessen nicht geschädigt werden.

In der inneren Politik soll die Trennung der Kirche vom Staate in Erwägung gezogen werden, um die kirchliche Selbstverwaltung durchzuführen zu können.

Schließlich erklärt der parteilose Minister, er möchte mit allen Parteien zusammenarbeiten, das Verhältnis zur Sozialdemokratie sei jedoch zum voraus gegeben. In grundlegenden Fragen, wie Eigentumsrecht, Gesellschaftsordnung und Verteidigungswesen seien die Gegensätze prinzipielle und ließen sich nicht ausgleichen.

Die Konservativen haben sich gegen dieses Programm erklärt und werden wahrscheinlich in die Opposition gehen, worüber die liberalen Blodparteien sehr ungehalten sind. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß einige liberale Minister geopfert und durch Demokraten ersetzt werden.

Rußland.

Die Blutstatistik.

In der Zeit vom 1. November 1907 bis zum 15. Februar 1908 fielen das Warschauer Kriegsbezirksgericht 110 Todesurteile, darunter wurden 80 vollstreckt. —

Serrückte Chattrufen.

Peterburg, 3. März. Der Kongreß des russischen Volksverbandes richtete ein Telegramm an den Zaren, in welchem dieser dringend aufgefordert wird, gegen die auswärtigen Feinde Rußlands, welche mit Dreistigkeit daran gehen, durch Aufhebung der Rußland unterworfenen fremden Völker die Integrität des russischen Reiches anzutasten, mit den Waffen in der Hand und seiner gesamten Kriegsmacht vorzugehen.

Marokko.

Verstärkung der französischen Truppen.

Was seit langem offenes Geheimnis war, wird in Paris jetzt halbamtlich zugegeben. General d'Amade erhält Verstärkungen und nicht zu knapp. „Um den Truppen in Marokko Ruhe zu gönnen“, hat die Regierung vor drei Tagen die Entsendung von zweihundert Senegalesen nach Marokko angeordnet. Am Dienstag hat sie dann weiter beschlossen, zur Verstärkung im ganzen viertausend Mann aller Waffengattungen, die aus Tunis und Algier genommen werden sollen, nach Marokko zu schicken.

Zur Veruhigung der Unterzeichner der Algecirabakte soll ihnen bei der Mitteilung von diesen Verstärkungen die Versicherung erneuert werden, daß Frankreich die beste Absicht habe, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten.

General d'Amade ist von der Regierung telegraphisch verständigt worden, daß sie die Abwendung von Verstärkungen begonnen habe, ihn zu dem Geheiß am 29. Februar begünstigend und seine Aktionsfreiheit in keiner Weise beschränken wolle.

Der Ministerrat hat außerdem beschlossen, daß General Phautch und der Gesandte Regnault sich nach Casa-Blanca und Udscha begeben. Sie sollen dort Ermittlungen über die Organisation der französisch-spanischen Polizei gemäß der Algecirabakte und gemäß den Sonderabkommen Frankreichs mit dem Marokkaner anstellen.

General d'Amade erhält Verstärkungen und volle Aktionsfreiheit, Phautch und Regnault gehen nach Marokko — die Verstärkungen, daß Frankreich die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten die beste Absicht hat, werden gerade nicht allzu stark glauben finden.

Aus der Partei.

Leipziger Buchdrucker und der „Korrespondent“. In einer Leipziger Buchdruckerversammlung wurde mit 154 gegen 130 Stimmen eine Resolution angenommen, in der der „Korrespondent“ ersucht wird, sich mehr nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse in bezug auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu richten.

Veranlassung dazu gab eine schon durch mehrere Monate sich hinziehende und noch nicht vollendete Artikelserie des „Korrespondent“ über „Gewerkschaftliche Neutralität“, in der sich Herr Reichhäuser seine sämtlichen Schmerzen über die „sozialrevolutionären Tiraden, Kinderreien und Utopien der Sozialdemokratie“ vom Leibe schreibt.

Zur Bilanz der „Humanité“, die trotz in der Dienstagnummer veröffentlicht, wird von unserem Pariser Korrespondenten noch geschrieben:

Das Tagblatt der geeinigten sozialistischen Partei verkündet seinen Lesern eine frohe Botschaft. Der Bestand dieses Schmerzensfindes des französischen Sozialismus ist nunmehr gesichert, dank der steigenden Verbreitung und der Ersparnisse in der Administration. Die Situation ist tatsächlich noch günstiger, als die Zahlen der Bilanz zeigen, da in sie die Gehälter der in der Redaktion tätigen Deputierten einbezogen sind, die von diesen der Kasse des Blattes überwiesen werden. Uebrigens wird der Zins, der bisher 1200 Frank betrug, nach der bevorstehenden Ueberfiedelung des Blattes um die Hälfte geringer sein. So ist denn schon für das laufende Jahr ein Ueberfluß vorauszusehen. Allerdings schleppt die „Humanité“ noch eine bedeutende Schuldenlast mit sich, aber das steigende Interesse der Arbeiterschaft für das Blatt gibt Gewähr dafür, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, sie abzustreifen und der „Humanité“ die journalistische Ausgestaltung zu geben, die es ihr ermöglicht wird, den Konkurrenzkampf gegen die korrupte bürgerliche Informationspresse mit Erfolg auszunehmen.

Volkzweckliches, Gerichtliches usw.

Redakteur und Studenten: Aus Halle a. S. berichtet man uns: Am letzten Sonntagabend stand Genosse Leopoldi vom „Halleischen Volksblatt“ (schon wieder vor der Strafammer, weil er einem Benarm aus Eiserwerda vorgeworfen hatte, er habe gelegentlich einer Ermittlung seine Pflicht nicht getan. Tatsächlich ist der Benarm eine Person, dessen Tun auch vom Gerichtliche aus abfällig beurteilt worden ist. Das Schöffengericht verhängte als erste Instanz gegen unseren Genossen eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Diese Strafe ersahen dem Staatsanwalt, der gegen das erste Urteil Berufung eingelegt hatte, zu knapp und er verlangte drei Monate Gefängnis. Das Gericht verwarf die Berufung. Gegen Leopoldi sind jetzt insgesamt rund acht Monate Gefängnis verhängt worden.

Vor derselben Strafkammer waren am Sonnabend auch die Studenten Maszkowsky und Tobias wegen Sachbeschädigung angeklagt. Sie hatten eines Abends auf dem Heimwege von einer Kneipe an der Saale mit ihren Spazierstöcken die Glascheiben von sieben Straßenlaternen — Gegenstände, die dem öffentlichen Nutzen dienen — mutwillig zerstört. Und diese Vandalen wurde an den beiden Studenten mit je 20 M. Geldstrafe geahndet.

Soziales.

Arbeitgeber-Sichtwechsel.

Der Arbeitgeberverband für Oberstein hatte im vorigen Sommer eine allgemeine Aussperrung der organisierten Arbeiter beschlossen und auch ausgeführt. Die dem Arbeitgeberverbande angehörende Firma Ziemer u. Steuer hatte sich aber später an den Aussperrungsbeschluss nicht mehr gehalten und Frieden mit ihren Arbeitern geschlossen. Der Groll über dieses Verhalten der Firma veranlaßte nun den Vorstand des Arbeitgeberverbandes, den von der Firma hinterlegten Solawechsel über 300 M. an die Elbflätsche Bank zu vergeben. Die Firma verweigerte bei der Präsentation des Wechsels Zahlung zu leisten, worauf der Vorstand des Arbeitgeberverbandes durch seinen Vorstehen, den Fabrikanten Peter Hermann, die Wechselklage gegen die Firma einreichte.

Das Amtsgericht hat nun folgenden, den Arbeitgeberverband abweisende Urteil gefällt: „Die Firma Ziemer u. Steuer ist nicht schuldig, an den Kläger Peter Hermann die eingelagerten 300 M. nebst 6 Proz. Zinsen seit dem 26. Oktober 1907 zu bezahlen. Die Kosten fallen dem Kläger zur Last.“

In den Gründen des Urteils wird eingehend dargelegt, daß solche Wechsel ungültig sind. Nach den Satzungen des Arbeitgeberverbandes ist jedes Mitglied verpflichtet, einen solchen Wechsel zu hinterlegen, der bei Zuwiderhandlungen gegen gewisse Verpflichtungen verfallen und geltend gemacht werden soll. Der Arbeitgeberverband ist aber eine Organisation nach § 152 der Reichs-Gewerbeordnung. Es folgt daraus, daß er nicht berechtigt sei, für den Fall des Rücktritts seiner Mitglieder von solchen Vereinbarungen die vereinbarte Konventionsstrafe einzufordern, auch wenn ein Wechsel als Sicherheit dafür ausgestellt ist.

Das Urteil stimmt mit der ständig betätigten Praxis der Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts überein. Aber mit der Abweisung der Wechselklage ist dem Recht noch keineswegs Genüge getan. Die Förderung und Einflößung des ungültigen Wechsels erfüllt auch alle Tatbestandsmerkmale der versuchten Erpressung. Wird gegen die Leiter des Arbeitgeberverbandes Anklage wegen versuchter Erpressung erhoben werden?

Beschlagnahme des Lohnes.

Der Lohn für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, darf, sofern dieses Verhältnis die Erwerbstätigkeit des Vergütungsberechtigten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt unmaßgebend der Tag, an dem die Vergütung gefällig, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte denselben eingefordert hat. Jedoch ist der Lohn pfändbar, insofern der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 M. für das Jahr übersteigt.

Die Summe von 1500 Mark ist heute durchaus unzulänglich. Im Jahre 1899 war die unpfändbare Jahressumme auf 1200 M. normiert. Sie wurde dann im Gesetz vom 30. Januar 1877 auf 1500 M. normiert. Diese Höhe ist, trotzdem in den letzten 30 Jahren die Lebensbedürfnisse erheblich sich verteuert haben — man schätzt nicht zu hoch, wenn man die Verteuerung auf 1/2 schätzt — dieselbe geblieben. Heute wäre es billig, 2500 oder mindestens 2000 Mark als unpfändbares Jahreseinkommen zu bezeichnen. Eine Gesetzesänderung in diesem Sinne ist dringend notwendig. Die Preisprotektionsnovelle hat in § 860 Ziffer 7 das Dienstverkommen der Offiziere, Militärärzte und Desoffiziere, der Beamten, der Geistlichen sowie der Ärzte an öffentlichen Anstalten, ebenso die Pension dieser Personen insofern günstiger gestellt, als nur der dritte Teil des 1500 Mark übersteigenden Mehrbetrages der Pfändung unterworfen ist. Der Vorschlag des Reichstages beantragt, die Verwalter dieser Kategorie von Personen gleichzustellen. Um Erhöhung der unpfändbaren Grenze bis zu 2000 Mark hat der Deutsche Verwalterverband petitioniert. Der Deutsche Vrennmeister-Verband endlich hat in ähnlicher Weise eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen angeregt. Er macht den Vorschlag, für die Ehefrau einen Betrag von 300 M. und für jedes unmündige, nicht im Erwerbsleben stehende Kind, einen Betrag von 150—200 M. über das bis jetzt unpfändbare Einkommen von 1500 M. hinaus festzulegen.

Die Annahme zum mindesten des Vorschlages des Vrennmeister-Bundes, aber unter Ausdehnung auf alle Arbeiter, dürfte der Billigkeit und den Verhältnisseverhältnissen entsprechen. Gelegenheit zu seiner Verwirklichung bietet die Gewerbeordnungsnovelle.

Gewerkschaftliches.

Der Staat als Nachwächter des Kapitalismus.

In Braunschweig standen zur Zeit die Spezialarbeiter der Mehrschweifabrik von Boger u. Sohn, deren Inhaber, ein Reserveleutnant, die organisierten Arbeiter aus dem Betriebe herauszumafregeln und dafür die Organisation der Gelben zu stärken versuchte. Zu den Streikenden gehören auch einige österrische Arbeiter. Und diese hat sich die Braunschweiger Polizeidirektion mit einer Schnelligkeit aufs Korn genommen, die man nur den kassenbewußten Arbeitern gegenüber kennt. Am 24. Februar traten die Arbeiter in den Streik und wunderbar, bereits am 27. Februar zog die Polizeidirektion ihre Register gegen die streikenden Arbeiter auf. Zwei derselben erhielten folgenden Ausweisungsbefehl:

Herrzogt. Polizeidirektion.
Nr. 2128, III. Braunschweig, den 27. Februar 1908.
Auf Grund des § 28 Absatz 2 des Landesgrundgesetzes vom 12. Oktober 1832 wird Ihnen der Aufenthalt im Herzogtum damit unterlagt. Sie haben binnen drei Tagen das diesseitige Staatsgebiet zu verlassen. Sollten Sie nach Ablauf dieser Frist im Herzogtum angetroffen werden, so haben Sie der Vollstreckung einer Haftstrafe von drei Tagen zu gewärtigen.
b. d. Busch.

An den Arbeiter Herrn
..... Beschädigt am 29./II. 1908
..... Hartung, Polizeiergent.
Beide von der Ausweisung betroffenen Arbeiter sind völlig unbescholtene Leute und halten sich schon jahrelang in Braunschweig auf. Keiner von ihnen ist bis jetzt bestraft, sie haben aber das in den Augen der Polizei so schwere „Verbrechen“ begangen, sich einer Organisation anzuschließen und von dem gesetzlich gewährtesten Streikrecht Gebrauch zu machen; — ehrlös, wenn sie als organisierte Arbeiter anders gehandelt hätten! Die Ausweisung der Arbeiter ist allem Anschein nach — viele meinen zweifellos — auf das Verlangen des betreffenden Unternehmers erfolgt. Denn in der Fabrik des Unternehmers war es sofort bekannt, daß die Arbeiter ausgewiesen werden sollten.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

So sagte ein Arbeitswilliger zu einem der Ausgewiesenen, daß er, der Desterreicher, mit der Arbeitsniederlegung nicht gut getan habe, da er jetzt binnen drei Tagen und die Verheirateten binnen acht Tagen ausgewiesen werden würden. Da dieser Arbeitswillige nicht der Vertraute der Polizeidirektion ist, so bleibt nur die Annahme übrig, daß die beabsichtigte Ausweisung, noch bevor die Ausgewiesenen Kenntnis von der ihnen drohenden Gefahr hatten, von interessierter Seite triumphierend in der Fabrik mitgeteilt worden ist. Das ist wahrlich bezeichnend für die kulturellen Verhältnisse, wie sie leider nicht in Braunschweig allein bestehen. Beide Arbeiter haben längere Zeit in dem betreffenden Betriebe gearbeitet. Erst als sie als Ehrenmänner mit ihren Kollegen solidarisch erklärten, wurden sie nach der Polizeimoral als „gefährlich“ für das Staatswohl, d. h. für den Unternehmer betrachtet. Um sie zu beseitigen, grub man ein altes aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammendes Gesetz aus, das folgenden Wortlaut hat:

Fremde während ihres Aufenthaltes im Staatsgebiete genießen den Schutz der Polizei und sind zu deren Beobachtung verpflichtet. Die Verwaltungsbehörden entscheiden, ob und wie lange ihnen der Aufenthalt zu gestatten sei.“

Gegen irgend welche Gesetze haben sich die Ausgewiesenen nun zwar nicht vergangen, aber gehängt werden sie doch, weil sie sich gegen die heilige Autorität des Unternehmers aufgelehnt haben, das schwerste Verbrechen, dessen sich nach polizeilichen Begriffen ein Arbeiter schuldig machen kann.

Die Gelben, genannt „Vaterländischer Arbeiterverein“, verfolgen mit ihrem Statut (§ 1) den Zweck, „alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Arbeiter zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen“. Dieses Ziel soll nach § 2 des Statuts erreicht werden u. a. „durch Beteiligung an allen öffentlichen Wahlen“. Ein zweifellos politischer Zweck. Obgleich dieser Organisation, entgegen dem Statut, eine ganze Reihe Desterreicher angehören, obgleich die Polizei dieses weiß, tut sie nichts, um diesen nach dem geltenden Recht ungesetzlichen Zustand zu beseitigen.

Das nennt man Recht im Staate. Selbstverständlich wird auch diese neueste Polizeiaktion dazu beitragen, die Indifferenten aufzurütteln, ihnen den Klassenstaat in seiner ganzen Häßlichkeit zu zeigen.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Metallarbeiter! Die Revolverdreher im Automobilbau der A. E. G. in Ober-Schöneweide haben wegen Reduzierung der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. Der Automobilbau der A. E. G. in Ober-Schöneweide ist daher für Revolverdreher bis auf weiteres gesperrt!

Die Kollegen werden ersucht, etwaige Arbeitsangebote von der Betriebsleitung nicht zu beachten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Organisationsverhältnisse der Kohlegeher

haben wir gestern durch einen Irrtum falsch dargestellt. Wir haben unterlassen, von der wissenschaftlichen Organisation den abgepressten Teil der „Anarcho-Sozialisten“ abzugeben. Tut man dies, so kann man konstatieren, daß heute schon die Mehrzahl der Kohlegeher im Metallarbeiterverband organisiert ist!

Die Schmiedegesellen gegen die „Gelben“.

Gegen tausend in der Metallindustrie beschäftigte Schmiedegesellen Groß-Berlins waren gestern abend in Voelkers großem Saal, Weberstraße, versammelt, um Stellung gegen die „gelbe Gewerkschaft“ und deren Arbeitsschutzgesetz zu nehmen. Wie der Referent, erster hiesiger Verbandsbevollmächtigter Stiering, ausführte, bestehen heute in fast allen großen Werken der Berliner Metallindustrie, Siemens u. Halske, Ludwig Löwe u. Co., A. E. G., Vorkis usw. die sogenannten „gelben“ Organisationen. Diese, von den Arbeitgebern protegiert, haben einen Arbeitsnachweis in der Gaußstraße 9 eröffnet. Dort wurde den Arbeitssuchenden ein Arbeitschein zur Unterschrift vorgelegt, worin sie sich verpflichten müssen, den „Gelben“ beizutreten. In vielen Betrieben werden die freigeberkschaftlich organisierten von den Meistern und Betriebsleitern direkt aufgefodert, der „gelben“ Organisation sich anzuschließen. Wer sich nicht willfährig zeigt, werde entlassen oder mit unlohnender Arbeit bedacht.

Die Leitung schlug daher folgende Maßnahmen vor: „Jeden organisierten Schmiedegesellen wird verboten, sich den „gelben“ Organisationen“ anzuschließen und deren Arbeitsnachweis auf keinen Fall zu benutzen, welcher Vorschlag einstimmig angenommen wurde.“

Deutsches Reich.

Zum Kampf im deutschen Baugewerbe.

Die Situation im deutschen Baugewerbe wird von Tag zu Tag drohender. Im bergischen Land hat der Schuhverband für die baugewerblichen Betriebe, der in Elberfeld-Warmen seinen Sitz hat, seine Mitglieder durch Kundschreiben aufgefordert, da der Kampf unvermeidlich sei, alle Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeit, sowie alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den „ihnen (durch wen?) aufgedrungenen Kampf“ in kürzester Frist zu ihren Gunsten durchzuführen. Die ersten Verhandlungen sind hier resultatlos verlaufen und auf den 28. d. M. vertagt worden. Diese Vertagung hatte der Arbeitgeberverband an die Bedingungen geknüpft: „Verzicht der Arbeitnehmer auf jede Lohnverhöhung, Arbeitszeitverlängerung und Mitbestimmungsrecht auf Bauten.“ Eine Erklärung hierüber lehnten die Arbeitnehmer ab. — Es handelt sich hier um einen großen Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, so daß das zu erwartende negative Resultat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die ganze Bewegung ausüben dürfte.

Unkimmigkeiten im Buchdruckerverband.

Am Sonntagvormittag fand in Dresden eine Versammlung der Mitglieder des Buchdruckerverbandes statt, die sich u. a. mit der Haltung des „Korrespondent“ befaßte. Nach zehnwöchiger sehr lebhafter Debatte wurde eine vom Genossen Riem eingebrachte Resolution angenommen, die den Verbandstag in Köln ersucht, dafür zu sorgen, daß der „Korrespondent“ in Zukunft im Sinne der auf den deutschen Gewerkschaftskongressen und dem internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart zum Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei angenommenen Resolutionen redigiert wird. Die Resolution erachtet umfangreiche Erörterungen parteitheoretischer Meinungsverschiedenheiten, wie sie R. L. u. s. e. r in langen Artikeln im „Korrespondent“ beliebt, für nicht angebracht, da sie immer auf neue Mißgunnung und Differenzen unter den Verbandskollegen hervorzurufen geeignet sind. Damit war eine von anderer Seite eingegangene Resolution, die R. L. u. s. e. r das Vertrauen der Versammlung aussprach und ihn ersucht, in gleicher Weise fortzuführen, gegenstandslos geworden.

Der Ortsverein Hannover des Deutschen Buchdruckerverbandes hielt dieser Tage eine Versammlung ab, um zu der Generalversammlung in Köln Stellung zu nehmen. In dem Bericht darüber im „Volkswillen“ heißt es u. a.: „Eine äußerst lebhaft und ausgedehnte Debatte rief der Antrag, den „Korrespondent“ ob-

gatorisch einzuführen, hervor. Erklärten auch die meisten Redner, dem Antrage sympathisch gegenüberzustehen, so wurde von ihnen andererseits hervorgehoben, daß durch Annahme des Antrages die Meinung erweckt werden könne, als ob die Kollegenchaft mit der Schreibweise des „Korrespondent“ einverstanden sei. Aus diesem Grunde müsse das Obligatorium abgelehnt werden, wenigstens so lange diese Redaktion am Ruder sei. Die Schreibweise und Haltung des „Korrespondent“, speziell R. L. u. s. e. r, wurde in schärfster Weise verurteilt, da sie nicht geeignet sei, die Mitglieder zu modernen Gewerkschaften zu erziehen. Mit großer Mehrheit wurde folgender Antrag angenommen: Der Lokalverein beantragt bei der Generalversammlung, das „Korrespondent“-Obligatorium ohne Beitragsverhöhung einzuführen, aber nur unter der Bedingung, daß eine andere Redaktion gewählt wird.“

Gerade die jüngste Nummer des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker“ bringt zufällig auch einen Bericht einer Berliner Vereinsversammlung. Diese Versammlung befaßte sich unter anderem mit der Frage der Neutralität auf politischem Gebiete. Und in dem Berichte darüber heißt es dann:

„Die Parlamentsbeschlüsse können manchmal für die Gewerkschaften mehr Schaden bringen als eine Tarifvereinbarung Nutzen gebracht hat. Anstatt zu allen solchen Fragen in deutlicher Weise Stellung zu nehmen, hat die „Korr.“-Redaktion dieselben fast immer nur in referierender Weise unter „Kundsthor“ behandelt. Dagegen kann man wirkliche Parteipolitik häufig an leitender Stellung unseres Organs finden, wie es auch gegenwärtig durch die Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ der Fall ist. Solche Artikel sollten mit Rücksicht auf die verschiedenen politischen Parteistellungen unserer Mitglieder in Fortfall kommen, die uns überdies bei den anderen Arbeitern nur schaden. Hat einer der „Korr.“-Redakteure Bedürfnis nach journalistischer Betätigung auf diesem Gebiete, so muß er sich auch nach geeigneten Preßorganen hierzu umsehen, aber das Gewerkschaftsblatt möge der Betreffende damit verschonen.“

Ursache zu diesen Äußerungen aus Buchdrucker-Verbandskreisen ist eine Artikelserie, die gegenwärtig unter dem Titel „Gewerkschaftliche Neutralität“ im Buchdrucker-„Korrespondent“ erscheint. Dieselbe ist eine Arbeit des „Korrespondent“-Redakteurs R. L. u. s. e. r, und zwar seine private Meinungsäußerung, wie R. L. u. s. e. r gleich im Eingang seiner Artikelreihe feststellte. Der Buchdruckerverband hat mit der Sache nichts weiter zu tun, als daß er dazu das weiße Papier liefern darf. Wenn wir R. L. u. s. e. r recht verstehen, besteht die gewerkschaftliche Neutralität im möglichst partiatischen Herunterreißen der politischen Parteien. Da er bis jetzt nur in 16 (sage und schreibe: sechs) Artikeln Proben seiner gewerkschaftlichen Neutralität niedergelegen vermochte, ist er über die „Kritik“ der sozialdemokratischen Partei noch nicht hinausgekommen. Freisinn und Zentrum haben nun auch ihr gut Teil Sünden gegen die Arbeiterbewegung auf dem Gewissen, Rationalliberale und Konservative sogar — wir sagen das in aller Bescheidenheit — noch mehr als die böse Sozialdemokratie. So dürfte also diese Artikelserie vor der einhundertzwanzigsten Fortsetzung kaum zum Abschluß gelangen. Bis dahin halten hoffentlich noch die Buchdrucker in ihrem Urteil zurück. Im anderen Falle müßte R. L. u. s. e. r seine Arbeit womöglich nach vollendeter Kritik der Sozialdemokratie „schon abbrechen“. Seine Kollegen bringen ihn damit in den gewiß nicht gern von ihm gesehenen Verdacht, daß er damit seinen Zweck erreicht hätte und uns nehmen sie die Möglichkeit, uns in ebenso bequemer Weise aus dem „Korrespondent“ mit Material gegen die bürgerlichen Parteien zu versorgen, wie dies die Reichsverbandspresse nun durch Wochen aus dieser Quelle gegen die Sozialdemokratie tun konnte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Mörder der Elsa Nießke ergriffen!

Der Mörder der Elsa Nießke ist von der Schöneberger Kriminalpolizei ergriffen und hat Dienstagabend ein volles Geständnis abgelegt.

Am 5. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr, wurde die vierjährige Elsa Nießke in Charlottenburg im Hausflur des Grundstücks Knobelsdorff-Str. 57 von einem Unhold angefallen. Da er sie am Schreien nicht hindern konnte, schlichte er ihr den Rauch auf. Sie ist ihren Verletzungen erlegen. Der Polizeipräsident von Vorries hatte auf die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Der Schöneberger Kriminalpolizei gelang es, einen jungen Menschen zu fassen, der auf kleine Mädchen im Schöneberger Ortsteil von Friedenau unsittliche Attentate ausgeführt hatte. Es ist dies der 16jähr. Arbeitsbursche Kurt Keller. Er gesteht ein, die 4jährige Tochter der in Kranichstr. 57 wohnenden F. s. c. h. e. l. e. u. t. e im Flur des Hauses 58 zu vergewaltigen versucht zu haben. Als die Kleine um Hilfe schrie drohte er: „Wenn Du nicht still bist, schlachte ich Dich ab!“ Auf ähnliche Weise verging er sich an der 6jährigen Tochter der M. s. c. h. e. l. e. u. t. e in der Sponholzstraße 33. In beiden Fällen wurde er gefasst. Als ihm die Beamten im Zimmer 1 des Schöneberger Polizei-Präsidiums den Charlottenburger Fall vorhielten, leugnete er anfangs alles, auch den Besitz eines Messers und seinen Aufenthalt in Charlottenburg. Als ihm letzteres bewiesen und ihm das Messer, an dem sich noch vier kleine Blutspuren befanden, vorgehalten wurde, gestand er schließlich die schauerhafte Tat ein. Er beschrieb genau die Tat, die Kleider des Kindes und den Ort der Tat, den er sogar aufzeichnete! Die noch in später Stunde angefertigten Nachforschungen ergaben die volle Richtigkeit der Angaben des Keller.

Der Schweizer Bundesrat kauft vor Nikolaus.

Bern, 3. März. (B. T. W.) Der Bundesrat hat mit Rußland eine Erklärung betreffend gegenseitige Auslieferung derjenigen Personen vereinbart, welche sich des Mißbrauchs von Sprengstoffen schuldig gemacht haben.

Eisenbahnunglück.

Kattowitz, 3. März. (B. S.) Heute nachmittags 2 Uhr 40 Min. fuhr der Personenzug Nr. 2 auf einen auf der Station Suchbunior der Weichselbahn stehenden Güterzug. Beide Lokomotiven sind zertrümmert, ebenso einige Güter- und Gepädwagen. Es gibt Tote und Verwundete, deren Zahl aber unbekannt ist.

Fabrikbrand.

Kachen, 3. März. (B. S.) Das Gebäude der Rheinischen Nadelfabrik ist durch Feuer größtenteils zerstört worden.

Und abermals: „Konfirmandenunterricht“.

Gerleshausen, 3. März. (B. S.) Der evangelische Pfarrer Jmmeler zu Lanchröder ist flüchtig geworden, weil er sich mit Konfirmandinnen fittlich vergangen haben soll.

Ein unerzogener Erzieher.

Innsbruck, 3. März. (B. S.) Der Theologe Johannes König, ein gebürtiger Rheinpreuze, zielt in einem Gasthause in Weihenstephan im Saal auf mehrere Mädchen. Das Gewerbe entlud sich: ein Mädchen wurde getötet, die anderen erlitten Verletzungen.

Reichstag.

114. Sitzung vom Dienstag, den 3. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg. Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Reichskanzler zur Beantwortung der Interpellationen Albrecht und Genossen (Soz.) und Dr. Blahy und Genossen (fr. Sp.) betreffs Schiffahrtsabgaben bereit sei und schlägt vor, diesen Gegenstand bei der Etatsberatung nicht zu behandeln.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Reichsausschusses des Innern nebst den dazu gestellten Resolutionen, 24 an der Zahl.

Von der sozialdemokratischen Partei sind fünf Resolutionen beantragt.

Die erste verlangt Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallversicherungsbedingungen und Baukontrolle.

Eine zweite Resolution verlangt auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung Verordnungen betreffend geeignete Schutzvorrichtungen in Glashütten, sowie Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in Glashütten.

Eine dritte Resolution verlangt Verordnungen zum Schutze der in Walz-, Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter.

Eine fernere Resolution wünscht ein Reichsberggesetz sowie gesetzliche einheitliche Regelung des Knappschaftswesens.

Die fünfte Resolution verlangt einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung aller Arbeits- und Dienstverhältnisse, in der Art, daß Zeit, Dauer und Art der Arbeit so geregelt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Gerechtigkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern; ferner soll der verlangte Entwurf die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Renten- und Mutterschaftsversicherung ausbauen.

Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 50 000 M.“

Abg. Giesberts (Z.): Dem Grafen Vosadowitz haben bei seinem Scheiden aus dem Reichsamt des Innern alle Parteien ihre Anerkennung gezollt, das möchte ich ausdrücklich betonen. An der sozialpolitischen Gesetzgebung hat das Zentrum in erster Linie mitgearbeitet. (Sehr wahr! im Zentrum.) Den Staatssekretär möchte ich fragen, ob etwa das Gericht auf Wahrheit beruht, daß die Regierung das Pflanzengesetz zurückziehen will; ich würde das ungemein bedauern. — Die Verordnung, welche die Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen in Zinkhütten auf acht Stunden täglich festsetzt, ist verlängert worden. Aber wir müssen darauf bestehen, daß die Frauenarbeit in diesen Betrieben überhaupt verboten wird; wir sehen, daß die Löhne in diesen Betrieben, nicht nur die Löhne der Frauen, sondern die Löhne überhaupt sehr niedrig sind, wie ja überall, wo starke Frauenarbeit vorhanden ist, die Löhne sehr niedrig sind. Die Berichte der Gewerbeinspektoren über die Zinkhütten lesen sich wie eine wahre Leidensgeschichte. — Weiter frage ich den Staatssekretär, wie es mit den Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in Walz- und Hüttenwerken steht, die wir vor einem Jahre verlangt haben. In den Walz- und Hüttenwerken ist die Unfallziffer ganz außerordentlich hoch; wir wünschen, daß die Erhebungen recht bald zum Abschluß kommen. Sehr bedauerlich ist es, wenn die Berichte eines Gewerbeinspektors von parteipolitischen Gesichtspunkten getrübt sind, wie es bei dem Berichte des Gewerbeinspektors Schindl in Lothringen der Fall ist; dadurch muß das Vertrauen der Arbeiter zu dem Institut der Gewerbeinspektion vernichtet werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dieser Herr schreibt den bahnbrechenden Unfuss, daß die christlichen Gewerkschaften sich von den sozialdemokratischen in nichts unterscheiden, als durch die Hinzufügung des Wortes „christlich“. (Hört! hört! im Zentrum.) Um seine eigentlichen Aufgaben kümmert der Herr sich weit weniger. Der Durchschnitt der revidierten Betriebe beträgt in Elsaß-Lothringen nur etwa die Hälfte des Prozentsatzes wie im ganzen Reich, und dies Verhältnis hat im letzten Jahre sich noch verschlechtert. (Hört! hört! im Zentrum.)

Ich wende mich nun zu dem wichtigen Punkt der Tarifverträge. Das wesentliche der Tarifverträge besteht darin, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Gleichberechtigte zusammentreten, um sich über die sachlichen Fragen zu verständigen. Es hat ungeheure Opfer an Arbeit und Opfermut den Arbeitern gelöst, ehe die Unternehmer dies zugefanden. Die Verständigung über die sachlichen Fragen ist nicht so schwer; aber das Zugeständnis der Gleichberechtigung fällt den Arbeitnehmern sehr schwer. Wenn wir uns über die Ausdehnung der Tarifverträge freuen, so erkennen, was für ein unglückseliger Gedanke es gewesen ist, ein Justizhausgesetz zur Anebelung der Gewerkschaften zu entwerfen. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) Man soll die Koalitionsfreiheit und die Koalitionen

der Arbeiter achten und bei den schon erwähnten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken wünsche ich sehr, daß man die Organisationen nicht übergeht.

Den veröffentlichten Entwurf über Arbeitskammern begrüßen wir und wenn er an uns herantritt, sind wir gern bereit, an seiner Ausgestaltung mitzuarbeiten. Ich frage den Staatssekretär, wann wir den Entwurf erwarten können.

Zum Schluß richte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Krise und frage, was hat das Reich getan, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Einzelne Kommunen, wie Köln, haben etwas getan; es ist beklagenswert, daß im Reich noch nichts geschehen ist. Wir müssen verlangen, daß auf diesem Gebiete alle Instanzen ihre Pflicht tun. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Pauli-Pottdam (L.): Möge der neue Herr im Reichsamt des Innern in die Fußstapfen seines Vorgängers treten; darüber hinaus hoffen wir, daß er auch ein warmes Herz für den Mittelstand übrig hat; dann wird er das sozialpolitische Schifflein in den richtigen Hafen bugieren. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Lärm mäßt Ihr Feuer! Heiterkeit.) — Der Vordredner verlangte die Freiheit der Koalition für die Arbeiter. Wir haben nichts gegen die Koalition der Arbeiter. Aber vor allem ist nötig der Schutz der persönlichen Freiheit für die Arbeitswilligen. (Zustimmung rechts.) Die Arbeitgeberverbände sind eine Folge des Terrorismus der Arbeitnehmerverbände. Sie stehen den Forderungen der Arbeiter viel vorurteilvoller gegenüber als früher der einzelne Unternehmer. Allerdings so übertriebene unberechtigte Forderungen wie die des Achtstundentages und die Freigabe des 1. Mai können sie nicht bewilligen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Die jetzige niedergehende Konjunktur ist die Folge der maßlosen Forderungen der freien Gewerkschaften. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Sie sind es, die die Löhne der Arbeiter in so verstärktem Maße in die Höhe getrieben haben! Den Staatssekretär möchte ich fragen, wie es mit der Reform der Arbeiterversicherung, insbesondere der Verstaatlichung der Krankenkassen steht. Eine Arbeitslosenversicherung würde unendlich viel Geld kosten, insbesondere wenn die Arbeiter nicht gezwungen sind, sich an einem anderen Ort zu begeben, wo vielleicht Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Jedenfalls kann das Handwerk keinerlei neue Lasten tragen. Wir verlangen für das Handwerk Abgrenzung von Fabrik und Handwerk und Verbesserung des Submissionswesens. Auch die Gefangenenarbeit schadet noch immer dem Handwerk. Die unteren Verwaltungsbehörden zeigen nichts von dem Wohlwollen der Minister für das Handwerk. Ich wende mich nun zu den beantragten Resolutionen. Sollte man alles, was da verlangt wird, erfüllen, so müßte man hinter jeden Arbeitgeber ständig einen Aufseher stellen. Speziell die Sozialdemokraten verlangen, daß alle Arbeits- und Dienstverhältnisse einheitlich geregelt werden, was ja unmöglich ist. Auch die Ausdehnung der Sonntagsruhe, wie sie das Zentrum verlangt, können wir nicht gutheißen; die Gewerbetreibenden in kleinen Städten würden schwer geschädigt werden, wenn die Landbevölkerung des Sonntag nicht einkaufen könnte. Auch die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die in der Innenschifffahrt beschäftigten Personen ist nicht möglich. Wir wollen die sozialpolitische Gesellschaft nach Möglichkeit fördern, aber für Unmögliches werden wir nicht zu haben sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.): In der Wertschätzung des Grafen Vosadowitz stimmen meine Freunde mit den Vordrednern überein. Herr Giesberts sagte, wir stehen vor einer Krise. Ich glaube, das ist zu weit gehend, denn wir haben den Inlandmarkt und die Kaufkraft der Landwirtschaft gestärkt. Aber wir müssen auch unsere Stellung im Weltmarkt behaupten. Der deutsche Handel ist dankbar für das, was vom Reichsamt des Innern zur Orientierung des Handels geschieht, und für die Förderung privater Organisationen, die dasselbe Ziel verfolgen. — Das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten hat uns nur wenig Vorkommnisse gebracht, gebracht hat es uns nur wesentliche Erleichterungen in Fragen der Zollabfertigung. — Zur Sprache will ich folgenden Fall bringen: Eine Plauerer Gardinentüll erhielt einen großen russischen Auftrag auf Gardinentüll. Sie sandte einen Vertreter mit einem Etid des Tülls nach Petersburg, um sich über den zur Anwendung kommenden Zolltag zu vergewissern. Erst als sie hierüber im Besitz einer schriftlichen Verfügung der russischen Regierung war, begann sie mit der Produktion. Aber nach einigen Monaten nahm die russische Regierung die Verfügung zurück und verlangte einen höheren Zolltag, wodurch die Firma um mehrere Zehntausende von Mark geschädigt wurde. Ein derartiges Verhalten muß jeden internationalen Warenaustausch erschüttern. (Sehr richtig!) — Das rheinisch-westfälische Kohlenhidat hat bei der großen Bedeutung der Kohlen nicht das Recht, lediglich nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu verfahren; aber trotz der sinkenden Konjunktur hält das Syndikat an den Preisen fest. In der Beurteilung dieses Vorgehens sind wohl alle Parteien dieses Hauses, von Graf Rantz bis Albrecht, einig. — Man hat mir eine Animosität gegen die rheinisch-westfälische Industrie vorgeworfen, aber fälschlicherweise. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß in

jenen Großbetrieben die Stellung des Arbeiters eine andere werden müsse, daß nach Raumanns Ausdruck der Industrierentier erhoben werden muß zum Industriebürger. Aber wir müssen auch den industriellen Mittelstand erhalten; die Berufszählung wird sicher wieder das Bild der Vermehrung der Großstädte, der Entvölkerung des platten Landes zeigen. Umso mehr müssen wir alle Bestrebungen zur Dezentralisation der Industrie unterstützen. In dieser Richtung liegt vielfach die Entstehung neuer Hausindustrien; diese Hausindustriellen sind vielfach der zukünftige industrielle Mittelstand. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auf der Berliner Heimarbeiterausstellung sind vielfach ganz falsche, viel zu geringe Angaben über die Löhne gemacht worden.

Von den Resolutionen gehe ich nun auf die Resolution Schaf ein, welche Vertretungen auch für die Handelsangelegenheiten und für die Werkmeister und Techniker verlangt. Diese Forderung unterstützen wir aufs wärmste. Unter den 800 000 organisierten Privatbeamten befinden sich kaum 10 000 Sozialdemokraten. An den Mauern des neuen Mittelstandes werden sich die Wellen der Sozialdemokratie brechen, ebenso wie an den Mauern der Landwirtschaft. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr Ebel hat im vorigen Jahre in seiner Rede zum Etat gemeint, die Wahlmiederlage der Sozialdemokraten sei durch die Wahlbeeinflussungen der Regierung veranlaßt. Nein, sie ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Zahl der Arbeiter wächst, welche erkennen, daß die Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie mit den weltwirtschaftlichen Verhältnissen nicht im Einklange ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch die Arbeiter erkennen, daß sie ein Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonien haben. Ist denn die Gründung des Reiches nicht auch den Arbeitern zugute gekommen? Die Mehrzahl der sächsischen Fabriken ist erst nach der Gründung des Reiches, erst nach 1870 entstanden. Wir wollen dafür sorgen, daß diese Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft ständig weiter wächst. (Lebhaftes Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist äußerst ungünstig, der Höhepunkt der Konjunktur ist in allen Industriezweigen überschritten, und überall haben wir Arbeitslose in großer Zahl. Die Unternehmer, besonders die Großunternehmer haben in den Zeiten des Aufschwunges glänzende Verzinsungen ihres Anlagekapitals gefunden. In ihren Kreisen wird der wirtschaftliche Niedergang leicht ertragen. Wir sehen, daß die Syndikate trotz des wirtschaftlichen Niederganges die Preise in die Höhe schrauben, daß sie die Produktion einschränken, um Preise diktieren zu können, an denen sie stark festhalten. Die Löhne der Arbeiter sind nur vereinzelt gestiegen, nur da, wo die Arbeiterorganisationen stark wurden. Und die Lohnerhöhungen sind im großen und ganzen weit gemacht durch die Erhöhung des Lebensbedarfs. Die große Masse der Industriearbeiter war nicht im Stande, ihre Lebenshaltung zu erhöhen. Nezt dagegen ist die Zahl der Beschäftigungslosen außerordentlich groß geworden. Das statistische Amt konstatiert eine außerordentlich große Abnahme im Bestand der Krankenkassenmitglieder. Ebenso ergeben die Nachrichten der Arbeitsnachweise eine ungememe Zunahme der Arbeitslosengefälle. Auf allen Gebieten der Industrie zeigt sich der außerordentliche Rückgang der Beschäftigung. In Berlin allein hat die Arbeitslosigkeit ganz ungemein zugenommen. Einen gewissen Anhalt dafür kann man aus den Gewerkschaften erhalten, die im Januar eine Umfrage veranstalteten, nach welcher sie 24861 arbeitslose Mitglieder hatten. Solche Vorkommnisse sind wohl geeignet, die Frage aufzuwerfen, wie für die Arbeitslosen gesorgt werden soll, wie vor allem in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges Vorsorge dafür zu treffen ist, daß in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Arbeiter nicht in

vollständige Mittellosigkeit und Existenzlosigkeit

verfallen. Ich weiß sehr wohl, daß vom Standpunkt der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung es eine sehr schwierige Aufgabe ist, diese Unstimmigkeiten in der Industrie auszugleichen. Aber ich darf darauf verweisen, daß die Gewerkschaften für ihre Arbeitslosen eine halbe Million Mark aufgebracht haben, für Krankenunterstützungen noch neben der heutigen Zwangsorganisation 3/4 Million Mark. Das sind große Summen, welche die Arbeiter heute als Selbsthilfe zahlen und zwar zahlen sie sie zu dem Zweck, die Arbeiter vor dem vollständigen Verfallen in die Armut zu schützen. Wir sind nicht im Zweifel darüber, daß wir damit dem heutigen Staat eine Aufgabe abnehmen. Wir tun es mit dem Bewußtsein, die Arbeiter vor dem Verfall zu schützen, welcher heute mit jeder Armenunterstützung verbunden ist. Nach auf andere Weise haben die Arbeiter versucht, die Schwierigkeit einer Arbeitslosenversicherung zu lösen. Wir haben den Appell an die Unternehmer gerichtet, in diesen Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Arbeit einzuschränken, wir wollen den wirtschaftlichen Niedergang nicht als einzelne ertragen, sondern die

Kleines feuilleton.

Ein König auf der Flucht. Anlässlich des 60. Jahrestages der Pariser Februarrevolution schildert ein Mitarbeiter des „Petit Parisien“, wie der „Bürgerkönig“ Louis Philippe damals von Paris nach England floh. „Ich erinnere mich“, schreibt er, „daß vor einigen Jahren ein alter Arbeiter in recht drohlicher Weise erzählte, wie er in dieses historische Abenteuer verwickelt worden war. Der König, der die Tullerien heimlich verlassen hatte, konnte den Wagen, der ihn auf der Place de la Concorde erwartete, nur mit großer Mühe erreichen, und die Aufregung des Volkes war so groß, daß die vom General Dumas geführten Kavallerieschwadronen nur wenig zu seinem Schutze beitragen konnten. In diesem Augenblick näherte sich ein Russe — es war der Erzähler der Geschichte — machte sich mit dem Edogen energisch Platz und hob den gestürzten König in den Wagen, dessen Tür er rasch ins Schloß warf. Dieser Beistand in einem so kritischen Augenblick führte den König, und er sagte seinem Beschützer herzlichen Dank. „O! Sie brauchen mir nicht zu danken“, erwiderte der Arbeiter. „Ich tat es nur, um ganz sicher zu sein, daß Sie abreisen!“ Die Reife des fliehenden Königs war höchst dramatisch, und doch hätte er wahrscheinlich nicht viel riskiert, wenn er festgenommen worden wäre. Die provisorische Regierung ließte durchaus nicht nach seinem Blut und war ganz zufrieden, als sie erfuhr, daß er in England angekommen sei. Die Flucht ist ihm allerdings nicht leicht geworden.

Influenzabazillenträger, Influenza und Sonnensein. Der Umstand, daß die Influenza durchweg im Winter epidemisch auftritt, während in der übrigen Zeit nur ganz vereinzelte Fälle sich zeigen, weist, da die Bazillen am leblosen Material nicht eine irgendwie nennenswerte Zeit haften, darauf hin, daß es Influenzabazillenträger geben muß, wie dies auch bei anderen Infektionskrankheiten der Fall ist. Diese geben, ohne selbst Krankheits-symptome zu bieten, durch ihren Auswurf zu erneutem Ausbreiten der Krankheit Veranlassung. Viele Personen scheiden nämlich noch lange Zeit nach ihrer Genesung Bazillen in ihrem Auswurf aus, ja man findet sie bei Personen, die niemals Influenza gehabt haben, namentlich bei chronischen Augenkrankheiten und bei ansteckenden Krankheiten des Kindesalters. Dr. Wohlwill in Hamburg untersuchte in einer großen Anzahl von Leichen von Menschen, die an anderen Krankheiten als Influenza gestorben waren, die Lufttröhren auf Influenzabazillen, und er fand sie bei

158 Fällen 22 mal, auffallend häufig fand er sie in den Leichen von Schwindsüchtigen. Der Schwindsüchtige scheint demnach nicht nur Tuberkulose, sondern auch Influenza leicht verbreiten zu können.

Recht interessante Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Influenza und Sonnensein hat Dr. Auehmann in Berlin angestellt. Er hatte früher schon konstatiert, daß die Influenza nur dann auftritt, wenn die Sonnenscheindauer eine außergewöhnlich geringe ist und dies fand er auch bei der dieldjährigen Epidemie bestätigt. So fand er, daß in Berlin 1907 die Sonnenscheindauer um circa 100 Stunden unter dem Durchschnitt der letzten 12 Jahre blieb. Der Dezember 1907 hatte mit 18,1 Stunden Sonnenscheindauer den niedrigsten Wert seit 16 Jahren, an 23 Tagen dieses Monats gab es überhaupt keinen Sonnenschein. Je geringer die Dauer des Sonnenscheins ist, desto geringer ist natürlich auch seine bakterientötende Kraft, desto mehr können die Bazillen sich entwickeln. Neben der Sonne kommt aber auch dem Tageslicht eine leimtötende Wirkung zu, wenn auch in geringem Grade. Nach in Kiel im letzten Dezember und Januar vorgenommenen Messungen ergab sich, daß die Helligkeit recht geringe Werte erreichte und daß das Jahr 1907 den geringsten Jahreswert der Helligkeit seit 1894 aufwies.

Die seltenste Todesart. Im Staat Ohio in Nordamerika soll der merkwürdige Fall eingetreten sein, daß ein Mensch von einem Meteor erschlagen wurde. Wenn diese Nachricht zutrifft, so würde dieser Mann die seltenste Todesart erlitten haben, die es überhaupt gibt, denn bisher war nur ein ähnliches Vorkommnis bekannt, und der davon betroffene böhmische Bauer hat dadurch eine gewisse Berühmtheit erlangt. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein aus dem Weltraum auf die Erde niederstürzendes Meteor einen Menschen trifft, ist in der Tat sehr gering, eine Behauptung, für die sogar ein rechnerischer Nachweis erbracht werden konnte. Zimmerman sieht es mit der ganz genauen Abschätzung dieser Möglichkeit noch ziemlich schlecht, weil keine sichere Angabe darüber gemacht werden kann, wieviel Meteore im Durchschnitt jährlich auf unseren Planeten niederfallen. In wissenschaftlichen Werken findet sich die Angabe, daß diese Zahl auf 600 bis 700 jährlich anzunehmen wäre, aber großes Vertrauen kann diese Ziffer nicht beanspruchen. Zunächst muß die oft vergessene Tatsache berücksichtigt werden, daß noch vor 150 Jahren gerade von selten der Gesehichten die Beobachtung, es könnten Steine aus dem Weltraum auf die Erdoberfläche stürzen, als durchaus unsinnig bezeichnet wurde. Ferner wird nur ein recht kleiner Teil der Meteore wirklich beobachtet, und von diesen Beobachtungen wird wiederum nur ein kleiner Teil bekannt. Etwa zwei Drittel der Erdoberfläche ist vom Meere bedeckt und daher ganz unbewohnt, und so werden die

ins Meer fallenden Meteore dem Auge des Menschen bis auf beschwindende Ausnahmen sämtlich entgehen. Auch das letzte Drittel der Erdoberfläche ist nur zum kleinen Teil so dicht besiedelt, daß eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Beobachtung der Meteore vorhanden ist. Die meisten dieser Himmelskörper sind auch recht klein, denn wenn sie auch eine gewaltige Größe besessen haben mögen, als sie in die obersten Schichten des Luftmeeres eintreten, erleiden sie bei ihrer ungeheuren Geschwindigkeit durch die Reibung mit der Luft eine so starke Erhitzung, daß sie in viele Teile und Teilchen zerplittern und häufig wahrscheinlich bis zum feinen Staub zerfallen werden. Aus diesem Umstand geht hervor, daß ein viel größerer Zufall dazu gehört, von einem Meteor getroffen zu werden, als das große Los selbst in der unsichersten aller Lotterien zu gewinnen.

Notizen.

Die internationale Erdbebenforschung. Wenn irgend eine Wissenschaft der internationalen Organisation bedarf, so gewiß die Erdbebenforschung (Seismologie). Denn die Erdbeben haben sich bisher von Staatsgrenzen nicht im geringsten gekümmert. Das kann ihnen von guten Patrioten ja sehr übel genommen werden, es hilft nun aber einmal nichts. Wie aus Paris gemeldet wird, ist nun auch Frankreich der 1901 in Straßburg gegründeten internationalen Seismologischen Vereinigung beigetreten. Damit beträgt die Zahl der daran beteiligten Staaten 32. Auf den alle drei Jahre tagenden Konferenzen werden die Erfahrungen der Institute, die in den einzelnen Staaten bestehen, ausgetauscht und erörtert. Es handelt sich dabei nicht bloß um die Erdbebenkunde im engeren Sinne sondern auch um benachbarte Gebiete der physikalischen Erdbebenforschung.

Die Ciapopeia-Wissenschaft. Prof. Reinke, der im Herrenhaufe die moderne Naturwissenschaft so rühmlich (aus dem Munde) mit Polizeimiteln zu bekämpfen empfahl, hat in Berlin vor einem aus Hofkreisen und Primanern gemischten Publikum (so berichtet die „Voss. Ztg.“) gesprochen. Ueber „das Lebendige und das Leblose“. Das würdige Mitglied des Steplerbundes hat das schöne Lied, das alle Lied neu angestimmt: daß der Mensch (gemeint sind Reinke und Genossen) vom Menschen nichts weiß und daß der liebe Gott alles so eingerichtet hat. Reinke leugnet die Einheit der belebten und un belebten Natur, leugnet die Urzeugung und predigt dafür die Zweckmäßigkeit und eine modernisierte Lebenskraft. Für das Publikum, das seinen Lehren lauscht, scheint diese Art Wissenschaft die zweedmäßigste zu sein, da sie die Geschäfte der Kirche besorgt.

Lasten auf alle verteilen.

Wir sind mit einer Einschränkung der Arbeitszeit und einem geringeren Lohn zufrieden, damit nicht die große Masse auf Pfahle fliegt. Bei den Unternehmern haben wir aber wenig Verständnis dafür gefunden, in rücksichtsloser Weise werden Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen, ohne daß jemand fragt, was aus ihnen wird.

Dazu kommen die Folgen unserer verfehlten Wirtschaftspolitik, die eine außerordentlich schwere Belastung der breiten Massen des Volkes gebracht hat. Eine Untersuchung an der Hand einer Anzahl von Haushaltungsbudgets hat ergeben, in welcher ungeheurer Weise gerade die indirekten Lasten verteilt sind. Während die Einkommen bis zu 4000 M. 3,64 Proz. an Abgaben für Lebensmittel und Verbrauchsgüter leisten müssen, beträgt dieser Satz bei den Einkommen von 4000—6000 M. nur noch 1,4 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn man noch höher hinaufgeht, dann wird der Prozentsatz noch kleiner. Wenn auch der Rechner der Zentrumsfraktion auf die hohe Belastung des Arbeiterbudgets durch die gestiegenen Lebensmittelpreise hingewiesen und den großen Umfang der Arbeitslosigkeit betont hat, so kann ich seiner Fraktion den Vorwurf nicht ersparen, daß sie im wesentlichen mit dazu beigetragen hat, ja aus schließlich dafür gewesen ist, daß die notwendigsten Verbrauchsgüter eine solche Verteuerung erfahren haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Fabrikinspektoren berichten uns von

Preissteigerungen für Lebensmittel in Höhe von 20 bis 25 Prozent.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Berlin ist der Butterpreis auf 1,60 M. pro Pfund gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf: 1,60 M.) Wie kann bei einem solchen Preis die Arbeiterklasse überhaupt noch Butter konsumieren? Wie sollen heute Arbeiter, die weniger wie 3 M. pro Tag Lohn haben, mit ihren Familien überhaupt noch auskommen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Preissteigerung in Butter ist gegenüber dem Zustand vor einigen Jahren 40—50 Proz. Dazu kommen die gestiegenen Brot- und Milchpreise. Gegenüber solchen Zuständen richten wir in einer Zeit eines großen wirtschaftlichen Niederganges die erste Mahnung an die Regierung, auf sozialpolitischem Gebiete vorwärts zu schreiten und auf die Drohungen der Unternehmer nichts zu geben. Ich kann es nicht unterlassen, eine Neuerung zu erwähnen, die im Anschluß an die großen Arbeitslosenversammlungen in Berlin der Abg. Dirksen in einer Versammlung in Notibus getan hat. Er hat dort gesagt: „Die Arbeitslosen in Berlin haben demonstriert, um das geheime Wahlrecht zu erlangen. Kögen sie doch lieber auf das Land gehen und arbeiten.“ (Sehr gut! rechts.) Sie haben in großen Versammlungen die Forderung aufgestellt, daß der Staat Bauten in Angriff nehmen und nach gewerkschaftlichen Forderungen die Löhne zahlen solle. Solche Forderungen stellt die Hande, die selbst schuld an der Arbeitslosigkeit ist. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mit ruhigen, nicht konserdativen Leuten gesprochen und diese haben mir gesagt, es wäre besser, wenn

mit scharfen Patronen geschossen

würde und wenn

auch Blut geflossen

wäre, denn dann hätten wir uns doch wenigstens Ruhe verschafft.“ (Lautes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Neuerung charakterisiert die ganze Denkungsweise des Abg. v. Dirksen. Gewiß gibt es Leute, die die Arbeit scheuen, Leute, die nicht Lust haben, etwas zu tun, die in ihrem Leben niemals gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet haben. Wenn aber gerade solche Leute die Arbeitslosen in der Weise verhöhnen, dann ist das nicht nur ein Mangel an sozialem, sondern auch ein Mangel an rein menschlichem Empfinden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es zeigt keine große Kenntnis des Wirtschaftslebens, wenn man die Arbeitslosen in einer Großstadt eine Bande nennt, die nur mit Patronen zur Raision gebracht werden könne. Es kennzeichnet das sozialpolitische Empfinden eines Mannes, wenn er in der Weise Vorgänge unseres Wirtschaftslebens, die von hoher Bedeutung sind und die Mitgefühl auslösen sollten, beurteilt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie in Wahrheit diese Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt und die Verelendung der Arbeitermassen zu beurteilen ist, das hat uns Heijermans in seinen interessanten Feuilletons im „Berliner Tageblatt“ gezeigt. Wir haben die Empfindung, daß die Sozialpolitik sich doch nicht aufwärts bewegt, sondern einen schleppenden, schlappenden Gang hat. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat in seiner letzten Tagung ziemlich unverhohlen seine Verungung über den Rücktritt des Grafen Posadowsky erklärt und Herrn Bethmann-Hollweg die Weisung auf den Weg gegeben, nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Nachfolger des Grafen Posadowsky nahm diese Mahnung ohne Widerrede entgegen; er wollte es mit dem großen Herren nicht verderben. Der Zentralverband wünscht nun in erster Linie eine Reform der Krankenkassenversicherung in der Weise, daß der Vorsitzende von der Gemeindeverwaltung ernannt wird und die

Arbeiter ihrer bisherigen Selbstverwaltung beraubt

werden. In den Betriebskrankenkassen soll der Unternehmer ruhig den Vorsitz behalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die freie Arztwahl lehnte der Zentralverband ab. Eine Behandlung, die Dr. Mugdan eigentlich nicht verdient hätte, da er sich ja hier stets recht eifrig um sie im Interesse des Zentralverbandes bemüht hatte. (Abg. Behr, v. Camp ruft: Sie sind ja auch gegen die freie Arztwahl.) Gewiß sitzen auch in unseren Kreisen manche Gegner der freien Arztwahl, aber Herr Mugdan hat hier stets eine Aenderung in der Organisation der Krankenkassen im angeblichen Interesse des Arztesstandes gefordert, das die freie Arztwahl haben sollte.

Jetzt zeigt sich, wie Herr Mugdan seine Klassenossen mit diesem Verlangen nach Unterdrückung der Arbeiter Selbstverwaltung betrogen hat. Niemand anders als die Sozialdemokraten haben die freie Arztwahl, wenigstens teilweise, zur Einführung gebracht, in den Betriebskrankenkassen sehen wir sehr wenig davon und die Regierung hat sie, z. B. im Eisenbahnbetriebe, strikte abgelehnt. Ich erwähnte das, um zu zeigen, wie sehr Herr Mugdan die deutsche Ärzteschaft irregeführt hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Zentralverband verlangt weiter die Beibehaltung der Konkurrenzklause, weist alle Maßregeln energisch zurück, die auf eine Einschränkung der Seimarbeit hinarbeiten, erhebt scharfen Einspruch gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung für die Feuerarbeiter (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und wendet sich gegen jede gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit. Weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe soll nur dann stattfinden dürfen, wenn vorher Sachverständige, natürlich die Sachverständigen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, gehört worden sind. Der Zentralverband protestiert schließlich gegen jede gesetzliche Regelung der Tarifverträge, gegen jede Ausdehnung der Koalitionsfreiheit und hebt mit außergewöhnlichem Nachdruck den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervor. Was bleibt da übrig von dem sozialpolitischen Programm? Nichts, als ein paar Almosen, die der Unternehmer nach Berlin an seine Arbeiter gibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Arbeiter verzichten auf diese Almosen, sie wollen in der Arbeiterklasse die Herrschaft übernehmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär aber hat an den christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin eine Rede gerichtet, in der er

die Arbeiter zur Bescheidenheit mahnte.

Wäre es nicht auch angebracht gewesen, den Herren Unternehmern Mahnung anzuraten? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie

zu erinnern an ihre Pflichten gegen die Arbeiter, die sie verhäumten, wenn sie sich zu einem solchen Programm bekennen? Aber wir kommen auch deshalb zu dem Schlusse, daß der Zentralverband deutscher Industrieller jetzt wieder den maßgebenden Einfluß auf die Regierung hat, weil der Reichsjustizminister auf sein Vergrüßungstelegramm geantwortet hat: „Es ist für mich von hohem Werte, wenn die Vertreter der deutschen Arbeitgeber sich so einmütig zu meinen Anschauungen und Forderungen in der Sozialpolitik bekennen.“ Wenn das das Bekenntnis des sozialpolitischen Programms des Reichsjustizministers ist, können wir allerdings in der Sozialpolitik keine nennenswerten Fortschritte erwarten. (Lebft. Zustimmung v. d. Soz.) Denn das ist keine Sozialpolitik, sondern rücksichtslose Interessenpolitik vom kranken Eigentumsstandpunkte aus und schroffe Wahrung der Arbeiterinteressen. Im Jahre 1900 hat der Leiter des Zentralverbandes deutscher Industrieller über die Sozialpolitik des Grafen Posadowsky geurteilt: Graf Posadowsky ist so weit wie nur irgend möglich vom Zentralverband abgerückt; das zwingt uns, aus der bisher geliebten linken Reserve herauszutreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Äußerungen des Staatssekretärs wird der Zentralverband während seiner Amtsdauer wohl auf den Vorzug verzichten müssen, Vertreter der Regierung bei sich zu begrüßen. Ob das zum Nutzen und Vorteil beider Teile ist, ist uns zweifelhaft. Aber es kann ja dem jetzigen Staatssekretär ein besser unterrichteter Staatssekretär folgen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht glaubt der Zentralverband, daß die Zeit des besser unterrichteten Staatssekretärs gekommen ist. Jedenfalls können wir uns der Versicherung nicht erwehren, daß infolge der engen Verbindung mit so mächtigen Vertretern der Industrie der Staatssekretär nur sehr einseitig informiert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zu den Arbeiterkreisen fehlt ihm jede engere Beziehung, wie schon das Schicksal der Vorlage über die Arbeitskammern beweist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Zentralverband deutscher Industrieller hat aber auf die Sozialpolitik stets nur einen schädlichen Einfluß ausgeübt. Grund sächlich widerlegt er sich jedem sozialpolitischen Fortschritt und jeder Arbeiterorganisation, mag sie nun sozialdemokratisch oder christlich genannt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf dem sogenannten Berbrüderungsbanke mit der Regierung hat der Zentralverband seinen

Herrn-im-Hause-Standpunkt

außerordentlich schroff hervorgehoben, so schroff, daß der preussische Handelsminister sich verpflichtet fühlte, ihn umzudeuten in das kameradschaftliche Verhältnis, wie es zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Kaserne bestehe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Arbeiter danken für den

Industriemilitarismus des Herrn Delbrück.

(Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ihrer Ueberzeugung nach kann die Grundlage des Arbeitsverhältnisses nicht anders gestaltet werden, als wenn sie dem strengen Herrn- Standpunkt entzückt und als ein Vertrag zwischen Gleichberechtigten angesehen wird. (Bravol bei den Sozialdemokraten.) Ich habe nicht die Absicht, auf die einzelnen sozialpolitischen Vorlagen einzugehen, die hier schon beraten worden sind oder noch beraten werden sollen. Nur ein Wort zu der Vorlage über die Arbeitskammern. Sie bleibt selbst hinter den bescheidensten Wünschen der Arbeiter zurück. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die staatlichen Arbeiter und große Kreise der Industriearbeiter sind von der Vertretung ausgeschlossen. Das Wahlrecht ist ein sehr kompliziertes und für die Arbeiterschaft ganz unbefriedigendes, da es auf den von den Unternehmern abhängigen Arbeiteranschlüssen beruht. Eine solche Organisation kann die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllen, es ist undenkbar, daß auch nur die christlichen Arbeiterorganisationen dieser Vorlage zustimmen. Wir erblicken in dieser Vorlage nicht die Erfüllung des Versprechens auf eine Vertretung der Arbeiter, in der sie ihre Meinung friedlich und frei zum Ausdruck bringen können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch die Landarbeiter sind wiederum von der Vertretung ausgeschlossen. Für die Landarbeiter geschieht überhaupt nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vergeblich haben wir auf die Erfüllung des alten Wunsches gehofft, daß sie der Krankenversicherung unterstellt werden möchten. Ungenügend sind die Leistungen für die bei Unfällen, ungenügend die ganze gesetzliche Fürsorge. Ihre Rechtsverhältnisse vermindern ihre persönliche Freiheit aufs schwerste. Man verlangt von ihnen schwere Arbeit, ohne ihnen doch die entsprechende Fürsorge zuteil werden zu lassen. Statt daran zu denken, wie man die deutschen Landarbeiter in ihrer Arbeit interessiert, macht man ihnen das Leben in der Heimat zur unerträglichen Dual (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und zieht jährlich wachsende Mengen ausländischer Arbeiter

ins Land. Schon spricht man auf vielen Gutsböfen kein Wort deutsch, und ihre Vertreter sind die Vertreter der nationalen Politik. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Symptomatisch für die Lage, welche die preussische Regierung wandelt bei ihren Versammlungen, die deutschen Landarbeiter durch ausländische zu ersetzen, die in festem Kontraktverhältnis mit dem Gutsbesitzer stehen, ist die Einführung der Legitimationskarte für die ausländischen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Großgrundbesitzer wollen die Arbeiter bereits beim Uebertritt über die Grenze für einen bestimmten Unternehmer verpflichten, dem sie sich später nicht entziehen können. Diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit verlangen sie auch für die Industriearbeiter. Bei einem Streik soll der Industriearbeiter vor die Alternative gestellt werden, entweder die Arbeit wieder aufzunehmen oder ausgewiesen zu werden. Er soll direkt gezwungen werden, entgegen seiner eigenen Auffassung als Streikbrecher aufzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Preislich ist mir fraglich, ob die Landwirte große Erfolge haben werden. Die ausländischen Arbeiter werden unter diesem Jwange der Verhältnisse sehr bald Abstand davon nehmen, in Deutschland Arbeit zu nehmen. Wir müssen aber fragen, wie kommt die preussische Regierung dazu, der deutschen Landarbeiterzentrale, einer Privatgesellschaft amtliche Befugnisse zu erteilen. Diese ganze Bestimmung richtet sich

gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der gleiche rücksichtslose Standpunkt, der mit jedem Geist sozialer Fürsorge in Widerspruch steht, ist auch in der Verfügung des preussischen Eisenbahnministers zu erkennen, daß für die Eisenbahnwerkstätten die Gewerbeordnung aufgehoben sei. Er beruft sich dafür auf die Entscheidungen von Gewerbegerichten. Beim Etat des Reichsjustizministers ist auf die Rechtsfrage schon eingegangen. Ich bitte aber den Staatssekretär, uns auch seine Ansicht darüber zu bekunden, daß diese Arbeiter von allen Schutzmaßnahmen der Gewerbeordnung ausgeschlossen werden. Selbst wenn diese Rechtsprechung anzuerkennen wäre, ist es doch sonderbar, daß der preussische Eisenbahnminister auch die Fabrikinspektion aus seinen Betrieben hinausweist. Nach dem Februarerlassen sollen ja die Staatsverwaltungen Musterbetriebe sein, da müßte der Eisenbahnminister sie also mit Stolz dem Fabrikinspektor zeigen, aber in Preußen gibt es Muster stets nur nach der schlechtesten Seite hin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnverwaltung ist noch weiter gegangen und stellt auch die Gastwirtsbetriebe auf den Bahnhöfen außerhalb der Gewerbeordnung, so daß auch die Angestellten dieser Gastwirtsbetriebe die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung entbehren. Wie mit dem Gastwirtsbetriebe geht es auch mit der Buchhandlung. Die Buchhandlungsbetriebe auf unseren Eisenbahnen richten sich nicht nach den Bestimmungen für die Sonntagsruhe. Analog der unsozialen Rechtsprechung werden sie als Teile des Eisenbahnbetriebes betrachtet, nicht als selbständige Redenbetriebe. Ferner befallen sich die Gastwirtsbetriebe, soweit sie der Bundesratsverordnung

für das Gastwirtsbetriebe unterstehen, über eine ganz ungenügende Kontrolle. Die Hotelbetriebe erleben mit Recht den Anspruch, den Angestellten des Gastwirtsbetriebes gleichgestellt zu werden. Der gleiche antisoziale Geist herrscht in Preußen auch in unserer Justiz. Wiederholt schon haben wir und beschwert über die Zurückweisung von regelmäßigen Vertretungen der Arbeiter seitens der Gewerbegerichte unter dem Vorzeichen, diese Vertretungen erfolgten geschäftsmäßig. Dabei ist die Vertretung der Arbeiter durch Arbeitersekretariate außerordentlich wichtig für die Arbeiter, die einer

unentgeltlichen Rechtsauskunft dringend bedürfen.

ebenfalls habe ich Klage darüber zu erheben, daß die Arbeitersekretariate unter die Bestimmung des § 85 der Gewerbeordnung gestellt werden. Der Graf v. Posadowsky hat seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß die Arbeitersekretariate unter diese Bestimmung nicht fallen und am 15. Januar 1902 ist vom preussischen Justizminister eine Verfügung an die Staatsanwälte ergangen, es mögen Strafanträge auf Grund des § 85 gegen die Arbeitersekretariate nicht gestellt werden. Trotzdem ist ein Arbeitersekretär in Oberhausen angeklagt und bestraft worden, weil er die Rechtsauskunftsstelle nicht als Gewerbebetrieb angemeldet hatte. Die Begründung des Urteils ist außerordentlich interessant. Es heißt, das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Angeklagte als Beauftragter des Bergarbeiterverbandes politische Zwecke verfolgt habe, und daß er trotz seiner bisherigen Unbescholtenheit deshalb zu einer Geldstrafe von 60 M. zu verurteilen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also weil der betreffende Sekretär nach der Annahme des Gerichts politische Zwecke verfolgte, ist er verurteilt worden. Es gibt aber in der ganzen Gewerbeordnung keine Bestimmung, die die

politische Gesinnung als Strafverschärfungsgrund

angibt. Es ist ein geradezu ungeheuerliches Urteil, wenn ein Gericht, das doch den Anspruch erhebt, eine objektive Behörde zu sein, zu solchem Resultate kommt. Allerdings hat das Landgericht in Ratibor das Urteil aufgehoben, die Strafe wurde auf 15 M. herabgesetzt, aber die Urteilsbegründung blieb. Auch in Königsberg ist ein Gewerkschaftssekretär angeklagt worden, seinen Geschäftsbetrieb nicht angemeldet zu haben, trotzdem er an alle Arbeiter unentgeltlich Auskunft erteilte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als von unserer Seite dem Gericht die Äußerungen des Staatssekretärs und auch die Verfügungen des preussischen Justizministers unterbreitet wurden, hat die Königsberger Polizei den Strafantrag zurückgenommen. Jetzt versucht aber die Königsberger Staatsanwaltschaft aufs neue gegen den Gewerkschaftssekretär vorzugehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bezeichnend für Preußen, daß nur bei ihm die Arbeitersekretariate in dieser Weise verfolgt und drangaliert werden, während man ihnen in Süddeutschland jedwede Förderung zuteil werden läßt. Die Steinarbeiter führen darüber Klage, daß die Bundesratsverordnung nur die Sandsteinarbeiter im Auge hat. Die Steinarbeiter, die alle unter denselben Bedingungen arbeiten, unter der gleichen Staubentwicklung zu leiden haben, wünschen mit Recht, daß der Schatz der Bundesratsverordnung ihnen allen zuteil werde. Es ist mir in der Tat auch unverständlich, warum der Bundesrat nur die Sandsteinarbeiter schützt. Die Fleischergehilfen klagen über so lange Arbeitszeit und wünschen eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage. Sie versprechen sich davon mehr als von den Vorschlägen, die der Veirat für Arbeiterstatistik gemacht hat. Im Anschluß daran möchte ich auch auf die Mißstände hinweisen, die sich aus dem Kost- und Logiswesen im Fleischergewerbe erklären. Die Schlafräume der Fleischergehilfen sollen in vielen Fällen außerordentlich dürftig sein. Weiter möchte ich einen Vorgang besprechen, der uns deutlich zeigt, in wie einseitiger Weise preussische Behörden zugunsten der Unternehmer Stellung nehmen. Die Heizer auf den großen Rheindampfern verlangen eine Minimalarbeitszeit von 6—8 Stunden. Als Herr Stinnes, der an der Spitze der Rheinisch-Westfälischen Industriellen steht, diese Aufseher verweigerte, traten die Heizer in den Streik. Daraufhin wurden eine Anzahl von Streikbrechern engagiert und die Schiffe fuhrten mit ungenügender Besatzung

ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben die Strompolizei davon in Kenntnis gesetzt. Und nun hat Herr Stinnes in einer Sitzung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der rheinisch-westfälischen Industriellen von der Strominspektion die Zulassung erhalten, daß sie die Anzeige der Arbeiter

gar nicht beachten

würde. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Stinnes hat dieser Zulassung hinzugefügt, die Unternehmer möchten sich, wenn ähnliche Vorgänge sich wiederholen sollten, nur auf den preussischen Inspektor der Strompolizei berufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bedauerlich ist, daß die Berichte der Fabrikinspektoren immer noch über 477438 geleistete Ueberstunden berichten müssen. Besonders unangenehm fällt auf, daß 12646 Fälle sich auf den Somabend beziehen.

Ich komme nun auf den Jugendschutz. Vergehen gegen die Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter sind 22775 zu verzeichnen, d. h. 80 Proz. der Fabriken, die jugendliche beschäftigen, haben die Bestimmungen übertreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In 1993 Fällen wurden 2990 Jugendliche über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Ebenso schlecht steht es mit der Innehaltung der Pausen, die vielfach gar nicht beachtet werden. Zu einem guten Teile stehen also all diese Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen nur auf dem Papier. Ich erinnere an die Erdörterungen des Herrn Moeren über die sittlichen Gefahren, die der Jugend drohen. Ich bestreite nicht, daß manches, was Herr Moeren sagt, ja richtig ist, aber die Gefahren, die von der modernen Literatur aus der Jugend drohen, sind viel weniger schwer, als die Gefahren auf dem Gebiete des Wohnungswesens. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Gewerbeinspektoren berichten sehr häufig, daß eine Teilung der Geschlechter in den Schlafräumen nicht stattfindet, insbesondere im Osten, wo russische Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen. Der Fabrikinspektor von Marienwerder schildert, daß in seinem Bezirk in einer Schlafkammer, die für Arbeiter und Arbeiterinnen einer Altesgrube eingerichtet ist, hundert Männer und Frauen untergebracht waren, und diese Parade enthielt

weder Fenster noch Ventilationseinrichtungen.

Die Inzisten lagen auf der Erde, eine Trennung nach Geschlechtern fand nicht statt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Schlafbedingungen sind zutiefst, die meisten Fabrikinspektoren gehen überhaupt auf Einzelheiten dabei nicht ein. Weiter wird nach den Berichten noch eine viel zu große Anzahl von Kindern in den Fabriken beschäftigt. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden. In Bayern sollte man sich endlich dazu entschließen, das schulpflichtige Alter auf 14 Jahre heraufzusetzen, damit Kinder unter 14 Jahren in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen. Ein weiterer Uebelstand ist, daß noch immer zu wenig Prozent der Betriebe kontrolliert werden, besonders auch der für Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährlichen. So wurden im Steinbergwerk nur 40 Proz. der Betriebe kontrolliert, von den Zigarrenfabriken 41 Proz., und nur ganz wenige von den besonders gefährlichen Thomas-Schlackenmühlen. Auch ist aus den Berichten festzustellen, daß diejenigen, die für Uebertretungen der Schutzbestimmungen die Verantwortung tragen, viel zu wenig bestraft werden. Bei einzelnen Gewerbeinspektoren zeigt sich auch eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter.

So führen einzelne Inspektoren einzelne Einrichtungen in Fabriken als besonders Grobheiten an, während sie eigentlich von ganz geringer Bedeutung sind. Ein Gewerbeinspektor berichtet, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in seinem Bezirk außerordentlich günstig seien und folgert das daraus, daß die Arbeiter einen Schicht-

Lohn von 3,25 M. erhalten. Im Jahre 1900 betrug der Lohn dieser Arbeiter 3,23 M.; sie haben also in diesen sechs Jahren eine Lohn-erhöhung von ganzen 5 Pf. erhalten, die natürlich in gar keinem Verhältnis zu den

inzwischen gestiegenen Lebensmittelpreisen

steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Berichte der Gewerbeinspektoren geben uns keinen Einblick in die Knappheitsverhältnisse, sie geben uns keinen Einblick in die Gesundheitsverhältnisse, sind überhaupt höchst mangelhaft. Die Stellung der Berginspektoren wird uns allerdings klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß ein großer Teil der Inspektoren diese Stellung nur als eine Nebenberufung betrachten, um später in Privatbetriebe überzugehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Oberbergamt Dortmund hat der Berufsgenossenschaft gesagt, sie möchte die Berginspektion nicht bei jedem einzelnen Unfall belästigen. Also die Behörde, welche nach dem Gesetz verpflichtet ist, jeden Unfall zu untersuchen, stellt an die Knappheitsberufsgenossenschaft das Ersuchen, davon entbunden zu werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Daraus geht deutlich hervor, welche Gefinnung in jenen Kreisen vorhanden ist, wie wenig man gesonnen ist, den Unfällen auf den Grund zu gehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Einige Redner haben auch die Handwerkerfrage erwähnt. Die Enquete, welche die Regierung uns unterbreitet hat, zeigt nur sehr geringe praktische Ergebnisse der Handwerkerergo-berung. Sie zeigt, daß ihre Erfolge ganz außerordentlich minimal sind. Die freien Innungen sind immer noch größer als die Zwangsinnungen, und die Angaben zeigen, wie wenig rührig man in diesen Zwangsinnungen ist. Viele Innungen haben überhaupt keine Angaben über ihre Ausgaben gemacht, andere hatten Ausgaben überhaupt nicht zu verzeichnen. Viele Innungen ziehen erhebliche Einnahmen von den Gebühren für Prüfungen. Die Innungs-freunde und Befürworter der Handwerkerergo-berung haben die Einrichtung von Fachschulen durch die Innungen gepriesen. Aber gerade für die Fachschulen ist seitens der Innungen außerordentlich wenig getan.

Nur 7 Proz. aller Innungen

haben überhaupt Schulen errichtet und unterhalten sie mit einem Aufwand, der 1,71 M. pro Jahr und Mitglied ergibt, also ein außerordentlich geringer Satz. Die Arbeitsnachweise der Innungen haben ebenfalls einen außerordentlich geringen Umfang und erheben für die Arbeitsvermittlung Gebühren, während die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise stets unentgeltlich sind. Die Innungen sollten sich hier die Gewerkschaften zum Muster nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nahezu ein Siebtel aller Einnahmen kommt aus Gebühren für Unternehmungen, die unentgeltlich sein sollten. In 160 Fällen sind Mitglieder von Innungen bestraft worden, weil sie die Preise nicht innegehalten haben, obwohl ein solches Recht der Strafgesetzgebung den Innungen nach der Gewerbeordnung nicht zusteht.

Auf vielen Gebieten haben die Innungen also vollständig ver-sagt. Die Fachschulen müssen ihnen weggenommen werden und in die Verwaltung des Staates oder der Gemeinden übergehen. Der Arbeitsnachweis muß paritätisch ausgebaut werden, und nicht allein in den Händen der in den Innungen organisierten Unternehmer liegen. Die Organisation der Kranken-kassen bedarf einer einheitlichen Grundlage. Die Sonder-rechte der Innungen dürfen nicht fördernd ein-greifen in die Stellung der Schiedsgerichte und die ganze Rechtsprechung in Versicherungssachen. Wo die Innungen ersprießlich wirken können, das ist in der genossen-schaftlichen Organisation des Handwerks, im gemeinsamen Einkauf gemeinsamer Betriebe, in der Föhrung von Klassen zur Unterstützung der Witwen und Waisen der Mitglieder. Damit die Innungen hier wirken können, ohne durch ihre Sonderrechte fördend in das Gebiet der sozialen Försorge einzugreifen, muß ihnen ihr Zwangscharakter genommen werden, weil dieser der Unternehmerorganisation, die sie sind, sofort ein Sonderrecht gegenüber den Arbeitern gibt. Wenn die Innungen dann als freie Unternehmerorganisation aus-gestaltet sind, muß der Staat den Arbeiterorganisationen freie Bahn als Grundlage des Verhandlungsprinzips geben, denn jetzt wird von den Zwangsinnungen der Terrorismus ausgeübt, den Sie den Gewerkschaften nachsagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialpolitik darf nicht zurückschrecken vor dem Eingriff in alleinstehende Hebel, vor allem in die Hausindustrie, die für weite Kreise ein Unglück geworden ist. Eine fortschreitende Sozial-politik darf und kann nicht Rücksicht nehmen auf die Interessen jedes einzelnen. Als wir die Sonntagsruhe durchführten, wurden auch unendlich viele Einwände erhoben, die zertrümmerten Erzfennungen und das schöne Familienleben kleiner einseitigen Sonderinteressen als Schutzschild vorgehalten. Noch bei jedem sozialpolitischen Fortschritt hat man so alte Gemeinheiten, Miß-stände, Hebel verteidigt. Wer Sozialpolitik treiben will, darf sich nicht von den warnenden Stimmen des Unternehmertums zurück-halten lassen, die nur ihre einseitigen Interessen verhalten, sondern muß als ausdiesagender Gesichtspunkt

Leben und Gesundheit der Arbeiter

betrachten. Daß sie genügend geschützt werden, muß der ausschlag-gebende Gesichtspunkt unserer Sozialpolitik sein, und eine groß-zügige Sozialpolitik muß über alle kleinlichen Bedenken hinweg diesen Gedanken durchführen. Heute ist die Sozialpolitik in viel zu enge Bande gezwängt und viel zu stark unter dem Einfluß des Unternehmertums. Die Arbeiterorganisationen ersetzen zum guten Teile, was die Gesetzgebung den Arbeitern versagt. Aber wir appellieren alle Jahre an die Gesetzgebung, daß sie die Armen, die Hilflosbedürftigen schütze. (Lebhafter Beifall bei den Sozial-demokraten.)

Darauf verzagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom Dienstag, den 8. März 1908, vormittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Föhr. v. Rheinbaben, Dr. Beseler, v. Arnim.

Auf der Tagesordnung steht die vom Herrenhause abgeänderte

Polenvorlage.

Das Herrenhaus hat in § 13 Grundstücke im Eigentum von Kirchen, sowie von milden Stiftungen von der Enteignung aus-geschlossen.

Abg. Stödel (Polen): Die Vorlage untergräbt die Ver-fassung, und man verfährt sich mit dieser Vorlage den Forderungen von Vernunft und Gerechtigkeit. Man ist be-strebt, die Polen ihrer moralischen und intellektuellen Entwicklung zu berauben. (Oh! rechts.) Durch Versuche mit klingender Münze und mit Lügen, die

eines Staates unwürdig

sind, hat man den Polen Grund und Boden entzogen. (Unruhe rechts.)

Präsident v. Kröner ruft den Redner wegen dieses Aus-drucks zur Ordnung.

Abg. Stödel (fortföhend): Man hat die Polen gezwungen, in Gräben und Erdlöchern zu wohnen. (Hört! hört! bei den Polen. La chen rechts.) Die Polenpolitik der Regierung ist in eine Sackgasse geraten. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die große Mehrzahl der Deutschen in den polnischen Provinzen hat sich gegen die Enteignungsvorlage erklärt; zahlreich sind die Stimmen des Auslands, die ihrer Empörung über diese Maßnahme Ausdruck gegeben haben. Es war eine starke Döfs von Arnim, als Kurt Bülow diese ausländischen Döfder und Schriftsteller um

dieser Stellungnahme tollten angriiff, wo doch viele der angesehensten Männer des deutschen Volkes Gegner der Enteignung sind. — Kurt Bülow sagte, ihm sei kein anderes Mittel zur Fortföhrung der Polenpolitik genannt worden. Wir haben ihn oft genug auf das Mittel hingewiesen: es heißt Gerechtigkeit. (Sehr gut! bei den Polen.) Das, was der Parlamentarier der Regierung als Mittel gegen die Polen empfiehlt, ist nichts als die

Moral eines gemeinen Banditen.

Selbst der russische Zar hat den Vertretern der Duma gegenüber erklärt, daß das Ansehen des privaten Eigentumsrechts niemals seine monarchische Sanktion erhalten würde. Es genügt, zu sagen, daß meine Landsleute Polen sind und bleiben wollen, und daß sie sich auch mit der beabsichtigten neuen Maßnahme abfinden werden. (Beifall bei den Polen.)

Finanzminister Föhr. v. Rheinbaben hält darauf seine ge-wöhnliche Heerde gegen die undankbaren Polen, die für die preußische Milde nicht genügendes Verständnis gezeigt hätten.

Abg. Dr. v. Heubrand (L.): Ich verhehe die Ver-bitterung, die die Polen jetzt empfinden, durchaus, aber lassen Sie (zu den Polen) diese vorübergehen. Sie müssen sich damit abfinden, daß der preußische Staat niemals das, was ihm gehört, aufgibt. Das zeigt seine Geschichte. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Vorsh (Z.): Ich verhehe nicht, weshalb der Be-stimmung, wonach die Enteignung von Grundstücken der Kirchen und milden Stiftungen ausgeschlossen sein soll, die Beschränkung hinzugefügt ist, daß der Eigentumsverlust vor dem 28. Februar 1908 vollendet sein muß. Wir werden die Streichung dieser Beschränkung beantragen. Die Konsequenz der Vorlage wäre, Artikel 8 der Verfassung dahin zu ändern, daß der Staat berechtigt ist, über das Privateigentum frei zu verfügen, soweit es ihm notwendig erscheint. Der Gesetzentwurf wird nicht zum Frieden in den Ostmarken föhren. Wir lehnen ihn aus Gründen der Gerechtigkeit ab. (Beifall im Zen-trum.)

Abg. Lußensky (noll.): Wir werden für die Herrenhaus-fassung stimmen. Alles wird davon abhängen, wie das Gesetz aus-geföht wird, und wir erwarten, daß die Regierung in möglichem Umfange, aber mit voller Energie das Gesetz anwenden wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kernth (fr. Sp.): Das Gesetz ist verfassungs-widrig und ein graufames Ausnahmefesetz schlimmster Sorte. (Sehr richtig! links.) Es wird auch das Deutschtum nicht stärken, sondern schwächen. Wir müssen die Vorlage ablehnen. (Beifall links.)

Abg. v. Dewitz (Oldenburg, fr.): Wir werden der Fassung des Herrenhauses zustimmen.

Damit schließt die Debatte.

Die §§ 1 bis 12 werden angenommen.

Zu § 13 beantragt Abg. Vorsh (Z.), die Beschränkung zu streichen, daß der Erwerb des Eigentums von Kirchen und milden Stiftungen, das von der Enteignung ausgeschlossen sein soll, vor dem 28. Februar 1908 vollendet sein muß.

Abg. Rindler (fr. Sp.) betont, daß die Enteignungsbestimmungen für die Freireinnungen unannehmbar seien.

Abg. Graf Praszma (Z.) fragt die Regierung, was denn ge-fesehen solle, wenn die Mittel, die das Gesetz gewähre, erschöpft seien.

Landwirtschaftsminister v. Arnim erwidert, daß darüber später Landtag und Regierung zu beschließen haben würden.

§ 13 wird gegen die Stimmen der Freireinnigen, der Polen und des Zentrums in der Fassung des Herrenhauses angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und darauf das Gesetz im Ganzen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats beim Etat der Seehandlung.

Abg. Vorster (fl.) hebt die Wichtigkeit des Scheckverkehrs für den gesamten öffentlichen Verkehr hervor. Notwendig sei eine gesetzliche Regelung des Depositenverkehrs.

Abg. Dr. Fehdeber (Z.) schließt sich dem letzten Wunsche an und tritt für eine Einbeziehung der Sparkassen in den Scheckverkehr ein.

Abg. Dr. Krüger (Hagen, fr. Sp.): Ich möchte den Wunsch der Beamten der Hauptkassennach einer anderen Regelung der Dienststunden, insbesondere nach Gewährung des freien Sonnabendnachmittags von 3 Uhr ab, wie ihn die Beamten der Reichsbank haben, unterstützen. Bei den Nordischen Stahl-werken hat die Seehandlung einen Verlust erlitten. Ich bin der Meinung, daß das Opfer, welches da gebracht ist, nicht im Interesse des Ostens gebracht worden ist. Die gesetz-liche Regelung des Depositenverkehrs kann leicht zu einer Schädigung der allgemeinen Interessen föhren. (Beifall links.)

Finanzminister Föhr. v. Rheinbaben: Wenn wir Filialen oder Agenturen der Seehandlung errichten würden, so würde das als Konkurrenz gegen die Grohkassen angesehen werden, und es würde die Auffassung der kleinen Bankiers durch die Banken befördern. (Sehr richtig!) Die Seehandlung hat sich an den Nordischen Werken erst beteiligt, nachdem sie von ersten Firmen gute Aussicht erhalten hatte. (Beifall.)

Abg. Dr. Fehdeber (noll.): Bei den Nordischen Stahlwerken sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen, es ist aber doch wünschenswert, daß die Seehandlung sich möglichst nicht an in-dustriellen Betrieben beteiligt.

Abg. Dr. Arendt (fl.): Wenn der Abg. Krüger vor einiger Zeit gesagt hat, daß die hohen Zinsen eine Folge der allgemeinen Preissteigerung seien, da die Zinsen den Preis des Geldes dar-stellen, so hat er damit bewiesen, daß ihm die Grundlage der ganzen Verhältnisse, um die es sich hier handelt, unbekannt ist. (Lachen links.)

Abg. Dr. Zahn (B. d. L.) geht auf die Entwicklung der Grohkassen ein, der gegenüber die Seehandlung vollständig zurück-geblieben sei.

Die Debatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Krüger (fr. Sp.), daß er den Abg. Dr. Arendt nicht als Examinator in wissenschaftlichen Fragen anerkennen könne.

Der Etat wird genehmigt.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. (Sitzung vom 8. März.) Die Kommission beschloß sich mit dem Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Böning (Frankfurt-Landsberg-Goldin). Sie beschloß nach eingehender Beratung gegen die Stimmen der Konser-vativen, über verschiedene Protestbehauptungen Erhebungen anstellen zu lassen. Wenn die Angaben des Protestes erwiesen werden, so handelt es sich ohne Zweifel um eine grobe Wahlmacherei der Be-hörden. Es wird unter anderem behauptet, daß Ortsaufseher von Arnim wegen genötigt worden seien, konservative Wahlaufträge zu unterschreiben. Der Sekretär des Landrats soll das amtliche Telephon in den Dienst der konservativen Partei gestellt und er soll auf dem Landratsamt Wahlgeder ausgehängt haben. Böning wurde im ersten Wahlgang mit 581 Stimmen Mehrheit gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatspolitik.

Das Abg.-Westf. Kohlen Syndikat hat, wie berichtet, eine Produktionsbeschränkung angeordnet. Das ist der beste Beweis für die verschlechterte Marktlage, die ganz besonders die Exportindustrie zwingt, mit den Preisen herabzugehen. Allerdings, auch das Kohlen-syndikat hat Preisnachlässe gewährt; aber nicht für den Inlands-konsum, sondern für den ausländischen Verbraucher. In Deutschland selbst müssen jetzt höhere Preise bezahlt werden als

vor einem Jahre. Wir machen nach den Notierungen der Essener Zeits folgende Aufstellung:

Preise in M. pro Tonne loco West	30. Jan. 1907	23. Jan. 1908
Gasförförderkohle	11,50—12,50	12,50—13,50
Gasflammförförderkohle	11,00—11,50	11,50—12,50
Stückkohle	12,50—13,50	13,50—14,50
Galschiefer	12,10—13,00	13,00—14,00
Grudkohle	6,00—8,75	7,00—9,50
Kokssteine	11,00—12,00	12,25—13,25
Kupfsteine, gew. Kohle I	14,50—16,50	14,50—17,50
" " " III	16,00—18,00	16,00—19,00
" " " VI	10,00—12,00	11,50—13,00
Anföhrer Kupfsteine I	17,50—19,50	18,50—19,50
Föhrergrad	8,50—9,00	9,50—11,00
Grudkohle unter 10 mm	5,50—8,00	6,50—8,50
Hochföfenlofs	15,50—17,50	16,50—18,50
Gießereiföfen	18,00—19,00	19,00—21,00
Bröckelföfen	18,00—19,50	21,00—24,00
Orkitts	11,25—13,25	11,50—14,25

Das sind zum Teil sehr erhebliche Wertminderungen. Und der beste Helfer, dessen sich das Syndikat erfreut, ist der preußische Fiskus, der die Preise des Syndikats noch zu übertrumpfen bestrebt ist.

Auch als Konjunktur unterstützt der Fiskus die Preistreibererei des Syndikats. In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses gab der Finanzminister nähere Auskunft über die Bedingungen, zu denen die Eisenbahnverwaltung ihre Kohlen-abschlüsse für das Jahr 1908 gemacht hat. Der Minister hob hervor, daß die Deckung des Kohlenbedarfs diesmal ganz besonders schwierig gewesen sei. Das kam ohne weiteres als richtig zugestanden werden. Im so auffälliger muß aber das Resultat erscheinen, mit dem die Verhandlungen geendet haben. Die Eisenbahnverwaltung hat auf der ganzen Linie nicht nur für 1908, sondern auch schon für 1909 und 1910 höhere Preise bewilligt als bisher. Die Abschlüsse ergeben für die einzelnen Kohlenreviere folgende Tonnenpreise in Mark:

	1882	1907	1908
AubrBezirk	5,40	11,87	12,62
Saarbezirk	9,40	14,70	15,50
Oberschiefen	5,60	11,48	12,98
Niederschiefen	9,40	12,69	13,94

Mit solcher Preissteigerung ist die fiskalische Unterstützung der Preis-trreibererei des Syndikats noch nicht erschöpft. Dieses genießt auch den Vorteil bürgerlicher Ausfuhrtarife. Diese bemut es, um durch For-cierung des Exports in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs, den hiesiger Markt zu entlasten und einem Preisdruck vorzubeugen.

Keine Diskontermäßigung.

Die Hoffnung, der Anfang März werde eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts bringen, hat sich nicht erfüllt. In der letzten Woche des Februar hat sich der Status der Bank, in der Hauptsache durch Verminderung des Metallbestandes und Erhöhung des Noten-umschlages, um rund 175 Mill. Mark verschlechtert. Die starkeren Notenreserve ist von rund 74 auf rund 62 Mill. Mark reduziert. Unter diesen Umständen müssen die Kreditnehmer auf die lang er-wartete Diskontermäßigung wohl noch länger warten.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht in England.

London, 20. Februar. Die Agitation für das beschränkte Wahrecht hat abermals einen Schein-erfolg errungen: Das Unter-haus nahm folgenden Initiativantrag an:

„In allen Gesetzen, die die Berechtigung und Registrierung der Wähler oder der auf eine Stimme Anspruch machenden Per-sonen betreffen, sollen unter dem Worte men auch Frauen ver-standen sein. Eine Frau soll nicht infolge ihrer Verheiratung das Wahrecht verlieren.“

Die darauf folgende Debatte, in der das Für und Wider aneinandergesetzt wurde, bewegte sich nicht innerhalb der Partei-linien. Die Freunde und Gegner der Vorlage waren sowohl im liberalen wie im konservativen Lager zu finden. In der Arbeiter-formation war die Mehrheit für die Vorlage. Der Minister des Innern erklärte im Namen der Regierung, daß die Frauenrechts-frage keine Parteifrage sei und daß es den Mitgliedern der Mehr-heit frei stehe, nach ihrem Gutdünken zu stimmen. Der liberale Abgeordnete Cothran Motionierte ein Amendement ein, die Vorlage zu verwerfen, das mit 271 gegen 92 Stimmen abgelehnt wurde. Die Ablehnung des Amendements bedeutet eine Annahme der Vorlage in zweiter Lesung.

Nun kommt die Schwierigkeit der Durchbringung der Vorlage durch die weiteren Beratungsjufen. Der Einbringer der Vorlage gab seine Absicht kund, daß das ganze Haus sich in eine Kom-mission verwandeln soll, um die Vorlage weiter zu beraten. Die parlamentarische Logik ist aber mit Regierungsvorlagen so über-füllt, daß das Unterhaus gar nicht die Möglichkeit hat, in die Kommissionberatung der Frauenvorlage einzutreten. Dieser Umstand macht ihren Fortschritt aussichtslos.

Die Annahme der zweiten Lesung hat nur eine platonische Be-deutung. Das ist auch die Ansicht der ganzen Londoner Presse. —

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Sachse, Wöhlsterstr. 138: Öffentliche Frauenversammlung. Ver-trag: Genoffin Lungwitz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbrechtskunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ~~11~~ Jahrgang ~~100~~ wochentäglich abends von 7½ bis 9¼ Uhr statt. Gebührt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Erbrechtskunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Giltige Fragen irage man in der Erbrechtskunde vor.

N. S. 666. Die Firma ist im Recht. — G. V., Rixdorf. Eine solche Vereinbarung besteht, indes ist sie nach zutreffender Ansicht nicht mehr rechtsgültig. — N. W. 68. Seit dem Gesetz von 1905 muß der Chemann in gemischer Ehe die Hälfte der Steuern zahlen, die zu zahlen wäre, wenn auch der Chemann derselben Kirchenzugehörigkeit angehören würde. — R. Z. L. 2a, beide sind verschiedene gebührenpflichtige Gerichtsak-ten. — Waidmannsuh 77. Eine Verpflichtung zu heizen haben Sie nicht; die Klage des Wirts hätte keine Aussicht auf Erfolg. — W. W. 95. Der Vater ist im Recht, aber die Tochter kann das Vormundschaftsgericht an-rufen. — W. W. 47. Der Antrag kann hier gestellt werden. — G. W. 23. 1. und 2. Ja. — W. W. 1000. Am 17. Januar 1870. — Otto 14. Bei dem Gericht, das Sie freigesprochen hat, beantworten Sie unter Vorlegung Ihrer Akten, dieselben zwecks Erhaltung durch den Kläger selbst zu wollen. Den Bericht lassen Sie nachher mit der Kostentragungslaufel versehen und beantworten dann einen Gerichtsbescheides mit der Wandlung. — G. W. 30. 1. Wenn kein Verkehr stattgefunden hat, ja 2. Ja. — Z. 60. 1. Ja. 2. Das ist und nicht bekannt, wenden Sie sich direkt an das Ministerium für öffentliche Arbeiten. — P. S. W. 11. 2. Einmal. Je mehr Karten gestellt sind, desto höher ist die Rente. — R. H. 30. Leider hat der Reichsminister Recht. — G. 45. Wir raten Ihnen von der Anwendung des Mittels ohne vorherige Beiratung eines Arztes ab. — S. P. 100. Witterholten Sie Ihre Anfrage unter Angabe, welche Stellung Sie haben (Gewerbegehilfe, Handlungsgehilfe, Bestmüller, Bureauangehülter) und wie hoch Ihr Gehalt ist. — W. S. 30. Beaten Sie den richtigen Sachverhalt dar und beantragen Sie Ihren selbst Gehalt. — H. G. S. K. 1. Ja. 2. In vier Jahren. 3. In der Regel in zwei Jahren. 4. Am allgemeinen in dreißig Jahren. Wiederholt möchten wir erlauben, fast allgemeine Fragen zu stellen, den Sachverhalt, der den Fragesteller interessiert, darzustellen und dieser Darstellung die Fragen anzufügen. Allgemeine Fragen lassen in der Regel verchiedenartige Beurteilungen zu. — H. W. 6. Sie sind im Recht, aber unwürdig ist es, Ihre eigene An-sicht in Ruhe und bei Gelegenheit dem Raum darzulegen. — G. W. 100. 1. Ja. 2. Der 1907 M. übersteigende Jahreslohn ist pfändbar. —

Zentralverband der Maurer

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer, Puzer, Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger und Backofenmaurer.

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten von der 10. Gaukonferenz.
 2. Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten zum Vorstand des Zweigvereins.
 3. Verschiedenes. Der Zweigvereinsvorstand.
- Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. —

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Rabitzspanner!

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Pläne der Unternehmer im Baugewerbe. Referent: Kollege Julius Gehl.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

NB. Diejenigen Kollegen, welche arbeitslos sind, ersuchen wir, sich in den bekannten Bezirkslokale der Sektion der Gips- und Zementbranche arbeitslos abzumelden zu lassen.

Der wichtigsten Tagesordnung wegen ersuchen wir alle Rabitzspanner, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sektionsvorstand.

108/18

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Unser Mitglied, der Schlosser
Hugo Kowartschek
ist verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Donnerstag, den 5. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, auf dem Kirch-
hof der Freiwilligen Gemeinde
(Pappel-Allee).
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Post I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Post III. Amt 3, 1087.

Donnerstag, den 5. März 1908,
abends 6 1/2 Uhr:

Allg. Metallarbeiter-Versammlung

im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Schutztruppe des Unternehmertums.“
- Referent: Kollege Handke.
2. Diskussion.

Kollegen, erscheint vollzählig. Es ist notwendig, daß

jeder einzelne über die Bestrebungen der „Gelben“

unterrichtet ist, um denselben zu jeder Zeit in geeigneter

Weise entgegenzutreten zu können. : : : : :
Die Kollegen anderer Berufe haben zu dieser Versammlung Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Gewerbegerichtswahlen in Rixdorf!

Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr:

Volksversammlung

im großen Saale von Hoppe, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen für die Arbeiter

Referent: Arbeitersekretär Genosse Adolf Ritter.

Die Parteigenossen und -Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu

erscheinen.
Zellerammlung findet nicht statt. Das Gewerkschaftskartell.

Prinzenbad, Prinzenstr. 42,

empfiehlt seine russisch-römischen Bäder, elektrische
Licht-, Dampf-, Heißluft-, Kasten-, billige Wannen-
und sämtliche medizinischen Bäder. Carl Krieg.
21252*

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Paul Grasnick

am 2. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen

Donnerstag, den 5. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Götze-
mann-Kirchhof in Nordend statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Stellmacher

Gustav Altenkirch

am 28. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Mittwoch, den 4. März, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Neuen
Kirchhof in Potsdam statt.

Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme bei der Beerdigung meines

lieben Vaters, unseres unvergeß-
lichen Vaters, sagen wir, allen Partei-
genossen, Kollegen, sowie dem Ver-
band der freien Gast- und Schanz-
warte Deutschlands, dem Deutschen
Transportarbeiterverband und dem
Wahlverein Charlottenburg unseren
herzlichsten Dank. 409b
Eme. Bahlow nebst Kindern.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Paul Gall
am 1. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes
in Rixdorf, Hermannstraße, aus-
statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle I.
Verein Berliner Hausdiener.
Hiermit diene den Mitgliedern
zur Nachricht, daß unser lang-
jähriges Mitglied
Karl Herbach
am 2. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Nikolai-Kirchhofes
in Rixdorf aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Klara Schombel
sage ich allen Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Friedenauer Männer-
Gesangverein 1875 für den erhabenen
Gehang am Grabe, meinen herz-
lichsten Dank. 479b
Gustav Schombel.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres unvergeß-
lichen Vaters, sagen wir, allen Partei-
genossen, Kollegen, sowie dem Ver-
band der freien Gast- und Schanz-
warte Deutschlands, dem Deutschen
Transportarbeiterverband und dem
Wahlverein Charlottenburg unseren
herzlichsten Dank. 409b
Eme. Bahlow nebst Kindern.

Frühjahrs-Anfang

Frühjahrs-Anzüge

Vollendet schöne Auswahl in aparten,
reichhaltigsten Sortimenten.

Hochmoderne Stoffe und Fassons.

60.—	55.—	50.—	45.—	15 M.
40.—	36.—	33.—	30.—	
27.—	24.—	21.—	18.—	

Paletots und Ulster

Unübertroffene Ausmusterungen
vornehmster Moden und Fassons,
Schönste Farbenstellungen.

50.—	45.—	40.—	36.—	15 M.
33.—	30.—	27.—	24.—	
		21.—	18.—	

Viele tausende Exemplare
ausserordentlicher Geschmacksrichtungen
nur eigener Erzeugnisse.



Feine
Maß-Arbeit
aus erklässigen Stoffen
zu mäßigen Preisen.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 11 Brückenstr. 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Kaupt-Katalog Nr. 32 unentgeltl. portofrei.

Achtung! Verband der Isolierer, Achtung!
Steinholzleger u. verw. Berufsgen. Deutschl.
Abteilung II. Steinholzleger.
Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Heufelder,
Dragonerstr. 15:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die stellen wir uns zur diesjährigen Reise? 2. Bericht über
Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

M. Krügers Speise-Leinöl
ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen!
Wenn Sie wirklich schmackhaftes, frisches und reines Speise-Leinöl genießen
wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etiquett**
„Spreewälderin in Nationaltracht“ und fordern ausdrücklich
M. Krügers Speise-Leinöl. Dasselbe ist in besseren Kolonialwarenen
und Vorhofgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei
dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, M. Krügers Speise-
Leinöl „Marke Spreewälderin“ nicht erhalten können, so be-
kommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber sicher.
Engros-Lager Berlin 80., Skalitzer Straße 105.

Inventur-Extrapreise
Nur einmal jährlich im
**Gardinen-
Spezialhaus**
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Vitrinen, Tüll-
Bettdecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Billige Rohabake.
Max Jacoby, Strelitzerstr. 52

Entzückende Neuheiten teils für die Hälfte!

Bei Westmann
für 20 Mk.

wer **Westmanns Konfektionshaus**
Haupt-
geschäfts: Berlin W., Mohrenstr. 97a, an den
Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d.
Andreasstr.

kennt, weiß, daß nicht nur Reklame, sondern alles nur durch
△△△ **Tatsachen bewiesen wird!!!** △△△

Aparte Kostüme, Mäntel, Taillierhosen, Uebergangsmäntel, Staubmäntel, Tuchkragen, Rüsche, Blusen etc
vom einfachsten, mittleren bis zum hochelegantesten Genre, für die kleinste Figur
bis zur stärksten Figur passende Stücke in **großer Auswahl vorrätig!!!**

Original-Modelle, Reismuster und Kopien
garantiert letzte Neuheiten,
anfangend von Mk. 10.— 12.— 15.— 20.— 25.— 36.— 45.— 56.— bis Mk. 380.—
Jetzt nur Mk. 5 1/2, 6 1/2, 8.— 10 1/2, 15.— 19.— 23.— 29.— bis Mk. 195.
Die Auswahl ist enorm groß und unerschöpflich!!
Ein großer Posten Uebergangsmäntel, Wert bis Mk. 80, jetzt nur zu Mk. 8 pro Stück! Zum Ausschauen!

Einsegnungskleider in reicher, passender Auswahl!?

Herbst- u. Winterkonfektion, wie Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Pelzkonfektion etc.
zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!!!

Elegantes
Trauermagazin.

Bei Einkauf von Mk. 20 an
ein Frühjahrsjackett gratis!

Auswahl u. Preise
konkurrenzlos!!

Man achte im eigenen Interesse genau
auf meine Firma und Hausnummer.
Sonntag geöffnet 8—10, 12—2 Uhr.

**Bei Westmann
für 20 Mk.**



Ah!!! Da muss
ich gleich hingehen.

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins

findet am Sonntag, den 8. März, mittags 12 Uhr, in den „Germania-Festlokalen“, Chausseestraße 110, statt.

Seitens der einzelnen Kreise sind folgende

Einträge

gefasst:

2. Wahlkreis: Bei wichtigen Veranlassungen, wie beispielsweise die Demonstration am Sonntag, den 12. Januar, Kaiserstr. usw., ist eine Extranummer des „Vorwärts“ nicht nur herauszugeben, sondern auch den Abonnenten am nächsten Morgen durch die Postfrauen zuzustellen, damit die Genossen nicht auf die mehr oder weniger entzerrten Berichte der bürgerlichen Blätter angewiesen sind. Die entstehenden Mehrkosten der Extranummer durch die Postfrauen trägt der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins resp. die Firma Hinze u. Co.

4. Wahlkreis: Den Beschluss: Parteigenossen, welche drei Jahre organisiert und drei Monate arbeitslos sind, auf Antrag den „Vorwärts“ gratis zu liefern, aufzuheben und dafür zu setzen: ein Jahr sechs Monate und zwei Monate auf seinen Antrag usw.

Zur Kaiserstr. sind einheitliche Billets herzustellen zum Preise von 20 Pf. Dieselben berechnen zum Besuch aller Veranstaltungen der acht Kreise am 1. Mai.

Die Lokalliste mindestens einmal im Jahre, im Frühjahr, den Gewerkschaftsblättern beizulegen.

Die Flugblätter sollen in Zukunft in agitatorisch besserer Weise, typographisch besserer Ausstattung hergestellt werden.

Es sind Merkblätter, welche in grobzügiger vollständiger Sprache geschrieben sind, die das Wesen der menschlichen Wirtschaft und seine gesellschaftliche Organisation in einzelne Begriffe zergliedert, in bestimmten Zeitabschnitten herauszugeben. In einer Fußnote ist jedem Merkblatt ein Literaturverzeichnis beizufügen. Sämtlichen organisierten Genossen Groß-Berlins ist ein Zahlstellenverzeichnis von Groß-Berlin zu liefern.

Der Beschluss des Zentralvorstandes, betreffs Plänen für Delegierten zum Parteitag, wird aufgehoben und es findet eine einheitliche Regelung statt.

Kiebitz-Barnim: In dem Ausschuss der Stadtverordneten und Gemeindevorsteher Groß-Berlins sind Nieder-Barnim statt der bisherigen zwei Vertreter deren drei zuzubilligen.

Der Aktionsausschuss.

Mit der Kürzung der Volkschulferien

befasste sich dieser Tage eine Versammlung des Berliner Lehrervereins. Von der in dieser Versammlung angenommenen Resolution haben wir bereits in unserer Sonntagsnummer Notiz genommen. Da aber die Verhandlungen über diesen Gegenstand immerhin nicht uninteressant sind, möchten wir den uns über diesen zugegangenen Bericht ausführlich wiedergeben. Schul- arzt Dr. Bernhard führte etwa folgendes aus:

Die Tatsache, daß das Nervensystem ebenso wie andere Organe der Ermüdung unterliegt, ist allgemein bekannt. Es bedarf deshalb zur Herstellung des Gleichgewichts im Stoffwechsel ausreichender Erholung. Diese Ermüdung des Nervensystems erfolgt nun bei der Jugend recht schnell, weshalb gerade bei ihr Schlaf- und Erholungsbedürfnis besonders groß sind. Die Schmälerung der Erholungsmöglichkeit durch Verkürzung der Ferien bedeutet daher eine physiologische Verfündigung am Kindesalter. Nun wird das Bedürfnis nach Erholung um so größer sein, je schwächer der Organismus ist. In der Tat sind die sozialen Verhältnisse, unter denen die proletarischen Kinder aufwachsen, durchaus nicht dazu angelegt, einen Nährboden für besonders robuste Gesundheit abzugeben. Statistische Untersuchungen haben gezeigt, daß die Schlafzeit meist mangelhaft ist und die Schlafzeit zu kurz bemessen ist. (Vgl. 1 Stb. 40 Min. pro Tag, d. h. 608 Stunden pro Jahr kürzer als erforderlich.) Eine genügende Kräftigung durch die Nachtruhe erscheint unter diesen Umständen geradezu als ausgeschlossen. Diese Kinder bieten für Krankheiten einen günstigen Boden. Dazu kommt, daß die für die Erholung zur Verfügung stehende Tageszeit häufig durch gewerbliche Arbeit außerordentlich verringert wird. So erklären sich die traurigen Ziffern in den Berichten der Berliner Schulärzte. Von den im letzten Jahre schulpflichtigen 95 481 Kindern wurden 3100 zurückgestellt und 9169 in Ueberwachung genommen, davon 1139 bezw. 1234 wegen ungenügenden Kräftezustandes (Blutarmut). Die Zahl der unter Ueberwachung stehenden Schüler hat sich in den letzten drei Jahren um 12 149 gesteigert. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der Gemeindefürsorge mit mangelhafter Gesundheit in Wirklichkeit viel höher ist, da einmal das Institut der Schulärzte noch jung und überdies die Krankheits Symptome bei Kindern oft schwer erkennbar sind. Interessant sind auch die von Herrn Dr. Nieh aufgestellten Tabellen, die Größe und Gewicht der Berliner Gemeinde- und höheren Schüler gegenüberstellen. Sie zeigen, daß die Schüler der höheren Schulen in der körperlichen Entwicklung weit voraus sind. Die Differenzen betragen z. B. bei Knaben im 6. und 13. Lebensjahr 5 bezw. 6 Zentimeter und 2,2 bezw. 5 Kilogramm.

Diese Untersuchungen beweisen also, daß die Konstitution der Volksschüler bei weitem schwächer ist als die der Kinder der besser situierten Volksschichten. Da überdies die Anforderungen der Volksschule in jenem Alter denen der höheren Schulen durchaus gleich zu setzen sind, die Arbeit der Volksschüler auch unter ungünstigeren äußeren Verhältnissen geleistet werden muß, so ist das Bedürfnis nach Ruhe und Erholung beim Gemeindefürsorge zweifellos noch dringender als bei den Jünglingen der höheren Schulen. Auch die Besucher der Landschulen sind besser daran, trotzdem wird dort in puncto Ferien reichlicher verfahren, freilich meist im wohlverstandenen Interesse agrarischer Wünsche. Die Sommerferien vertragen eine Kürzung nicht, da die heißeste Zeit des Jahres zugleich die Zeit des raschesten Wachstums ist. Es ist aber genau so verkehrt, wie es das Kultusministerium beliebt hat, die Weihnachts- und Osterferien zu kürzen, da diese den längsten zusammenhängenden Zeiträumen des Schuljahres folgen. Gerade in den letzten Wochen vor Weihnachten und Ostern häuft sich die Zahl der Kinder, welche die Sprechzimmer der Schulärzte bevölkern. Zahlreiche Schüler erholen sich überhaupt erst in den letzten Tagen der Weihnachts- und Osterferien; ein Verlust von einigen Tagen bedeutet darum bei zwei Ferienwochen sehr viel. Darum müssen wir für unsere Gemeindefürsorge ausreichende Ferien fordern.

Herr Rektor Colling wies darauf hin, daß die Familien, welche Kinder sowohl der Gemeindefürsorge als auch höheren Schulen zuführen, ganz besonders hart betroffen würden. Die Wenderung bringe zwar für zahlreiche Orte eine Verlängerung, aber für 68 Großstädte mit 15 Proz. der preussischen Schuljugend eine Kürzung der Ferien. Dies müsse auch auf den Gesundheitszustand des Lehrpersonals ungünstig einwirken. Schon jetzt befänden sich wegen Verurlaubung der „Lehrpersonen“ an manchen Schulen 3, 4, 5 ja 6 Vertreter, was natürlich nicht im Interesse eines ersprießlichen Unterrichtes liegt.

In der Debatte wurde auf das Besondere der Tatsache hingewiesen, daß Herr Ministerialdirektor Schwarzkopff bei der Redigierung der „physiologischen Verfündigung“ als Kronzeugen die Berliner Schuldeputation habe vorgeführt können. Auch wäre zu wünschen, daß der Herr Minister in dieser Angelegenheit die Medi-

zinalabteilung seines Ressorts doch wenigstens noch nachträglich zu Rate zöge. Der Einfluß der Medizinabteilung auf die Volksschulangelegenheiten scheint aber nicht weit her zu sein. Die „geistlichen Angelegenheiten“ dürfen sich in dieser Beziehung eines besseren rühmen.

Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Heute, Mittwoch, Mitgliederversammlung bei Schellhase. 1. Vortrag. 2. Stellungnahme zur Stadtwahl im 1. Bezirk. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Wahl von vier Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Mariendorf. Heute, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Nach geüblicher Verbreitung müssen die Parteigenossen nach den Lokalen zurückkehren. Regge Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute abend findet ein Extrazahlabend statt und zwar für den 1. Bezirk im Restaurant Wilhelmshagen, Berliner Straße 9, 2. und 3. Bezirk Restaurant R. Müller, Berliner Straße 41/42, den 4. Bezirk Restaurant B. Peisch, Germaniastraße 150. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Königs-Bushausen, Hohertelme und Wilbau. Die Parteigenossen genannter Orte werden auf den heute abend in den bekannten Lokalen stattfindenden Zahlabend aufmerksam gemacht. Zahlreiches Erscheinen wünscht. Der Bezirksführer.

Erkner. Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, sich daran zu beteiligen.

Berliner Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation gelangte zunächst zum Vortrag, daß Siemens u. Halske Pläne und Zeichnungen zum Bau und Betrieb einer Hoch- und Untergrundbahn vom Alexanderplatz bis jenseits des Ringbahnhofs Frankfurter Allee eingereicht und die Bitte um die Kleinbahngesetzliche Zustimmung ausgesprochen haben. Ueber diesen Antrag entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher von dem Stadtbaurat mit allem Nachdruck und größter Bestimmtheit ausgeführt wurde, daß die in Frage stehende Strecke als ein durchaus selbständiges Unternehmen und nicht etwa nur als Fortsetzung der bestehenden bezw. im Bau begriffenen Strecke Potsdamer Platz—Alexander Platz anzusehen sei. So würde es z. B. ausgeschlossen sein, etwa von der Frankfurter Allee direkt nach dem Potsdamer Platz und weiter nach dem Westen fahren zu können, sondern am Alexander Platz würde man immer umzusteigen haben. Siemens u. Halske dachten auch zunächst nicht daran, den Bau dieser Strecke in Angriff zu nehmen, sondern sie wollten, wie sie in ihrem Antrag selber ausführten, nur die Hand auf dieses ganze Gebiet legen in derselben Weise, wie sie es mit dem Gebiet der Schönhauser Allee getan haben. Diese Darlegungen des Stadtbaurats unterstützten auch nach der technischen Seite hin den Standpunkt, welcher von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Deputation mit Nachdruck vertreten wurde, nämlich den Antrag abzulehnen und zu den beiden in Vorbereitung befindlichen großen städtischen Untergrundlinien auch diese Linie selber zu bauen und zu betreiben und zwar als Untergrundbahn, da es ausgeschlossen sein müßte, Alleen und Prachtstraßen, die zum Nutzen der Bewohner jener Gegenden mit großen Kosten hergestellt seien, nun durch die Errichtung von Hochbahnen verunstalten zu lassen. Von anderer Seite wurde das Projekt mit großer Freude begrüßt; man solle Siemens u. Halske dankbar sein und anfragen, ob sie nicht auch nach andere Gebiete belegen wollen. Es wurde schließlich beschlossen, zwar mit der Gesellschaft über technische Details (Trasse, von wo ab Hochbahn usw.) zu unterhandeln, vorher aber ausdrücklich zu betonen, daß durch diese Verhandlungen die prinzipielle Frage, ob die Stadt diese Strecke selbst baue und betreibe oder vererbe, in keiner Weise präjudiziert werden solle.

Das jetzt eingegangene Angebot der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft über Personentarif, Dauer der Zustimmung zum Bau und Betrieb der Hoch- und Untergrundbahn Befundbrunnen-Nixdorf, sowie über Uebernahme von Leistungen an die Stadtgemeinde wurde sodann zur Kenntnis der Deputation gebracht.

Veranlaßt hat auch die Schwebebahn-Gesellschaft das Projekt einer Schwebebahn für die gleiche Strecke Gesundbrunnen-Nixdorf eingereicht. Da aber für dieses Projekt die Unterlagen bezüglich der Leistungen an die Stadtgemeinde, der Tarife usw. noch immer nicht vorliegen und da auch die von der A. E. G. gegebenen Unterlagen noch in wesentlichen Punkten der Ergänzung bedürfen, so beschloß die Deputation, die Beratung bis zum Eingang der von beiden Gesellschaften wiederholt zu erhaltenden Unterlagen auszusetzen, und dann auch gleich in die Lage zu kommen, Vorteile und Nachteile beider Projekte gegen einander abzuwägen.

Der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn um Zustimmung zum Einbau einer doppelgleisigen Kurve zur Verbindung der Gleise der Müller- und Jennistraße wurde genehmigt.

Ebenso wurde der von Kommissären der Stadt und der Gesellschaft vereinbarte Vertragentwurf über Mitbenutzung von Gleisen der Großen Berliner Straßenbahn durch die städtischen Straßenbahnen bezw. gemeinsamen Befahren der Gleise gutgeheißen.

Ein Antrag der Besten der Kaufmannschaft Berlins betreffend die Errichtung von elektrischen Krananlagen und Anlegung von Lade- straßen wurde abgelehnt.

Bezüglich der städtischerseits geplanten Untergrundbahn Süd- Nord, Kreuzberg—Müllerstraße, fragt der Polizeipräsident an, ob die Stadt sich bereits für eine der beiden in Aussicht genommenen Trassen—Friedrichstraße oder Charlottenstraße—endgültig entschieden habe. Die Genehmigung für beide Strecken würde keinesfalls erteilt werden. Die Behörde ziehe das Friedrichstraßen-Projekt vor. Für die Charlottenstraße würde vorläufig wenigstens die Genehmigung nicht erteilt werden, weil dieses Projekt mit den Tunnelplänen der Großen Straßenbahngesellschaft nicht vereinbar und die Frage, ob diese Tunnel zur Ausführung gelangen, noch nicht gelöst sei. Die Stadt ist auch hier wieder in der unangenehmen Lage, sich nicht frei entscheiden zu können, weil die Durchführung des Friedrichstraßen-Projektes, abgesehen von technischen Schwierigkeiten, abhängig ist von dem Ausgang der Verhandlungen mit der französischen Kolonie und dem Militärstützpunkt über den Erwerb der Grund und Boden und von diesen die Verhandlungen gar nicht oder nur auf das langsamste gefördert werden.

Das neue Opernhaus soll, nach einer Erklärung der Regierung in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, auf dem Terrain des Kronischen Establishments entstehen; ein bestimmtes Projekt liegt zurzeit nicht vor. Das alte Opernhaus könnte der Staat eventuell der Stadt Berlin überlassen, die bei dem Mangel an Saalbauten das Gebäude gut brauchen könnte.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 5. März d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstatter des Etatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1908, und zwar: Grundstücke in der Stadt, — ländliche Grundstücke in und außerhalb sowie Kleinstgrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Müdersdorf, — Verordnungen, — Badeanstalten, — Desinfektionsanstalt in der Reichensberger Straße, — Heimstätten für Gensende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, — Zentrale Buch-, — Städtisches Untersuchungsamt für hygienische und gewerbliche Zwecke, — Gymnasien, Realschulen und Ober-

realschulen, — Realschulen, — höhere Mädchenschulen, — Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spielplätze und Turnwesen im allgemeinen, — verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchenschulen, — Krankenhaus im Friedrichshain, — Krankenhaus Moabit, — Krankenhaus am Urban, — Krankenhaus Gützhiner Straße, — Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus, — Rudolf Virchow-Krankenhaus, — Irren- und Idiotenanstalt Dalsdorf, — Irrenanstalt Herzberge in Nichtenberg, — Irrenanstalt in Buch, — Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“ bei Weisdorf, — Gemeindeschulen (Volksschulen), — Taubstummenschule, — Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt, — Vahlförbildungsbücherei, — Pflichtfortbildungsbücherei und gewerbliches Unterrichtswesen, — Berichterstatter über die Vorlage betreffend die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der Dunderstraße, — desgl. über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Uebernahme der Zahnpflege der Schulkinder in Berlin, — Vorlagen, den Erlaß einer neuen Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb von Grundstücken im Bezirke der Stadt Berlin, — den Etat des Silberdenkmal-Fonds für das Etatsjahr 1908, — die Nachbewilligung von Mitteln für die Befestigung der Hauptverkehrswege um den Sparrplatz mit Rasenpflaster, — den Verkauf einer in Nieder-Schönhausen gelegenen Grundstücksparzelle an den preussischen Eisenbahnsiskus, — die Genehmigung eines Vertrages über den Austausch von Grundstücken in Müdersdorf, — den Verkauf einer an der Sonnenburger Straße, Ecke der Gleimstraße, gelegenen städtischen Bauparzelle, — den Erwerb einer 123 Quadratmeter großen Fläche vor dem Grundstück Hollmannstraße 27 zu Strahenzwecken, die Enteignung der Grundstücke Neue Friedrichstraße 93, Waisenstraße 15 und Nr. 16, — die unentgeltliche Lieferung von Gas für die an der Gordon-Venet-Wettfabrik beteiligten Ballons und Stiftung eines Ehrenpreises — und die versuchsweise anderweitige Regelung der Verwaltung des Waisenhauses in Nimmelsburg für das Etatsjahr 1908.

Die Aufnahme in die städtische Taubstummenschule findet anfangs April und Oktober statt. Eltern, Vormünder usw. taubstummer schulpflichtiger, schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester bis spätestens 1. April ex. bei dem Direktor Gutzmann, Marzahnstr. 49, anzubringen.

Die Gründung eines Elternvereins für erblich kranke Kinder hat sich ein Komitee zur Aufgabe gestellt, das aus der hiesigen Ortsgruppe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hervorgegangen ist. In dem Aufzuge heißt es: „Ohne eigene Schuld mit schwerer Krankheit belastet das Licht der Welt zu erblicken, ist das Los des von syphilitischen Eltern erzeugten Kindes. Nebenbei besteht die furchtbare Gefahr, daß diese Kinder — wie leider häufig genug vorgekommen ist — die Krankheit auf ihre Umgebung, Kammern, Pflanzkulturen, Großeltern usw. übertragen.“

Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft kann man sagen, daß für die meisten dieser unglücklichen Geschöpfe durch zweckmäßige Behandlung und Pflege eine vollständige Genesung herbeigeführt werden kann, während bisher der größte Teil von ihnen zugrunde gegangen ist.

Krankenheiler sind nicht in der Lage, dieser Gefahr zu begegnen, da sie die Kinder nur während der akuten Ausbrüche der Krankheit aufnehmen können, sie aber in den längeren oder kürzeren, für die Umgebung nicht gefährlichen Zwischenräumen entlassen müssen. Hier müssen Stätten geschaffen werden, die nach hygienischen Grundfragen geleitet, die betreffenden Kinder behufs zweckentsprechender sachverständiger Behandlung die ersten vier bis fünf Lebensjahre beherbergen. Gesund und ohne Gefahr für ihre fernere Umgebung können die Kinder dann in andere Aufsicht übergeben.“

Für Verkehr von Fuhrwerken ist die folgende abgeänderte Polizeiverordnung von Interesse: Die Bestimmungen in den §§ 3, 24, 27—30 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 werden wie folgt abgeändert bezw. aufgehoben:

I. Der § 3 erhält folgende Fassung: § 3. An jedem Fuhrwerk, welches nicht seiner Bestimmung gemäß zur Beförderung von Personen dient, muß das Eigengewicht des Wagens einschließlich des Zubehörs (Schrollkern, Ketten, Aufsatz- und Schubretter und dergl.) angegeben sein. Auch ist an dem Fuhrwerk entweder der Vor- und Janame und die Wohnung (Ortschaft, Straße und Hausnummer) des Eigentümers oder die Firma, deren Zwecken der Wagen dient, und deren Geschäftslokal, bei mehreren derartigen Fuhrwerken eines Eigentümers oder einer Firma außerdem eine fortlaufende Nummer anzubringen. Im Falle der Verzeichnung mit der Firma ist jeder Inhaber der Firma, bei eingetragenen Vereinen, Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., eingetragenen Genossenschaften und anderen Gesellschaften und Vereinen mit Rechtsfähigkeit jeder gesetzliche Vertreter strafrechtlich verantwortlich, selbst wenn der Wagen nicht im Eigentum des Firmeninhabers oder der genannten Gesellschaften und Personenvereinigungen steht, sondern nur gemietet ist. Diese Aufschrift ist entweder an der rechten und linken oder an der hinteren Seite des Fuhrwerks selbst, oder an Tafeln, welche an demselben befestigt sind, in deutlicher und unverwischbarer Schrift von mindestens 5 Zentimeter Höhe in einem Abstande des unteren Randes derselben von wenigstens 45 Zentimeter vom Erdboden dergestalt anzubringen, daß sie stets sichtbar ist. Bei Hand-, Handwagen und Schubkarren (sowie Transportfahrträdern) ist die Angabe des Eigengewichts nicht erforderlich.

II. Dem § 24 in der Fassung der Polizeiverordnung vom 18. Juni 1903 wird als Nr. 6 folgende Bestimmung hinzugefügt: Bei Benutzung der Rinnowitzer und der Heringsdorfer Straße darf der mit dieser Straße in Verbindung stehende Vorplatz des Stettiner Bahnhofes nur von Personenzugfuhrwerken und auch nur von solchen berührt werden, welche Personen von oder zu dem Stettiner Bahnhofe befördern.

III. Die §§ 27—29 werden aufgehoben. An Stelle des § 27 treten folgende Bestimmungen: § 27. Fuhrwerke, welche den Kemperplatz befahren, haben rechts um den Kolonnenbrunnen herumzufahren. Hierbei ist von den aus der Lennestraße nach der Siegesallee, Bellevueallee, oder Tiergartenstraße sowie von den aus der Siegesallee oder Tiergartenstraße fahrenden Fuhrwerke der äußeren, zwischen dem Tiergarten und den Schupfinseln liegende Fahrtrasse, von den übrigen Fuhrwerken der inneren, zwischen den Schupfinseln liegende Fahrtrasse zu benutzen. Ausgenommen von den vorstehenden Vorschriften sind die Fuhrwerke, welche zwischen der Tiergartenstraße und der Bellevueallee und zwischen der Bellevuestraße und der Viktoriastraße verkehren, ferner diejenigen, welche aus der Bellevueallee und der Tiergartenstraße nach der Lennestraße, Bellevuestraße oder Viktoriastraße und aus der Viktoriastraße nach der Lennestraße fahren; allen diesen Fuhrwerken ist der direkte Weg gestattet.

IV. Der § 30 erhält folgende Fassung: § 30. Diejenigen Fuhrwerke, welche auf der Fahrt nach und von der Salfer Straße den Platz am Schlesischen Tor kreuzen, haben eine derartige Fahrtrichtung einzuschlagen, daß das auf diesem Platze befindliche Bahnhofsgebäude der Hochbahn „Schlesisches Tor“ links von ihnen bleibt.

Die Wahrnehmung der Geschäfte des Gemeindevorstehers, die nach § 83 des Gewerbeverordnungsbuches dem Gemeindevorsteher obliegen, ist für die Stadtgemeinde Berlin mit Genehmigung des Oberpräsidenten von Berlin bis zum 31. März 1909 an Stelle des Stadtrats Führer dem Stadtrat Post übertragen worden.

Vom Berliner Versammlungswesen. Im Monat Januar d. J. fanden in Berlin 616 bei der Polizeibehörde angemeldete öffentliche Versammlungen statt, von denen 212 polizeilich überwacht und 1 aufgelöst wurden. — Im Januar 1907, zur Zeit der Reichstagswahlbewegung, hatte die Zahl der bei der Polizeibehörde angemeldeten öffentlichen Versammlungen 894 betragen. Hier von wurden 318 polizeilich überwacht und 4 aufgelöst.

Ein großer Silberdiebstahl ist vorgestern nachmittag in dem Hause Michaelkirchstraße 8 verübt worden. Die im Parterregehörs des Hauses wohnende Witwe Löwy hatte sich gegen 8 Uhr nachmittags entfernt, um ihre erkrankte Schwiegertochter zu besuchen und nahm auch das Dienstmädchen mit. Als Frau L. gegen 5 Uhr nach ihrer Behausung zurückkehrte, fand sie die Tür für sich geöffnet. Die Diebe waren in das Wohnzimmer gedrungen, hatten den Silberschrank geplatzt und des gesamten Inhalts beraubt. Auch die in dem Schrank aufbewahrten goldenen Schmuckstücke sowie 100 M. Bargeld hatten sie sich angeeignet. Der Wert der gestohlenen Gold- und Silbergegenstände beträgt mehrere Tausend Mark und ist um so höher, als sich darunter alte Goldstücke von hohem antiquarischen Werte befinden. Der Umstand, daß die Eindieher, ohne die Wohnung weiter zu durchsuchen, ihre Aufmerksamkeit nur dem Silberschrank zuwenden, deutet darauf hin, daß sie in der Behausung der Witwe L. genau Bescheid wußten.

Palastmarder treiben im Osten der Stadt ihr Unwesen. In letzter Zeit sind in der „Frankfurter Dütte“ in der Frankfurter Straße wiederholt Kleinigkeiten, die Gäste an den Kleiderriegel gehängt hatten, entwendet worden. Personen, die größere Lokale besuchen, tun gut, auf ihr Hab und Gut zu achten, da die Wirte es gewöhnlich ablehnen, für den Schaden aufzukommen.

Ein **Geständnis** abgelegt hat der Hausdiener Heinrich Gunkel. Er gibt zu, den Kutscher Vöhrter in der Bülowstraße überfallen und um 761 M. beraubt zu haben.

Im **Apollo-Theater** tritt seit Montag **Hette Guilbert** wieder auf an der Spitze, wo sie vor elf Jahren zum erstenmal in Berlin ihre Triumphe feierte. Und auch diesmal faszinierte sie das Publikum durch ihre Kunst, aus kleinem, unscheinbarem etwas zu machen. Ihr Zugabören, wie sie den einfachen Chansons Leben einhaucht, ist ein Genuss. Am Montag war die Künstlerin, denn eine solche ist sie, besonders spensabel; sie gab Liedchen ersten, heiteren und traurigen Inhalts in ungezählter Fülle zum besten und immer wollten die Zuhörer sie nicht loslassen.

Außerdem hat das Apollo-Theater in das reichhaltige Märzprogramm noch zahlreiche Spezialitäten ersten Ranges aufgenommen. Hierher gehört zunächst Paul Spadoni, der als Jongleur und Gladiator über ausgezeichnete Gewandtheit und erhebliche Körperkräfte verfügt. Anlang fanden auch die Gesänge und Tänze der vier „Mad Diamonds“. Daneben aber läßt die kleine Beharische Operette „Mitslam, der Moderne“ durch ihre prächtige Musik nach wie vor ihre Wirkung aus.

Feuernachrichten. Die Feuerwehre hatte am Montag einen schweren, aber keinen schwarzen Tag. Sie wurde rund 30mal alarmiert und hatte Brände zu löschen, die glücklicherweise nicht oft zu verzeichnen sind. Außer den schon gemeldeten beiden großen Dachstuhlbränden wurde abends noch ein dritter aus Roabit gemeldet. Dort stand das Echaus Lübeder Straße 22 an der Perleberger Straße in großer Ausdehnung in Flammen. Der 15. Zug mußte längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben, um des Feuers Herr zu werden. Es war dies die 16. Brandstiftung innerhalb acht Tagen.

Weit gefährlicher war ein Kellerbrand, der abends aus der Kaserstr. 44 gemeldet wurde. Da Menschenleben in Gefahr waren, begab sich Branddirektor Reichel gleich persönlich dorthin, wo die Feuerwehre in großer Stärke eingetroffen war. Auf der Kellerterrasse des rechten Seitenflügels war dem Kutscher Stähler beim Abladen eines Ballons Benzol im Ballon von der Treppe gefallen und zertrümmert. Die Dämpfe hatten sich an der Treppenbeleuchtung entzündet und im Nu stand der Treppenaufgang bis zum Dach des vierstöckigen Hauses vollständig in Flammen. Das Benzol, das in den Keller geflossen war und natürlich ebenfalls brannte, entzündete immer neue Flammengärten über die Treppen. Diese waren nicht zu passieren, den Hausbewohnern jeder Ausgang abgeschnitten und keine Möglichkeit vorhanden, zu ihnen zu gelangen. Das Verhalten der zahlreichen Hausbewohner war über alles Lob erhaben. Türen und Fenster hielten sie sämtlich fest verschlossen und wenn ihnen auch die Sekunden zur Ewigkeit wurden, ruhig warteten sie, bis die Feuerwehre erschien und Anhalten zur Rettung und Löschung traf. Mit vier Schlauchleitungen wurde gegen das entseffelte Element vorgegangen, außerdem noch Sand in den Keller geworfen. Schließlich war die Gefahr beseitigt. Die Feuerwehrmänner waren überleitern in die Wohnungen gedrungen. Auf Wunsch einer Mutter wurde ein kleines Kind von der Wehr über eine solche Leiter aus dem 4. Stock nach unten gebracht. Der Kutscher Stähler ist merkwürdigerweise mit nicht lebensgefährlichen Brandwunden davongekommen. Das Treppenhäus ist total ausgebrannt.

In der Anlamer Straße 60 schwebten drei Kinder in Lebensgefahr. Sie waren allein in der Wohnung, als Weiten in einer Stube in Brand gerieten. Kurz vor Ankunft der Feuerwehre holten Hausbewohner mit einem Schuttmann die kleinen Kinder aus der brennenden Wohnung heraus. Ferner wurde die Feuerwehre noch nach dem Hebbel-Theater, wo eine Störung in der Meldeleitung vorlag, nach der Koppenhäger Straße 37, wo ein Keller brannte, und anderen Stellen alarmiert.

Nachts um 4 Uhr brannte auf dem Gesundbrunnen, Brieheener Straße 9, die Lederfabrik von S. in zwei Stockwerken. Der 16. Zug fand bei seinem Eintreffen schon einen ausgedehnten Brandherd vor. Brandinspektor Julius ließ sofort drei Schlauchleitungen von Dampfströmen vordringen, wodurch es gelang, eine weitere Ausbreitung der Flammen zu verhüten. Die Entstehung konnte noch nicht aufgeklärt werden. Durch Zerbrechen einer Petroleumlampe kam in einer Wohnung in der Bettenkofersstr. 25 Feuer aus, wobei Kleider u. a. verbrannten.

Arbeiter-Samariterkolonne. Die Übungsstunde der 4. Abteilung in Lichtenberg-Kummelsburg bei Bindner, Grünberger Straße 10, findet heute abend statt. Vortrag des Herrn Dr. A. Hirschfeld über Krankenpflege. — Morgen Donnerstag: 8. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Brunenwalstraße 110: Vortrag des Herrn Dr. Schwab über Krankenpflege, und 6. Abteilung in Rickdorf bei Thiel, Bergstraße 151/152: Vortrag des Herrn Dr. Schwab über Verbrennungen und Erfrierungen. An den Vorträgen schließen sich praktische Übungen an. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden am heutigen Tage in **Niederbaranin** (Niederbaranin) in der Zeit von 9^{1/2} bis 10^{1/2} Uhr vormittags im Gasthof des Herrn Bernikow statt. Trotz dieser kuriosen und für die Arbeiterschaft ungünstigen Wahlzeit übe jeder Wähler der III. Klasse sein Wahlrecht aus und gebe seine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten **Maurer Franz Kreklow** und **Tischler Paul Gildemeister**.

Ort-Nachrichten.

Ueber Schul- und Gemeindepolitik referierte in einer gut besuchten Versammlung in Ludow Genosse **Konrad**. Den ausführlich auf Grund des Kommunalprogramms gemachten Darlegungen des Referenten folgten die Versammelten mit lebhaftem Interesse. An der nach dem befallig aufgenommenen Vortrag anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen **Hannemann, Weismann** und **Friedrich**.

Die Wahlen für die dritte Klasse finden für **Veitz** am 16. März statt. Zu wählen sind zwei Vertreter. Daß auch hier der Gemeindevorsteher der Arbeiterklasse bezüglich einer günstigen Festlegung der Wahlzeit kein Entgegenkommen zeigt, geht aus folgendem hervor: Als einige unserer Genossen beim Bürgermeister vorstellig wurden, die Wahl an einem Sonntag stattfinden zu lassen oder zum mindesten die Wahlzeit zu verlängern, damit es den auswärtig Arbeitenden ohne allzu großen Zeitverlust ermöglicht werde, an der Wahl teilzunehmen, sagte der Herr wohlwollendes Entgegenkommen zu. Daß aber von einem Entgegenkommen nicht gesprochen werden kann, beweist die Festlegung der Wahlzeit. Bei früheren Wahlen wurde in der Zeit von 1—1/2 resp. 2—1/2 Uhr gewählt, diesmal aber von 2—6 Uhr. Die Arbeiter mögen sich ein solches „Entgegenkommen“ merken. Arbeiter, Parteigenossen! Erscheint in der in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung, in der auch unsere Kandidaten aufgestellt werden, Mann für Mann und ebenso am Tage der Wahl. Zeigt, daß Ihr Euch durch kleinliche Schläne nicht abschrecken laßt, Eure wahren Rechte zu wahren.

Mariendorf-Südende.

Die Tage der Entscheidung rücken immer näher. Nach den Erklärungen, die Bürgerliche in unseren Wählerversammlungen über die Tätigkeit unseres bisherigen Vertreters, Genossen **Reichardt**, gemacht haben, könnte es scheinen, als liege ihnen nichts daran, die beiden Mandate zu erobern. Das anzunehmen, wäre indes töricht. Unsere Gegner verrichten von Haus zu Haus eine ganz intensive Tätigkeit; auch beweist die Hülse des Reichslügenverbandes bereits, daß es ihnen ernst ist mit der Eringung der beiden Mandate.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir, daß das hiesige Amtsblatt, die „Mariendorfer Zeitung“, unsere Kandidaten in den Schmutz zu ziehen sucht. Wenngleich es auch nur verstreute und nichtsjagende Angriffe sind, so beweisen sie doch zur Genüge, daß man damit auf den Sumpf ausgehen will. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die uns noch von der Wahl trennende kurze Zeit zur Agitation auszunutzen. Die Wahlen finden statt für **Mariendorf** am Donnerstag, den 6. März von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends im Restaurant **Herold**, Chausseestrasse 283 und für **Südende** am Freitag, den 6. März von 12 bis 4 Uhr nachmittags im Restaurant **Wahl**, Richterfelder Straße 21. Unsere Kandidaten sind **Schriftführer Paul Weber** und **Maurer Heinrich Brudert**. Wer von den Wahlberechtigten Mariendorfs am morgigen Tage seine Stimme nicht abgibt, geht entgegen früheren Bestimmungen, wonach es noch gestattet war, am anderen Tage in Südende zu wählen, seines Wahlrechtes verlustig. Die Genossen wollen daher die Wähler ganz besonders hierauf aufmerksam machen. Zu bemerken ist noch, daß die Wahl in Lokalen stattfindet, die für die Arbeiterschaft nicht zu haben sind. Also **Wachposten!** Ein jeder agitiere unablässig für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten.

Erkner.

Zu der am Sonntag stattgefundenen, gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung referierte Genosse **Fendel-Weissenberg** über das Thema: „Warum beteiligen wir uns an den Gemeindevahlen?“ Der Referent entwiderte in andertthalbstündiger Rede ein vom sozialen Geiste geleitetes Kommunalprogramm. Hierauf gab der bisherige Gemeindevorsteher Genosse **Berner** einen kurzen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Gemeindevorstellung. Er wies in treffender Weise nach, wie wenig die Bürgerlichen die allgemeinen Interessen wahrzunehmen die Gewähr böten und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, energisch die Agitation zur Wahl aufzunehmen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß unsere bisherigen Vertreter, Genossen **Berner** und **Degebrodt**, wieder als Kandidaten aufgestellt sind. Mit verdächtiger Eile sind diesmal die Gemeindevahlen anberaumt; dieselben finden am Donnerstag, den 6. März, nachmittags von 2—6 Uhr für die dritte Klasse in **Degenbrodt's** Gesellschaftshaus statt. Die Arbeiterschaft wird sich deshalb nicht überlässen lassen. Handelt es sich doch bei uns nicht um eine Personenfrage, sondern um das Prinzip des Sozialismus, das ohne Rücksicht auf die Person propagiert wird. Deshalb wird es Sache der Arbeiterschaft sein, die noch kurze Zeit wahrzunehmen, um alle Fremde und Arbeitsgenossen für die Wahl zu interessieren. Speziell alle Mitglieder des Wahlvereins müssen es als ihre heiligste Pflicht betrachten, sich am Sonntag der Wahl der Partei zur Verfügung zu stellen. Versäume niemand, rechtzeitig zur Wahl zu gehen, denn Punkt 6 Uhr wird das Lokal für die dritte Wählerklasse geschlossen. Deshalb hinein in den Kampf, auf zum Sieg!

Französisch-Buchholz.

Zur bevorstehenden Gemeindevahl nahm am Sonntag eine gut besuchte öffentliche Versammlung Stellung, in der Genosse **Hans Weber** über die „Forderungen der Sozialdemokratie“ referierte. Am Schluß seines Vortrages forderte der Referent die Versammelten auf, für die Wahl der Kandidaten der Sozialdemokratie, im ersten Bezirk den Eigentümer **Karl Radloff** und im zweiten Bezirk den Eigentümer **Karl Pohl**, lebhaft zu agitieren. In der Diskussion verbreitete sich der Gemeindevorsteher in längeren Ausführungen über die Wertzuwachs- und Grundwertsteuer und meinte, daß die Grundstückspekulanten jederzeit eine solche Steuer von sich wälzen würden. Hierauf wurde erwidert, daß das Beispiel anderer Orte eine solche Annahme nicht bestätige. Der Vorsitzende richtete zum Schluß noch mahnende Worte an die Versammelten, nun auch voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun.

Schöneberg.

Tödlicher Absturz von einem Eisenbahnwagen. In der Eisenbahnbetriebswerkstätte an der Popesstraße hat sich vorgestern nachmittag ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der 30jährige Schlosser **Ferdinand Clinger** aus der Coburgerstraße 14 hatte auf einem reparaturbedürftigen Güterwagen gearbeitet. Er machte dabei einen Fehltritt und stürzte kopfüber in die Tiefe. Der Verunglückte hatte einen schweren Schädelbruch erlitten. In hoffnungslosem Zustand fand E. im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme.

Rigdorf.

Schwer verunglückt ist vorgestern nachmittag der 54jährige **Weber Heinrich Hoffmann**, Mantelstraße 67 wohnhaft. Vor dem Grundstück Berlinerstraße 1 rannte H., der sich in angetrunkenem Zustande befunden haben soll, gegen einen vorüberfahrenden Omnibus und geriet unter die Räder. Das schwere Gefährt ging über ihn hinweg. H. wurde so schwer verletzt, daß er in recht bedenklichem Zustande dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Steglich.

Ein Zuwachs von 156 Stimmen gegen das Vorjahr — und doch **Stichwahl**. Das ist das Ergebnis der Gemeindevahl vom Montag. Mit unserer Stimmzahl von 761 (im Vorjahr 606) stehen wir im ersten Bezirk an erster Stelle, der Mieterverein erhielt 588 (462), der Hausbesitzer- und Kommunalverein 214 (223). Insgesamt wurden abgegeben 1563 Stimmen, die absolute Mehrheit beträgt 782, so daß uns also 21 Stimmen zur Eringung der beiden Mandate fehlten. Im zweiten Bezirk lief die Zahlen in obiger Reihenfolge: 388 (283), 528 (360), 429 (304), also auch hier haben wir einen Zuwachs von 85 Stimmen zu verzeichnen. Jedenfalls ein erfreuliches Zeichen von Interesse der Arbeiterschaft an dem kommunalen Leben und zugleich für die eifrige Agitation unserer Parteigenossen. Der Mieterverein hat also abermals einen Kampf nach zwei Fronten zu führen, im ersten Bezirk gegen die Sozialdemokratie, im zweiten gegen die

Hausbesitzer. Es wird ihm also nichts weiter übrig bleiben, als den bewußten Schimmel hervorzuholen und nach früherer Sitte den Reichsverband als Vorposten zu nehmen. Das alles darf uns aber unsere Siegesversichert nicht rauben. Es gilt jetzt, die noch vorhandenen Reserven heranzuziehen. Stellen sich alle Genossen in den Dienst der Sache, dann müssen die beiden Mandate unser werden.

Nieder-Schöneweide.

Der von unseren Genossen an die Gemeindevorstellung gestellte Antrag, die Wahlzeit bei den Gemeindevorstellungen für die dritte Wählerklasse in die Zeit von 4—7 Uhr nachmittags zu verlegen, gelangte in der letzten Sitzung zur Beratung. Es fand sich denn auch ein Vertreter der dritten Klasse, der die Annahme unseres Antrages beantwortete. Mit fünf gegen vier Stimmen wurde der Antrag angenommen. Der Gemeindevorsteher balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 232.319,80 M. Zu dem Annullationsverband, der aus den sechs Distrikten **Grünau**, **Alt-Bismarck**, **Adlershof**, **Nieder-Schöneweide**, **Johannisthal** und **Ludow** besteht, hat **Nieder-Schöneweide** 22.042,31 M. gegen 9464,27 M. im Vorjahr zu zahlen. Dieser Unterschied erklärt sich dadurch, daß der Beitrag im Vorjahr nach der Kopzahl in diesem Jahre nach dem Wasserverbrauch berechnet wurde. Vom Gasinspektor **Gerold** wurde darauf hingewiesen, daß im nächsten Jahre für die Gemeindegasanstalt Erweiterungsarbeiten in Höhe von 100.000 M. notwendig seien. Zur besseren Kontrolle und Erledigung der immer umfangreicher werdenden Arbeiten wurde beschlossen, noch einen jungen Mann mit kaufmännischer Bildung und einem Anfangsgehalt von 1600 M. einzustellen.

Mariensfelde.

Die letzte Gemeindevorstellung erledigte an erster Stelle die Aufstellung des Etat. Es werden erhoben 125 Proz. Zuschlag als Gemeindesteuer, 180 Proz. Gewerbesteuer, 100 Proz. Betriebssteuer und 2,50 M. pro Tausend als Grundwertsteuer. Der gesamte Grundbesitz ist mit 19^{1/2} Millionen abgeschätzt. Die Gemeindevorstellung erfordert eine Ausgabe von circa 13.000 M.; die Amtskosten 7500 M.; die Straßendeckung 6000 M.; die Volksschule 31.000 M. oder pro Kopf der Schüler 68 M. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 997.150 M., darunter befindet sich allerdings eine aufzunehmende Anleihe von 500.000 M. als erste Rate zur Anlage der Kanalisation und 54.000 M. zu neuen Straßenaufstellungen in der Kolonie. Im vorigen Jahre hatte die Verwaltung auf Antrag des Genossen **Greulich** beschlossen, die Berlinerstraße in den Morgenstunden zu beleuchten. Schöffe **Weggen** stellte nun den Antrag, die Beleuchtung der Kolonie wegen einzustellen. Genosse **Greulich** wies darauf hin, daß, als es sich vor ein paar Jahren darum handelte, die Beleuchtung um eine Stunde zu verlängern, nichts von den Kosten erwähnt wurde, weil es sich um besser situierte Einwohner handelte, die hat aus den Berliner Theatern kommen; wo es sich nun um Arbeiter und kleine Gewerbetreibende handelt, sollen mit einmal die Kosten zu hohe sein. Die Mehrheit lehnte vernünftigerweise den Antrag ab.

Im vorigen Jahre betrug die Grundwertsteuer 1,75 pro 1000 M. Da dieselbe in diesem Etat auf 2,50 M. erhöht ist, glaubte der bürgerliche Vertreter **Herr Nerten** ein Klagegeld antunnen zu müssen, daß der Grundbesitz immer mehr belastet würde. Er hätte es lieber gesehen, wenn die Einkommensteuer erhöht wäre. Ihm wurde von seinen eigenen Gesinnungsgenossen erwidert, daß man bei einer hohen Gemeindesteuer nicht auf Zugzug rechnen könne und in anderen Gemeinden der Grundbesitz noch viel mehr belastet sei.

Teltow.

Die Beratung des Etat stand auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Kommission, welche den Etat vorbereitet und in der auch unsere Partei vertreten war, stellte noch wichtige Anträge zu demselben. So wurde das Ruhegehalt eines erblindeten Nachwächters um 100 M. erhöht. Ferner beantragten unsere Genossen, auf Stablosisten einen neuen Sprengwagen anzuschaffen, da der jetzige Besitzer des Wagens auch Kaskalen damit befördert, mithin der Wagen für die Einwohner gesundheitliche Gefahren in sich birgt. Der Antrag fand insofern keine Annahme. Die Vadeanstalt, welche vom Kreise als Ersatz für die Vadegerechtigkeit im Teltower See erbaut ist, spottet jeder Beschreibung. Man beschloß daher, zwecks Vervollständigung und Verrückung der hauptsächlichsten Mängel 2000 M. in den Etat einzustellen. Ferner nahm noch die Versammlung den Antrag der Kommission an, den Magistrat zu ersuchen, sich mit dem Bau eines Krematoriums in Kürze zu beschäftigen.

Johannisthal.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genosse **Frost** den Bericht über die Generalversammlung des Kreises. Zu Delegierten für die Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen **R. Schmidt** und **Ketska** gewählt. Als Bezirksführer wählte die Versammlung den Genossen **Frost**. Um dem hiesigen Arbeiter-Gesangverein entgegenzukommen, findet der Jahrestag in Zukunft am zweiten Donnerstag im Monat statt. Einen Antrag, gegen den Genossen **Diesner** das Ausbürgerverfahren einzuleiten, stimmte die Versammlung nach eingehender Diskussion zu. Die Berichte der Gemeindevorsteher, Genossen **Dähling** und **Radumke**, lieferten reiches Agitationsmaterial zu den Gemeindevorsteherwahlen. Genosse **Radumke** teilte mit, daß die beantragte Erhöhung der Vertreterzahl von 9 auf 12 vom Landratsamt für unsere Gemeinde genehmigt ist. Genosse **Krieg** verwies zum Schluß darauf, daß zum 6. März in Ober-Schöneweide vom Gewerkschaftskomitee eine Versammlung einberufen ist, die sich mit den Verhältnissen der dortigen Gasanstalt befassen soll, insbesondere mit den seit Jahr und Tag stattfindenden Wahregelungen organisierter Arbeiter.

Tegel.

Ueber die preussische Reaktion referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse **Weber**. Nach dem befallig aufgenommenen Vortrage wurden zur bevorstehenden Gemeindevorsteherwahl in der dritten Klasse die Genossen **Halbes** und **Kobel**, in der zweiten Klasse die Genossen **Kobeleke**, **Petersohn** und **Lauer** aufgestellt. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung wählte die Versammlung die Genossen **Orell**, **Halbes**, **Lichtenberg** und **Rassa**.

Pankow.

Am **Rittow**, den 11. März, nachmittags von 5—8 Uhr finden die Wahlen zur Gemeindevorstellung der dritten Klasse statt. Ein jeder ist verpflichtet, die kurze Spanne Zeit auszunutzen und überall da, wo sich die Gelegenheit bietet, für unsere Kandidaten **Reinhold Zeurig** und **Paul Radike** zu agitieren. Der Gemeindevorsteher hat unserem Antrag stattgegeben und Legitimationskarten eingeführt. Wir eruchen unsere Wähler, sich diese Legitimationskarten sorgfältig aufzubewahren und am Tage der Wahl mitzubringen. Wer eine solche Karte am Wahltag nicht vorgehen kann, muß sich eine Zurückstellung hinter die mit Karten versehenen Wähler gefallen lassen. Am Montag, den 9. findet abermals eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse **Mollenhuth** das Referat hält. Sorge auch hier jeder für zahlreichen Besuch. Tut ein jeder seine Pflicht, so muß und der Sieg werden.

Nieder-Schönhausen.

Bei der Aufstellung eines neuen Amtsbüro hatte sich die letzte Sitzung des Amtsausschusses zu beschäftigen. Der Amtsvorsteher meinte, es habe sich seit der Einrichtung der Polizeiwache herausgestellt, daß sechs Amtsbüro nicht mehr ausreichend wären. Er schlug vor, die Nachwächterstellen eingehen zu lassen und dafür Amtsbüro einzustellen, so daß bei Tag und Nacht je fünf Beamte tätig sind. Die Schöffen **Sörger** und **Kathnow** betrafen auf den Nachbarort **Pankow**, wo bei einer weit größeren Einwohnerzahl bisher nur

lag einer Anklagesache zugrunde, welche gestern vor der 4. Straf...

Gatte Strafe.

Wegen einer groben Fahrlässigkeit, welche den Tod eines...

Zur Verkommungsverordnung für die Provinz Brandenburg.

Die für die Provinz Brandenburg erlassene Oberpräsidial...

Der erste Straffenat des Kammergerichts verwarf dieser Tage...

boten, also auch nicht die Fortsetzung eines erlaubten Tanzes...

Vermischtes.

Der Storch im Pfarrhaus.

Die „Salzburger Wacht“ berichtet: Seit eifischen Tagen waltet...

Die „goldene“ Jugend. Einer Meldung aus Sankt Johann...

Von allen Heiligen verlassen.

In dem Hochstift-Merikalen „Das Libu“ in Wudweis stand...

Schiffszusammenstoß. Der deutsche Dampfer „Portugal“ stieß...

Der Typhus. In Budapest nimmt, wie aus einer Meldung...

Eine Dynamitexplosion. In dem Kassejowitzer Goldbergwerke...

Witterungsübersicht vom 3. März 1908, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Temperatur.

Witterungsprognose für Mittwoch, den 4. März 1908.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wasserstand, am 2.3., seit 1.3., Wasserstand, am 2.3., seit 1.3.

zwölf Amtsdienere angestellt sind. Die beantragte Amtsdienere...

Spandan. Um den Genossenschaftsgedanken mehr und mehr in die Arbeiter...

„Grober Unfug“ am Wahlrechts Sonntag.

Die Haupt- und Staatsaktion gegen die Teilnehmer an den...

Theater. Berliner Theater, Schauspielhaus, Neues Operetten-Theater.

Vollo. Miltiam der Rodette. Heute Quilbert. Spezialitäten.

Berliner Theater. Tägl. 8 Uhr: Geköpfel Hansi Nosi. Die Förster-Christl.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Simson. Morgen und folgende Tage: Simson.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Täglich 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Theater des Westens.
 3 Uhr: Ein Walzertraum.
 Sonntag nachm. 5 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Kriemhilds Rache.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag: Kolumbofährer Clausen.
 Freitag 3. 1. Nr. Dalemanns Lächler.
 Sonntag in 4 Akten v. Adolf R. Arronge.

Sortzting - Oper.
 Abends 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Zauberflöte.
 Freitag: Rigobert Hochzeit.
 Sonnabend: Der Tromp. v. Söding.
 Sonntag 3 Uhr: Martha. Abends
 8 Uhr: Rigoletto.

Residenz-Theater.
 - Direktion: Richard Alexander. -
 8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.
 Schwan in 3 Akten von de Gorffe
 und de Marfan.
 Freitag: Richard Alexander.
 Samstag: Der seltsame Ozean.
 Sonntag, den 8. März, 3 Uhr:
 Haben Sie nichts zu verzeihen?

Theater an der Spree.
 Köpenicker Straße 68.
 Abends 8 Uhr:
 Gastspiel Dir. Scharowitz:
Ungültig.
 (Das Geheimnis einer Ehe.)
 Täglich 8 Uhr: Ungültig.

BERNHARD ROSE THEATER
 Dr. Kranzlerstraße 132.
Ein toller Einfall.
 Anfang 8 Uhr. Hochtagspreise.
 Donnerstag Premiere. Die Heirat-
 saße.

Luisen-Theater.
 Reichendergerstr. 34.
 Abends 8 Uhr:

Des Mädchens Lebensweg.
 Donnerstag Benefiz für Herrn Georg
 Wald: Fuhrmann Henschel.
 Freitag: Der eingebildete Kranke.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dänfel
 und Gretel. Abends: Unser Doktor.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mäd-
 chens Lebensweg. Abends: Ma-
 schinenbauer von Berlin.
 Montag: Ein verlorener Sohn.

Rixdorfer Theater
 Bürgerfale, Bergstraße Nr. 147.
 Mittwoch, den 4. März: Benefiz für
 die Herren Gadowitz und Krüger:
Cornelius Voß.
 Aufsp. in 4 Akten v. Franz v. Schönthan.
 Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
 Gastspiel **Yvette Guilbert**
 dazu 4. Akt: **Paul Spadoni**
The 4 black Diamonds
Die vier Athleten
 Rolf Rastaly x Hedy Stanwey
Hella-Trilo. Mia Werber.
Mitislaw der Moderne
 Operette von F. Lehár.

Neu! Jeunesse dorée.
 Paragraph 343.
Mal was Anderes
 Revue mit Gesang in 3 Bildern.

Kasino-Theater.
 Rotheringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
 Das neue glänzende Programm.
Nesemann usw.
 Nur noch kurze Zeit!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
 Sonntag 4 Uhr:
Hanni weint - Hans lacht

Gebr. Herrnfeld-
Theater.
 Allabendlich
 der interessante Prozeß
 wie er stürmischer nie
 belacht wurde:
Salomonisches
Urteil.
 Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld in
 den Hauptrollen.
 Sonntag 3 Uhr: Gublich allein!
 Der Fall Damentopf.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Der Weg zum Herzen.
 Lustspiel in 4 Akten v. Adolf R. Arronge.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Oskar
 Eumenthal u. Gustav Kadelburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kaiser und Gaillier.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Schiller-Saal (Schiller-Theater)
 (Charlottenburg)
 9 Uhr: Vortrag von Fritz Stahl: Michelangelo I.

Deutsche Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbach-Trubel.

Zirkus Schumann
 Heute Mittwoch, 4. März, 7 1/2 Uhr:
Grillante Vorstellung.
 Das Tagesgespräch von Berlin
 prolongiert!
Resisto
 das elektrische Rätsel.
 Neuentdeckung!
Das Loja-Trio
 Phänom. Akrobaten a. d. Drahtseil
 mit dreifachem Seiltrommel und
 das Riesen-Programm, endigend
 mit der Pracht-Ausstattungs-
 Pantomime
AMERIKA
 Herrliche Licht- und Wasser-
 Effekte.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
 Mittwoch abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Bisher noch nie gezeigt!
 Sturz aus der Höhe v. sechs
 Etagen! (Mon Gadin).
 Neu! Neu! Neu!
Jokada-Truppe!
 Original-Japaner. 12 Japaner.
 Herr Kommissionsrat Gustav Stens-
 beck, Direktor des Berliner Zitter-
 falls, als Gast.
 Herr Ernst Schumann, Reudressur.
 Um gleich **Auf der Kallig!**
 10 Uhr: **Auf der Kallig!**
 Vorher: Gala-Programm.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
 von J. Freund. Musik von Viktor
 Hollaender. In Szene gesetzt
 von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro,
Joseph, Thierscher,
Darmand, Massary.
 - Rauchen überall gestattet. -
 Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Palast-Theater
 Burgstr. 24. 8. 8. 8. 8.
Ringkampf-Konkurrenz
 68 ringen Mittwoch, den 4. März:
 Chemjari, Rußland, gegen Fritz
 Woldt, Berlin.
 Ritzler, Bärtemberg, gegen Stronge,
 Berlin.
 Kuchelsdorf, Berlin, gegen Bau,
 Eibe, Jech.
 All Ogl, Kurkistan, gegen Erdmann,
 Berlin.
 F. Schmidt, Leipzig, gegen V. Mo,
 Josef Kuba.
 Dazu: **Das März-Programm.**
 Anfang 8 Uhr.

Sanssouci Kottbuser
 Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag und
 Donnerstag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
 und
Tanzkränzchen
 Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Zum Schluß: Neu:
Nasaren-
Streiche.
 Anfang: 8
 Sonnt. 7 1/2

Happoldt's
 Neuer Konzertsaal.
 Jeden Sonntag, Dienstag und
 Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Passage-Theater.
 Heute 2 Vorstellungen
 Nachm. 3-7 Uhr (kleine Preise).
 Abends 8-11 Uhr.
Hanako
 Japans größte Tragödie mit
 ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Passage-Panoptikum.
 Deutschlands
größter
Soldat
 Josef Schippers
 der lange Kerl.
Kunsttaucher
 Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
 Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
 Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Oll. Grunnenstr. 16.
Das Schloß am Meer.
 Schauspiel in 5 Akten v. D. Balthar.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung:
Robert der Teufel.
 In Vorbereitung: Verführt u. enteehrt.

Trianon-Theater.
 8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Cyrienne.
Walhalla-
Variete-Theater
 Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
 Abends 8 Uhr:
 Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
 in ihren geheimnisvollen Sitten und
 Gebräuchen.
 Ein Tag in der Opiumhöhle.
 Stoff - der Mann mit dem dreh-
 baren Kopf - und die übrigen
 internationalen Künstler.
 Tunnel: Bockbierfest, Reg.-Kapelle,
 Sänger, italienisches Orchester.
 Theaterbesucher freier Eintritt.

Phänomen
 Rauchen Sie
Zigaretten!
 Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

WINTERGARTEN
 Genaro u. Theol. equilibrist.
 Produktion. - Der Biograph,
 der enge Schuh. - Die vier
 Bracks, Akrobaten. - Hania
 de Vert, Sängerin. - De Dio,
 Phantasietänzerin. - Truly
 Shattuck, amerikan. Sängerin.
 - Marquis Dassel, dressierte
 Ponies. - Die Tiller Girls,
 engl. Gesangs- u. Tanztruppe.
 - Paul Jüttch, Humorist.
Große
Ringkampf-Konkurrenz
 um die Sieges-Prämie von
 10 000 Mark.
 Heute ringen:
 Jakob Koch, Deutschl. - Weltmstr.,
 gegen Gerigkoff, Polen.
 Noelle le Bordelais, Süd-Frankreich,
 gegen Albert Sturm, Berlin.
 Bando, Italien, gegen Oskar
 Schneider, Sachsen.
 Ferner Entscheidungskampf:
 Willy Chase, Singhalese, gegen
 Savanné, Rheinland.

Buggenhagen
 Montzplatz
 im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
 und das
großartige März-Programm.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Im unteren Konzertsaal täglich
 die **allerersten Militär-**
Kapellen: Beder, Prymaroff,
 Götlich, Reumann, Offeney,
 Vöttich.

Gustav
Behrens-
Theater.
 Berlin W.,
 Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
 Preisgekrönte Ringertinnen.
 Neu! Richter als Walzerkönig.
 Boße in 1 Akt.
 16 Spezialitäten. Dußes Vitograph.
 Anfang 8 Uhr Sonntag 5 1/2, 11 Uhr.

Ein Triumph
 der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
 nur **3 Pf.**
 per Stück!

Möbel-Kaufhaus
9. Adalbert-Straße 9.
 Empfehle den werten Kunden, meine Möbel-Aus-
 stellung zu besichtigen, ohne Kaufzwang.
Möbel-Einrichtungen von M. 250,- bis 3000,-
 Eigene Fabrikation von Polstermöbeln.
Stets über 100 Sofas am Lager
 in verschiedenen Ausführungen.
 Vorzeiger dieser Annonce gewähre 2% Rabatt.

Ein Triumph
 der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
 nur **3 Pf.**
 per Stück!

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indolischin
 Gansjestr.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
 In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Groß-
 Apotheke, Dammstraße 33. - München: Schützen-Apotheke. - Stutt-
 gart: Hirsch-Apotheke. - Breslau: Victoria-Apotheke. 110/11
 Von **Pfennig** ohne Anzahlung: Bilder, Spiegel, Kerzen: Stepp-
 bed., Tischbed., Stores, Gardin., Vorhänge, Teppiche,
50 wöchentlich **an** M.S. Weher, Preussischerstr. 49, nahe Alexanderplatz.

Peek & Cloppenburg
 Gertraudenstr. 25, 26, 27 Berlin C. Roßstraße 1 und 1a
Spezialgeschäft für moderne Herren- u. Knaben-Bekleidung
 Besonders preiswert:
Sacco-Anzüge

18237.	Kleinkariertes dunkler Cheviot, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M.	15.-
18258.	Grau melierter Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 4 Knopf	15.-
18050.	Dunkel mel. Cheviot mit schwarzen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz	19.-
18238.	Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz	19.-
18054.	Dunkel kariert halbwoll. Kammgarn, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz	24.-
18323.	Grau mel. Cheviot mit grünen und blauen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz	24.-
18303.	Modebrauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf	26.-
18264.	Hellgrauer fischgrät. Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“	27.-
18327.	Kleinkariert. grauer Cheviot m. blauen u. grünen Streif., Sacco auf 2 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“, m. Aermel-Aufschlag M.	27.-
18328.	Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 2 Knopf, Fassung „Amerika“	27.-
18343.	Hellgrauer fischgrät. Cheviot m. farb. Effektstreifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“, m. Aermel-Aufschlag M.	27.-
18223.	Dunkel mel. halbwoll. Kammgarn mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf	32.-
18433.	Mittelgrauer Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig	32.-
18435.	Modebrauner Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“	32.-
18483.	Hellgrau-brauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf, Fassung „Amerika“	34.-

Vorzüge unserer Anzüge:
 Richtige Paßform | Gute Futtersachen
 Haltbare Stoffe | Niedrige Preise

Der Rest des Etats für Ostafrika vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 8. März.)

Die Beratung des Etats für Ostafrika wird bei der Militärverwaltung fortgesetzt. Als Einleitung zu der Beratung verliest Dernburg eine Erklärung über die militärische Lage in Ostafrika; es werden in dieser neuen Denkschrift Grundzüge für koloniale Kriegsführung aufgestellt, die gewisse Reformen bedeuten. In Ostafrika sind infolge des Krieges, der Hungernot und Seuchen 75 000 Menschen, darunter viele Weiber und Kinder, weggerafft worden. Die neue Taktik stellt nun als ersten Grundsatz auf: Schonung von Menschen und Eigentum, weil die Vernichtung von Eingeborenen und ihres Besizes den Kolonisierenden gleich empfindlich schädlich, wie den Betroffenen. Der Zweck und das Ergebnis der Erklärung geht dahin: Es soll die Schutztruppe zwar nicht vermehrt werden, denn eine Verstärkung der Schutztruppe würde die Reibungsflächen vergrößern, dafür sei notwendig Eisenbahnen zu bauen. Damit könnte dann auch eine schwächere Schutztruppe Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Die Erklärung ist also mehr eine Begründung der kommenden Eisenbahnvorlage. Dernburg erklärte, er habe sie nur jetzt schon vorgelegt, damit ihm nicht der Vorwurf der Ueberrumpelung gemacht werden könne. — Die Ausgaben werden bewilligt.

Ohne erhebliche Debatte finden alle Resolutionen bis zu den Ausgaben für die Flottille Annahme. Bei diesen Ausgaben, welche sich auf circa 883 000 Mark jährlich belaufen, schildert Dernburg, daß die Einrichtung und Unterhaltung der Flottille ein böses Beispiel gewesen ist. Er will die ganze Geschichte verpacken, um so Geld zu ersparen. Nun ist ein sogenannter Seemannischer Beirat dem Gouverneur beigegeben, der hauptsächlich die Schuld an der verpackten Einrichtung trägt. Der Staatssekretär gibt auf Anfrage zu, daß der Mann sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, aber er habe festen Vertrag und werde mit anderen Arbeiten beschäftigt. Nach den Erklärungen Dernburgs wird beschlossen, daß die Ersparnisse infolge der Reformen bei der Flottille nicht dem Reservefonds zufallen sollen, sondern als Windertrag dem Reichszufließen zu kürzen sind.

Bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen regt Arning weitere Arbeiten zur Bekämpfung der Malaria an. Es sei ungenügend, wie viel Menschen früher von der Malaria hingerafft wurden. Bei dem Kapitel der Eisenbahnen weist Dernburg nochmals auf den kommenden Nachtragsetz hin und teilt mit, daß infolge eines Vertrages mit der Firma Leyz sich die Einnahmen um 143 000 Mark erhöhen. An den Positionen wird vorerst nichts verändert, sie finden Genehmigung.

Die Ausgaben von 60 000 Mark zur

Unterstützung von Baumwollkulturerfahrungen

gaben Anlaß zur Behauptung der Resultate der Baumwollpflanzungen. Nach Dernburgs Erklärungen sind bisher nur vereinzelt günstige Erfolge erzielt worden. Meist fehlt es an der Bewässerung und künstliche Bewässerungsanlagen sind sehr kostspielig. Die Regierung könne große Mittel hierfür nicht anlegen. In einem Bezirk sei der Versuch fehlgeschlagen, weil die schwarzen Arbeiter zu schlecht entlohnt worden. Zusammenfassend glaubt Dernburg sagen zu können, daß sehr erhebliche Quantitäten Baumwolle gewonnen werden können und daß sie auch konkurrenzfähig sein werde.

Auf eine Frage nach der Tragweite der neuen Dernburg'schen Landordnung, den Preis, zu welchem der Grund und Boden an Pflanzler abgegeben werde und der Anregung, den Preis zu erhöhen, gibt Dernburg wieder eine programmatische Erklärung über die Landvergebung. Er führt aus, daß der Preis des Landes selbst gar keine Rolle spiele, das Schwergewicht liege auf dem Anbau des Landes. Am Spekulation zu verhindern, werde Betriebszwang eingeführt und dem Käufer der Vorpreis für einen Teil des Landes abgenommen. Wer 1000 Hektar haben wolle, bekomme 100 oder 150 Hektar, die er mit 8—4 Kuppeln pro Hektar bezahlen muß. Ist dort der Betrieb eingerichtet, so erhalte er mehr. Es sei großes Kapital zum Anbau des Landes nötig. Der Pflanzler brauche beim Eisbau 1/2 v. pro Hektar über 500 Rupien, nach einer Rechnung, die Paasche aufgestellt habe, sogar 822 Rupien, ehe das Land Erträge abwerfe. Dazu kämen noch 25 000 M. für Häuser, Maschinen und sonstige Betriebsmittel.

Senler und Paasche erziehen die Regierung, nicht so rigoros gegen die Pflanzler zu sein. Man dürfe ihnen nicht so schwere Verpflichtungen in Bezug auf den Betriebszwang auferlegen, es würden viel mehr Weiße in die Kolonie gehen, wenn die Bedingungen weniger hart seien. Die Redner bezweifeln, ob mit den selbstständigen Regerkulturen etwas erreicht werde, man brauche also die Weißen.

Abg. Arning und Dernburg sind anderer Meinung. Letzterer weist dabei nochmals auf die klimatischen Gefahren hin; der Weiße, der sich dauernd dort aufhalten wolle, könne den ständigen Gebrauch des Chinin gegen Malaria gar nicht aushalten, das gehe bei den Reisenden auf ein paar Monate, oder dem Beamten auf zwei Jahre, aber nicht für Lebensdauer. Aus diesen Gründen, und weil er nicht an eine große Zukunft des Plantagenbaues glauben kann; und um der Spekulation nicht Vorlauf zu leisten, könne er sich für eine Wilderung der Bedingungen nicht aussprechen.

Lebedour ist der Meinung, daß die Landpolitik in Ostafrika viel gesünder ist, wie in anderen Kolonien; bei der Differenz zwischen Paasche und Dernburg tritt wieder der alte Gegensatz zutage; Paasche will die agrarische Plantagenkultur gefördert sehen, Dernburg die Eigenkultur der Neger. Der letzteren ist zweifellos der Vorzug zu geben. Wie die Regerkulturen in Amerika zeigen, liegt in den bäuerlichen Regerkulturen die bessere Gewähr für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie. Darum müßte auch dem Streben nach großen Gebietserwerbungen entgegengetreten werden. Gätte man in Logo diese Landpolitik befolgt, dann wären die skandalösen Landwundersereien dort vermieden worden.

Dernburg scheint die Zustimmung Lebedours unangenehm zu empfinden, er schränkt seine Ausführungen wesentlich ein und macht die ganz unverständliche Bemerkung, vorläufig sei man noch nicht in der sozialistischen Gesellschaft. Es bekomme jeder, der sich in der Kolonie betätigen wolle, Land zu seinem Betrieb. — Dietrich spricht sich ähnlich wie Paasche aus und Erzberger verlangt eine wesentliche Preiserhöhung des Landes, man solle statt 2—5 Rupien vielleicht 20 Rupien für den Hektar Land nehmen. Pattmann begrüßt die Dernburg'sche neue Landordnung, sieht aber darin das Gegenteil, wie Lebedour, er ist für die Plantagenkulturen.

Paasche tritt Lebedour entgegen; die kleinbäuerliche Methode verlage bei der Baumwollkultur, mit der Handarbeit ließe sich das Quantum Baumwolle nicht gewinnen, das für eine Rentabilität notwendig sei. Ein Neger könne seine Maschinen kaum einen halben Morgen Land bebauen. Er bitte nochmals, die Landordnung etwas lag zu handhaben, die Baumwollkultur könne nur im Großbetrieb prosperieren. Lebedour verspottet die Furcht des Staatssekretärs vor sozialdemokratischer Unterstützung; vielleicht schreibt er morgen wieder einen Brief an die Rheinisch-Westfälische Zeitung, um sich von jedem Verdacht zu reinigen. Im weiteren polemisiert Lebedour eingehend gegen Paasche und beruft sich dabei auf Dernburgs amtliche Berichte über die Kolonien.

Arning und Dernburg antworten kurz, wobei Dernburg gegen Paasche bestreitet, einen Lidzakturs zu steuern; er wolle auch erklären, daß er mit vielen Bemerkungen Lebedours einverstanden sei. Damit ist die Debatte erschöpft, die 60 000 M. werden bewilligt.

Die Forderung von 100 000 M. für den Bau eines festen Forts in Ruania am Victoria-Nyanzasee — 120 000 M. sind schon bewilligt — führt zu einer Debatte über die Gesundheitsverhältnisse von Ruania. Dernburg gibt zu, daß es das ungesundeste Rest in der Kolonie sei; es sollen Sanierungsarbeiten gemacht werden. Dietrich bespricht die Gefahr der Schlafkrankheit und verlangt systematische Vertilgung der Protodile, die im Victoria-Nyanza sehr zahlreich seien. Dernburg sündigt an, daß nächste Woche in London eine internationale Konferenz zusammentrete, welche die Aufgabe habe, ein internationales Komitee zur Bekämpfung der Schlafkrankheit zu bilden und durch internationale Maßnahmen gegen diese furchtbare Krankheit vorzugehen. Die Bevölkerung ganzer Districten sei dieser Krankheit zum Opfer gefallen.

Krenndt verlangt bei einem anderen Posten, daß die Eingeborenen nicht zur Bedienung der Maschinengewehre zugelassen werden, man möge die weiße Militärmacht verstärken; Dernburg versichert, daß die Erfüllung des Kreditischen Wunsches 270 000 M. Mehrkosten verursachen würde, es ließe sich der Gefahr vorbeugen, wenn gewisse Verwickelungen immer in den Händen des Offiziers blieben. Auf das Ersuchen v. Nichteisend, einige durch den Aufstand geschädigte Missionsgesellschaften zu unterstützen, antwortet Dernburg ablehnend, es würden circa 20 Proz. des wirklichen Schadens aus verfügbaren Mitteln gedeckt werden können.

Der Etat ist hiermit erledigt. Die Kommission geht über die Petition der Pflanzler um Zwangszuführung von Arbeitern und besserer Unterstutzung der Plantagenwirtschaft zur Tagesordnung über, nur Krenndt tritt für die Petition ein.

Auf Verlangen Lebedours wird der sozialdemokratische Antrag auf Verlegung der Disziplinartelle gegen Peters noch behandelt. Dernburg lehnt die Vorlage ab, die Urteile seien als Buch erdienen und für 40 Pf. zu haben. Krenndt würde dem Antrag zustimmen, wenn Vorlage der ganzen Akten verlangt würde. Das Zentrum spaltet sich, Spaun und seine Richtung werfen sich zu Nettein des Peters auf, sie stimmen auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, Erzberger und Rathhoff stimmen mit einigen Freisinnigen für den Antrag, der mit allen gegen sieben Stimmen abgelehnt wird.

Mittwoch: Etat für Kamerun.

Generalscharfmacher und sonderbarer Heiliger des organisierten Scharfmachertums.

Diese Bezeichnungen hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ auf den Generalsekretär Rasse angewandt und zwar in zwei Sätzen eines längeren Artikels, der die Tätigkeit des Herrn Rasse bei der Gründung einer Organisation der Lagenbauunternehmer beleuchtet. Auch als Scharfmacher war Herr Rasse bezeichnet. Er fühlte sich dadurch beleidigt und verlagte den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Genossen Deinhardt in Stuttgart beim Berliner Schöffengericht. Dasselbe erklärte die Bezeichnung „Scharfmacher“ für nicht beleidigend, beurteilte den Genossen Deinhardt aber zu einer Geldstrafe von 10 M., weil die Ausdrücke „Generalscharfmacher“ und „sonderbarer Heiliger des Scharfmachertums“ für überempfindliche Leute beleidigend seien.

Mit diesem Erfolg seiner Klage war der Generalsekretär Rasse noch nicht zufrieden. Er wollte eine höhere Strafe durchsetzen und legte deshalb Berufung ein. Danach machte dann auch der Angeklagte von dem Rechtsmittel der Berufung Gebrauch.

Am Dienstag kam deshalb die Sache vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Der Vorsitzende machte die üblichen Vergleichsvorlesungen und fragte dabei den Kläger Rasse, ob ihm denn die Befragung des Beklagten mit 10 M. nicht genüge, ob denn im Streit der Parteien kein Mensch sagen dürfe, daß jemand ein Scharfmacher sei. Auch durch die Worte Generalscharfmacher und sonderbarer Heiliger brauche sich doch niemand beleidigt zu fühlen. — Aber weder Herr Rasse noch sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hennigsohn, waren diesen vernünftigen Vorstellungen zugänglich. Sie erklärten wiederholt, daß die Strafe von 10 M. keine ausreichende Sühne für die Herrn Rasse angehende Beleidigung sei. — Rechtsanwalt Heine, der den Beklagten vertrat, hatte eine Anzahl Reichen geladen, Mitglieder des Holzarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes sowie den Vorsitzenden des Gewerbenrichters, Herrn v. Schulz, welche Auskunft geben sollten über die scharfmacherische Tätigkeit des Herrn Rasse. Rechtsanwalt Heine erklärte, er habe nur ein Interesse an der

Feststellung, daß der Kläger als Störer des sozialen Friedens, also als Scharfmacher gerichtlich hat. Wenn das Gericht diesen Beweis nicht zulassen sollte, sei er bereit, die Berufung zurückzuziehen, falls der Kläger ebenfalls die Berufung zurücknehme. — Das lehnte der Anwalt des Klägers jedoch ab, denn er wollte durchgängig eine höhere Befragung des Beklagten erzielen.

Nachdem der Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden erfolglos geblieben war, begründete Rechtsanwalt Heine seine Beweisansprüche. Durch Vernehmung der Zeugen sollte erwiesen werden, daß Herr Rasse seit Jahren bemüht ist, Kämpfe der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmerorganisationen zu provozieren, daß er namentlich bestrebt sei, Arbeitsnachweise einzurichten, zu deren Verwaltung die Mitwirkung der Arbeiter ausgeschlossen ist. Es solle ferner bewiesen werden, daß der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, den Herr Rasse leitet, nicht eigentlich der Arbeitsvermittlung, sondern der Lohnregelung von Arbeitern dient. Durch diesen Arbeitsnachweis werde nicht Arbeit nachgewiesen, sondern Arbeiter, die Beschäftigung gefunden haben, würden an der Arbeit gehindert. Solche Arbeitsnachweise auch in anderen Gewerben einzurichten, sei das Ideal des Herrn Rasse. Im Jahre 1901 habe er bei den Arbeitgebern der Holzindustrie für einen

solchen Arbeitsnachweis agitiert, es sei allerdings trotzdem ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet worden.

Rechtsanwalt Hennigsohn erwiderte darauf, der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen diene nicht nur der Lohnregelung, viele Arbeitsstellen würden durch den Nachweis besetzt. Heber und Aufwiegler würden allerdings von der Arbeit ausgeschlossen. — Der Vorsitzende fragte den Kläger, wie er denn feststellen könne, ob die Arbeiter, welche er von der Arbeit ausschliesse, zu denen gehöre, die in den Betrieben keine Unterkunft finden, ob er denn eine schwarze Liste führe. — Der Kläger Rasse erklärte darauf ganz bestimmt, schwarze Listen habe er nicht. Jedoch bestreite Herr Rasse nicht, daß Listen existieren, auf Grund deren bestimmte Arbeiter gemahregelt werden. — Weiter stellte Rechtsanwalt Heine unter Beweis, daß Herr Rasse im Jahre 1904, als die Metallarbeiter Lohnforderungen stellten, die Arbeitgeber zum Widerstande gegen dieselben und zur Aussperrung aller Arbeiter aufforderte. Die Folge dieses Auftritts des Herrn Rasse war ein Streik, der 17 Wochen dauerte. Auch als die Kammerarbeiter Lohnforderungen stellten, habe Herr Rasse die Arbeitgeber zum Widerstande organisiert und dadurch einen Streik hervorgerufen. — Das alles folle durch die Zeugenvernehmung festgestellt und dadurch bewiesen werden, daß der Kläger eine Tätigkeit betreibt, die man als die eines Scharfmachers zu bezeichnen pflegt.

Das Gericht lehnte die Beweishebung als unerheblich ab und verzichtete auf die Vernehmung der geladenen Zeugen.

Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung, da der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und die Ausdrücke, durch die sich der Kläger beleidigt fühlt, nicht beleidigend seien, denn die Worte Scharfmacher und Generalscharfmacher seien fittungmäßige Bezeichnungen für die Tätigkeit, welche Herr Rasse ausübt, und sonderbarer Heiliger sei ein scherzhafter, aber kein beleidigender Ausdruck.

Rechtsanwalt Hennigsohn beantragte eine höhere Strafe und führte aus, durch das Wort Scharfmacher fühle sich Herr Rasse nicht beleidigt, aber verhöhnt sei er durch die Worte Generalscharfmacher und sonderbarer Heiliger. Das Gericht gab der Berufung des Klägers statt und erhöhte die Strafe auf 50 M. mit der Begründung, daß der Angeklagte zwar in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, aber doch die Form des Urteils zu erkennen gegeben habe, daß er den Kläger lächerlich machen wolle. Demnach ist also die Ernennung zum General eine Beleidigung?

- Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Publ. Danziger Straße 93: Vortrag. Gäste willkommen.
- Leser- und Diskussionsklub „Georg Meißner“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Polje, Rodenbergstr. 8: Vortrag. Gäste willkommen.
- Leser- und Diskussionsklub „Zukunft“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tellerstr. 53: Vortrag des Herrn Schäfer: „Die große französische Revolution von 1789—1793“. Gäste willkommen.
- Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk NO. Morgen (Donnerstag) abends 9 Uhr in „Karlshaus“, Landsberger Straße 93: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rob. Schmidt: „Sozialpolitische Gesetzesvorlagen“.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbesonderungen. (Großhandel.) Ochsenfleisch 1a 68—70 pr. 100 Pfd., 1a 62 67, 1a 54—57, Bullenfleisch 1a 65—70, 1a 54—64, Rinde, seit 45—56, da mager 35—44, Fresse 50—58, Bullen, dünne 51—63, Kalbfleisch, Doppellenbein 105—125, Rindfleisch 1a 60—67, 1a 69—78, Fälscher ger. gen 47—63, do. hoch 45—50, Hammelfleisch Rindfleisch 73—75, Hammel 1a 67—69, 1a 59—64, ungar. 0,00, Schafe 44—57, Schweinefleisch 48—58, Rotwild 1a per Hund 0,60—0,65, do. 1a 0,00, Damwild 0,50—0,60, Wildschwein 1a 0,40, Ferkel 0,00, Kaninchen, St. 0,70—0,95, Hasen, plom. 1,75—2,75, Wildenten a. St. 0,00, Kalbenschwanz 1a, junge 3,50, do. 1a u. alt 0,00, Schmalz, St. 0,85—0,95, Butter, St. 1,00—1,05, Butter, St. 1,35, Schmalz, St. 2,25—2,40, Öl, St. 1,50—2,00, dito 1a 0,80—1,50, do. Wolg. St. 1,40—1,75, Hamb. Rind, St. 1,00—1,10, Vorkühe 0,90—1,20, Vorläufer, deutsche, p. Pfd. 0,00, Lauben, Stück 0,60—0,60, dito alte 0,60 bis 0,85, do. italienische 0,95—1,00, Enten, per St. 0,00, dito russische per St. 0,00, dito Hamburger, per St. 2,50—4,00, Gänse, gef. per Pfd. 0,50, do. russ. 0,30—0,50, do. jg. Hamburger 0,80—1,05, Hühner 1a p. Pfd. 0,75—0,85, do. 1a, 0,60, Dachte per 100 Stück 71—81, do. klein 0,00, da. groß 61, da. mittel 0,00, da. 1a 0,00, Amber, unsortiert 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. 100, Schiele, groß 0,00, dito mittel 0,00, dito 1a 84—93, Kalle, klein 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 0,00, Karaffen 5—10er 0,00, do. 20—25er 0,00, da. 80—100er 0,00, do. 50er, Laufzettel 0,00, da. 60—er 60—64, do. 50er, Humpel, 0,00, Wäden 40—42, dito klein 0,00, Wäden 0,00, Quappen 0,00, Kleifische 0,00, Wels 0,00, Dunte fische 51—52, Barje, klein 31—36, Biele 0,00, Karanischen 0,00, Winter-Rheinland, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Wachs 1a, per 100 Pfund 110—130, do. 1a 90—100, Seefisch, per 100 Pfund 20—30, Plumben, Kieler, St. 2—6, da. mittel, Rinde 0,00, da. Hamb. St. 3—6, halbe Rinde 2—3, pomm. 1a Schof 0,00, 1a 0,00, Fülllinge, Kieler per Ball 0,00, sächsische 1,00, englische 3,00, Straß. 3—4, Sprotten, Danziger, Rinde 0,20—0,40, do. Rügenwalder, Rinde 0,30—0,40, Kalle, groß per Pfund 1,10—1,40, do. mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Deringe per Schof 5,00—0,00, Schellfische, Rinde 3,00—4,00, dito 1/2, Rinde 2,00—2,50, Sardellen, 1902 er per Anter 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90, Schottische Wolleringe 1905 0,00, large 40—44, fall 38—40, wed. 38—42, deutsche 30—40, Deringe, neue Matjes, per 1/2, To. 0,00, Sardinen, russ., Pfd. 1,50—1,80, Brauteringe Pfd. 1,20—1,40, do. Röhre (4 Liter) 1,40—1,70, Kranaugen, Schoff 8, do. kleine 4—5, do. kleinen 10, Krebs per Schof 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 0,00 0,00, do. unsortiert 0,00, Gellzter, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Hamb., unsortiert per Schof 3,00—3,75, do. große 4,00—4,50, Butter per 100 Pfd. 1a 130—132, 1a 124—126, 1a 120—124, abfahrende 115—120, Saure Gurken Schof 4,50, Pfeffergurken Schof 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund Daberische 3,25—3,50, weiße runde 2,75—3,00, mag. don. 2,75—3,25, Borree, per Schof 0,75—1,25, Meerrettich, Schof 6—13, Spinat per 100 Pfund 15—20, Ferkle, per Schof 3—6, do. pomm. 6—14, Zwiebeln per 100 Pfd. 2,00—5,00, Petersilie, grün, Schof 0,80—1,50, Rettich, hantischer, per St. 0,06—0,10, Kleigeh, per Schof 0,00, Rotrüben, 100 Pfund 1,50 bis 3,50, Karotten, per 100 Pfund 12—18, Würstchen, Schof 8—6, Kartoffeln Schof 2,10—3, Weigfol p. 100 Pfd. 1,60—2,50, Hummerholz, Siesiger 100 St. 0,00, do. Erster 0,00, do. italienischer 100 St. 20—35, do. in Röhren 18 St. 1,50—2,25, Rosenholz, per 100 Pfund 18—30, Grüntohl 10,00—12,00, Rohrüben, Schof 4,00—4,50, Petersilienwurzel, a. 100 Pfd. 4,50—5,00, Schof 5—6, Schnittlauch, Topfe Dinkel 2—2,50, Tomaten, sasanische per St. 0,00, rote Rüben, per 100 Pfund 4,00—5,00, Kohlraber 100 Pfund 7—10, Rabarben 0,40—0,60, Mören 12—18, Ostalor, 100 St. 20,00, Enbinken, 100 St. 20,00, Birnen, Korbformen hiesige, per 100 Pfd. 6—10,00, Tafelbirnen 1a 18—25, do. 1a 6—17, Italiener 1a 40, do. 1a 20—25, Kefel, per 100 Pfund, Tiroler 1a 20—32, do. 1a 12—30, da. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Röhren 120 Pfd. 30—50, Koffel, hies. 100 Pfd. 3—12, Koch. 5—14, Tafelapfel 1a 15—23, do. 1a 8—18, Amerikaner, per Pfd. 15—23, Nallener, lose, 100 Pfd. 11—15, da. in Röhren per 100 Pfd. 10—16, da. in Röhren 10—20, Weintrauben, Almeria, per Pfd. 7—17, Ananas 1, per Pfund 0,80—1,00, do. II 0,65—0,70, Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00—25,00, Naronen, Hal., per 100 Pfund 6—20, Feigen, Krans., per 100 Pfd. 20—25, do. Trommel-, per 100 Pfd. 40, do. in Röhren 28—58, Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 St. 8,00—10, da. 360 St. 9,00—10, da. 200 St. 0,00, da. 150 St. 0,00.

Wie schützt man sich gegen Influenza?

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bakterien aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, als vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas Santa Lucia Kraft-Rotwein, das wirkt wunderbar heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

